

# Monatsbericht des BMF

März 2015

# Monatsbericht des BMF

März 2015

## Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
Х	Wert nicht sinnvoll

## □ Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Entwurf eines Nachtragshaushalts 2015 und die Haushaltseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019	
Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2014	
Neuregelungen im Bereich der strafbefreienden Selbstanzeige	19
Wie ist der Stand bei der zweiten Säule der Bankenunion?	24
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	31
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	31
Steuereinnahmen im Februar 2015	
Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 20152015	42
Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar 2015	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	
Statistiken und Dokumentationen	59
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	61
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	
Kernizarnerizur gesarntwirtschaftlichen Entwicklung	113

## **Editorial**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode enthält eine eindeutige Vorgabe: Ab dem Jahr 2015 soll der Bund seinen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen. Die Bundesregierung hat ihr Wort gehalten und ihr Versprechen sogar vorzeitig eingelöst. Denn schon im vergangenen Jahr wurde dieses Ziel im Haushaltsvollzug erreicht – das erste Mal seit dem Jahr 1969. Hieran wird der Bund sich auch langfristig orientieren. Sowohl für den Haushalt 2016 als auch für alle Jahre des Finanzplanungszeitraums bis 2019 sind keine neuen Schulden vorgesehen. Dies hat das Bundeskabinett in seiner Sitzung am 18. März 2015 mit den Eckwerten für den Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2016 und des Finanzplans bis 2019 umgesetzt.

Mit dem Eckwertebeschluss bekräftigt die Bundesregierung ihr Ziel, die in den vergangenen Jahren erarbeiteten Haushaltsspielräume vorrangig für eine weitere Stärkung der Investitionen - u. a. in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, die digitale Infrastruktur, die Energieeffizienz, den Klima- und Hochwasserschutz, die Städtebauförderung sowie für die internationale Entwicklungszusammenarbeit – zu nutzen. Zudem entlastet die Bundesregierung zielgenau besonders finanzschwache Kommunen, um auch hier neue Investitionsspielräume zu eröffnen. Im Finanzplanzeitraum bis zum Jahr 2019 fließen insgesamt mehr als 20 Mrd. € zusätzlich in diese Politikfelder.

Mit dem ebenfalls am 18. März 2015 beschlossenen Regierungsentwurf für einen Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015 konkretisiert die Bundesregierung wesentliche Elemente ihrer Investitionsinitiative. So wird die Verteilung des



bereits im November 2014 angekündigten 10 Mrd. €-Pakets für Zukunftsinvestitionen festgelegt. Durch die Aufteilung der bisher global ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung im Bundeshaushalt 2015 in Höhe von 7 Mrd. € ist nun der Weg für konkrete Investitionsmaßnahmen der Ressorts für die Jahre 2016 bis 2018 frei. Zudem werden allen Fachressorts insgesamt weitere 3 Mrd. € zur Verfügung gestellt, um diese für zukunftsorientierte Ausgaben zu verwenden. Dabei bleibt die grundsätzliche Vorgabe erfüllt: Auch mit dem Nachtrag bleibt der Bundeshaushalt 2015 ohne neue Schulden ausgeglichen.

Solide finanzierte Haushalte ohne Belastungen für zukünftige Generationen sind die Voraussetzung für das Vertrauen der Menschen und der Unternehmen in eine erfolgreiche Zukunft. Sie sind die Grundlage für eine stabile Währung, für wirtschaftliche Dynamik und für sichere Arbeitsplätze.



Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

## Überblick zur aktuellen Lage

#### Wirtschaft

- Die deutsche Wirtschaft ist gut in das 1. Quartal gestartet. Die Wirtschaftsdaten deuten insgesamt auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Expansion hin.
- Die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation hielt auch zu Beginn des neuen Jahres an.
   Der saisonbereinigte Beschäftigungsaufbau beschleunigte sich im Januar, während die Arbeitslosenzahl ihren Abwärtstrend bis zuletzt fortsetzte.
- Der Verbraucherpreisindex überschritt im Februar das Vorjahresniveau um 0,1%. Dämpfend wirkten nach wie vor die rückläufigen Energiepreise.
- Die Verbilligung von Rohöl und Mineralölprodukten begünstigt die Inlandsnachfrage durch Kaufkraftexpansion und Kostenentlastungen.

#### Finanzen

- Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Februar 2015 im direkten Vorjahresvergleich um insgesamt 6,0 % gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten einen Zuwachs von 6,3 %. Die konjunkturell bedingte positive Entwicklung der beiden größten Einzelsteuern, Lohnsteuer und Steuern vom Umsatz, legte hierfür die Grundlage. Die Bundessteuern wiesen insgesamt hingegen mit + 3,7 % nur ein moderates Wachstum auf.
- Die Einnahmen lagen bis einschließlich Februar mit 37,4 Mrd. € um 5,1% über den Einnahmen vom Februar 2014. Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Februar 2015 auf 59,9 Mrd. €.
- Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Februar 0,33 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich auf 0,04 %.

#### Europa

- Im Vordergrund der Gespräche der Wirtschafts- und Finanzminister der Eurogruppe am 16. Februar und am 9. März 2015 standen die wirtschaftliche Entwicklung und die Finanzpolitik im Euroraum, die Lage in Portugal und in den Programmländern Zypern und Griechenland sowie die weitere Umsetzung von Strukturreformen im Dienstleistungssektor innerhalb des Euroraums.
- Im Zentrum der Beratungen des ECOFIN-Rates am 17. Februar und am 10. März 2015 standen die Investitionsinitative der Europäischen Kommission, das Europäische Semester und die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie verschiedene Aspekte zum Haushalt der Europäischen Union.

Entwurf eines Nachtragshaushal ts 2015 und die Haushal tseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019

# Entwurf eines Nachtragshaushalts 2015 und die Haushaltseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019

#### Bundeshaushalt bleibt auf Kurs

- Der Entwurf des Nachtragshaushalts 2015 und die Haushaltseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019 setzen die zentrale haushaltspolitische Vorgabe des Koalitionsvertrags um: Der Bundeshaushalt wird in allen Jahren ohne neue Schulden ausgeglichen.
- Die in den vergangenen Jahren erarbeiteten Haushaltsspielräume werden konsequent zur Erhöhung von Zukunftsausgaben genutzt. Dies stärkt das gesamtwirtschaftliche Wachstumspotenzial, sichert dauerhaft Beschäftigung und schafft damit die Grundlage, den Bundeshaushalt auch künftig ohne neue Schulden ausgleichen zu können. Solide finanzierte Haushalte stützen das Vertrauen der Menschen und Unternehmen in eine weitere erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung.
- Der Bund leistet seinen Beitrag, die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote bis Ende des Jahres 2017 auf weniger als 70 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) und bis Ende des Jahres 2023 auf weniger als 60 % des BIP zu reduzieren – eine wichtige Voraussetzung für eine stabile Währung, für Wachstum und sichere Arbeitsplätze. Mit ihrer Haushaltspolitik stärkt die Bundesregierung die Vorraussetzungen für Wachstum auch in Europa und sorgt dafür, dass Deutschland seiner Rolle als europäischer Stabilitätsanker gerecht werden kann.
- Die Haushaltseckwerte sind der verbindliche Rahmen für das weitere regierungsinterne Haushaltsaufstellungsverfahren, das Anfang Juli mit dem Kabinettbeschluss zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2016 und zum Finanzplan bis 2019 abgeschlossen werden wird.

1	Einleitung	(
2	Gesamtwirtschaftliche und finanzpolitische Rahmenbedingungen	
3	Wachstum und solide Staatsfinanzen: Nachtrag 2015 und Eckwerte 2016-2019	
4	Zeitplan für die Aufstellung des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2016	
	und des Finanzplans bis zum Jahr 2019	1:

## 1 Einleitung

Die Bundesregierung hat am 18. März 2015 die Eckwerte des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2016 und des Finanzplans bis zum Jahr 2019 sowie den Entwurf eines Nachtragshaushalts für das Jahr 2015 beschlossen:

Mit dem Eckwertebeschluss legt das Bundeskabinett im Vorfeld des weiteren regierungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahrens sowohl für den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 als auch für den Finanzplan bis zum Jahr 2019 verbindliche Einnahmeund Ausgabevolumina fest. Zudem werden für bestimmte wesentliche Einnahmen- und Ausgabenbereiche

Entwurf eines Nachtragshaushal ts 2015 und die Haushal tseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019

verbindliche Festlegungen für das weitere Aufstellungsverfahren getroffen. Diese Vorgaben erfolgen – mit Ausnahme der in § 28 Absatz 3 der Bundeshaushaltsordnung genannten Institutionen (Bundespräsidialamt, Deutscher Bundestag, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht und Bundesrechnungshof) – für alle Einzelpläne.

Der Entwurf des Nachtragshaushalts 2015 schafft insbesondere die notwendigen Voraussetzungen, zusätzliche Investitionen des Bundes in Höhe von insgesamt 7 Mrd. € auf den Weg zu bringen und finanzschwache Kommunen mit weiteren 3.5 Mrd. € zu unterstützen.

## 2 Gesamtwirtschaftliche und finanzpolitische Rahmenbedingungen

#### Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2014 in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld behauptet. Das BIP ist nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit real 1,6 % stärker als erwartet angestiegen, während es im Jahr 2013 das Vorjahresniveau kaum übertroffen hatte. Positive Wachstumsimpulse kamen insbesondere von der Inlandsnachfrage und den Nettoexporten.

Nachdem die wirtschaftlichen Aktivitäten bis zur Mitte des Jahres 2014 stagniert hatten, setzte zum Ende des vergangenen Jahres eine konjunkturelle Erholung ein. Diese dürfte sich auch dieses Jahr fortsetzen, wofür eine deutliche Verbesserung der Stimmung bei den Unternehmen und Verbrauchern spricht. Aufgrund eines günstigeren Konjunkturbilds erwartet die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion mit 1,5 % einen leicht höheren Anstieg des preisbereinigten BIP als noch im Herbst projiziert (+ 1,3 %). Im Jahr 2016 dürfte

die Wachstumsrate 1,6 % betragen. Insgesamt reichen die aktuellen Wachstumsprognosen nationaler und internationaler Institute für 2015 von + 1,3 % bis + 1,9 % und für 2016 von + 1,6 % bis + 2,0 %.

Der Arbeitsmarkt erwies sich im vergangenen Jahr als sehr robust. Der Beschäftigungsaufbau beschleunigte sich leicht (Jahresdurchschnitt 2014: + 371 000 Personen, + 0,9 %), während die Arbeitslosenzahl sank (-52 000 Personen). Im Jahr 2015 dürfte die Arbeitslosigkeit leicht zurückgehen (- 40 000 Personen), während die Erwerbstätigkeit voraussichtlich um 0,4 % (+ 170 000 Personen) steigen wird. Die Arbeitslosenzahl dürfte im Jahr 2016 etwas weniger zurückgehen als im Jahr 2015 (-10 000 Personen auf 2,85 Millionen Personen). Der Beschäftigungsaufbau wird sich im Jahr 2016 fortsetzen (+ 115 000 Personen auf 42,9 Millionen Personen). Für das Jahr 2015 erwartet die Bundesregierung eine Arbeitslosenquote von 6,6 % und 2016 von 6,5 %.

Risiken bestehen im außenwirtschaftlichen Umfeld. Dabei zählen sich verschärfende geopolitische Konflikte zu den Hauptrisikofaktoren. Darüber hinaus ist für deutsche Unternehmen entscheidend. dass die gesamtwirtschaftliche Aktivität im Euroraum wieder an Kraft gewinnt. Chancen auf eine im Vergleich zur Jahresprojektion günstigere Wirtschaftsentwicklung ergeben sich vor allem auf der binnenwirtschaftlichen Seite, wenn sich die Absatzperspektiven der Unternehmen schneller als erwartet verbessern und die Investitionspläne nach oben angepasst werden. Darüber hinaus resultieren Chancen aus den beabsichtigten Maßnahmen zur Stimulierung von Investitionen in Europa und Deutschland.

#### Vollzug des Bundeshaushalts 2014

Der Bundeshaushalt 2014 war der erste Haushalt seit dem Jahr 1969, der ohne die Aufnahme neuer Kredite ausgeglichen

Entwurf eines Nachtragshaushal ts 2015 und die Haushal tseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019

werden konnte. Die vorgesehene Kreditaufnahmeermächtigung in Höhe von 6,5 Mrd. € musste nicht in Anspruch genommen werden. Vielmehr konnte der Bundeshaushalt auf Basis der vorläufigen Daten sogar einen strukturellen Überschuss von 0,28 % des BIP ausweisen – erstmals seit der Einführung der neuen Schuldenregel.

Die Ausgaben des Bundes betrugen im vergangenen Jahr 295,5 Mrd. € und unterschritten damit den Sollwert um 1 Mrd. €. Insbesondere durch einen Minderbedarf bei den Zinsausgaben in Höhe von 1,7 Mrd. € konnten Mehrausgaben in verschiedenen Bereichen überkompensiert werden.

Die Summe aus Steuern und Verwaltungseinnahmen lag mit 295,4 Mrd. € um 5,4 Mrd. € über der Planung. Dabei übertrafen die Steuereinnahmen mit 270,8 Mrd. € das Soll um 2,6 Mrd. €. Bei den Verwaltungseinnahmen wurden Mehreinnahmen in Höhe von 2,9 Mrd. € erzielt. Diese resultierten insbesondere aus dem Umstand, dass Kernkraftwerksbetreiber nach der zugunsten des Bundes ausgefallenen Entscheidung des Bundesfinanzhofs zur Frage der Aussetzung der Vollziehung der Kernbrennstoffsteuer noch im Dezember Rückzahlungen an den Bundeshaushalt geleistet haben. Die in diesem Zusammenhang im Haushalt veranschlagte Vorsorge bei den Verwaltungseinnahmen wurde somit nicht benötigt.

Gemäß dem Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds" wurden dem Fonds im Jahr 2014 knapp 2,1 Mrd. € des Reingewinns der Bundesbank zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten zugeführt. Zudem wurde gemäß § 6 Absatz 9 Haushaltsgesetz 2014 eine Zuführung in Höhe von 0,5 Mrd. € an das Sondervermögen vorgenommen.

## 3 Wachstum und solide Staatsfinanzen: Nachtrag 2015 und Eckwerte 2016 bis 2019

Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015 – für Investitionen und starke Kommunen

Auch der Entwurf des Nachtragshaushalts 2015 kommt ohne neue Schulden aus. Gleichzeitig bildet er wichtige politische Entscheidungen ab. Im Wesentlichen prägen ihn die folgenden Elemente:

Im November des Jahres 2014 hat die Bundesregierung für die Jahre 2016 bis 2018 ein 10 Mrd.-€-Paket für Zukunftsinvestitionen – insbesondere für öffentliche Infrastruktur und Energieeffizienz – in Aussicht gestellt. Im Rahmen der parlamentarischen Abschlussberatungen des Bundeshaushalts 2015 wurde hierfür eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7 Mrd. € ausgebracht. Der Nachtrag zum Bundeshaushaltsplan 2015 nebst Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 enthält die erforderliche Aufteilung auf einzelne Politikbereiche.

Bei den Kommunen entwickeln sich die Investitionen seit dem Jahr 2013 zwar positiv, insbesondere finanzschwache Kommunen können erforderliche Investitionen jedoch oftmals nicht finanzieren. Daher beabsichtigt die Bundesregierung, mit dem parallel eingebrachten Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen ein Sondervermögen "Kommunalinvestitionsförderungsfonds" zu errichten und dieses mit 3,5 Mrd. € auszustatten. Der Entwurf des

Entwurf eines Nachtragshaushal ts 2015 und die Haushal tseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019

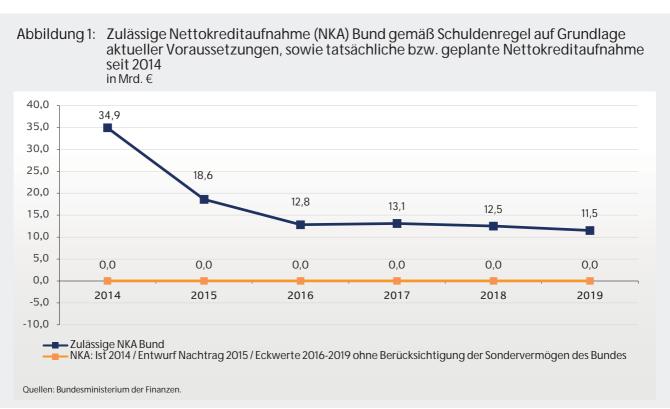
Nachtragshaushalts 2015 schafft die haushaltsrechtliche Ermächtigung für die entsprechende einmalige Zuweisung.

Im Weiteren zeichnet der Nachtragshaushalt die Einigung zwischen Bund und Ländern vom 11. Dezember 2014 zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern nach. Danach sollen die Länder und Kommunen im Jahr 2015 in Höhe von 500 Mio. € bei der Umsatzsteuer entlastet werden. Die Verständigung sieht eine hälftige Refinanzierung der vom Bund zur Verfügung gestellten Beträge über einen Zeitraum von 20 Jahren durch die Länder vor. Dementsprechend werden 500 Mio. € nicht benötigte Mittel des Sondervermögens "Aufbauhilfe" zur Beseitigung der Hochwasserschäden in den Ländern dem Bundeshaushalt zugeführt.

Berücksichtigung im Nachtragshaushalt hat auch das "Ariane 6"-Vorhaben der Europäischen Weltraumbehörde gefunden. Der entsprechende Ansatz im Einzelplan des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie wurde um 87 Mio. € erhöht.

#### Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019 – weiterhin ohne neue Schulden

Grundlage der Eckwerte ist der geltende Finanzplan, den das Bundeskabinett am 2. Juli 2014 verabschiedet hat. Mit ihm wurden bereits wesentliche Schwerpunkte des Koalitionsvertrags für die 18. Legislaturperiode finanziell unterlegt. Zugleich wurde aber auch die Vorgabe eingehalten, den Bundeshaushalt in allen Jahren ohne neue Schulden auszugleichen. Mit dem Eckwertebeschluss führt die Bundesregierung diesen Kurs für die Jahre 2016 bis 2019 fort. Die nach der Schuldenregel zulässige Neuverschuldung wird damit deutlich unterschritten (vergleiche Abbildung 1). Damit trägt der Bund dazu bei, die gesamtstaatliche Schuldenstandsquote bis Ende des Jahres 2017 auf weniger als 70 % des BIP und bis Ende des Jahres 2023 auf weniger als 60 % des BIP zu reduzieren.



Entwurf eines Nachtragshaushal ts 2015 und die Haushal tseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019

#### Kernbestandteile des Eckwertebeschlusses

Im Jahr 2016 belaufen sich die Ausgaben nach dem Eckwertebeschluss auf 312,5 Mrd. €. Bis zum Finanzplanjahr 2019 steigen sie auf dann 334,0 Mrd. € an (vergleiche Tabelle 1).

Dies entspricht in den Jahren 2015 bis 2019 einem vergleichsweise moderaten jahresdurchschnittlichen Ausgabenanstieg von rund 2,5 %. Demgegenüber beträgt der jahresdurchschnittliche Anstieg des nominalen BIP rund 3,2 %. Die Eckwerte 2016 sowie der Finanzplan bis 2019 erfüllen die Maßgabe des Koalitionsvertrags, dass der Ausgabenaufwuchs nicht höher als der BIP-Anstieg ausfallen soll.

Mit den Eckwerten (vergleiche Tabelle 2) werden für die Jahre 2016 bis 2018 zusätzliche Mittel in Höhe von rund 7 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen, z. B. für die öffentliche Infrastruktur, den Klimaschutz, die Energieeffizienz und den Hochwasserschutz, bereitgestellt. Die Bereitstellung dieser Mittel

erfolgt im Einzelplan 60. Ergänzend werden die Ressorteinzelpläne im gleichen Zeitraum um insgesamt rund 3 Mrd. € erhöht. Die Ressorts sind aufgefordert, mit diesen Mitteln neue, zukunftsorientierte Impulse – vorrangig im investiven Bereich – zu setzen.

Die Bundesregierung beabsichtigt darüber hinaus, die Ausgaben für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in den kommenden Jahren deutlich zu erhöhen. Ziel ist es, die ODA-Quote (Official Development Assistance beziehungsweise Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) zusammen mit dem auf dem Koalitionsvertrag fußenden "2 Mrd.-€-Paket", das im geltenden Finanzplan bereits enthalten ist, bei mindestens 0,4 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu stabilisieren. Insgesamt sind deshalb im neuen Finanzplanzeitraum nochmals zusätzlich rund 8,3 Mrd. € für ODA-anrechenbare Ausgaben vorgesehen. Im Jahr 2016 entfällt der Großteil der zusätzlichen Mittel mit 742 Mio. € auf den Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Dem BMZ steht damit -

Tabelle 1: Eckwerte zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2016 und zum Finanzplan bis 2019

<u>'</u>					
	Soll 1	Eckwerte		Finanzplan	
	2015	2016	2017	2018	2019
			in Mrd. €		
Ausgaben	302,6	312,5	318,9	327,0	334,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+2,4	+3,3	+2,0	+2,5	+2,1
jahresdurchschnittliche Veränderung 2015 bis 2019 in %			+2	2,5	
Einnahmen	302,6	312,5	318,9	327,0	334,0
Steuereinnahmen	280,0	288,1	297,0	310,2	322,0
Nettokreditaufnahme	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Strukturelles Defizit in % des BIP	- 0,0	-0,1	-0,1	-0,1	- 0,0
nachrichtlich: Investitionen (in 2015 bereinigt um den Kommunalinvestitionsförderungsfonds)	26,5	30,9	31,9	31,9	30,9

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Fassung der Kabinettvorlage zum Nachtragshaushalt 2015.

Entwurf eines Nachtragshaushal ts 2015 und die Haushal tseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019

Tabelle 2: Eckwerte Bundeshaushalt 2016 Ausgaben nach Einzelplänen

		Soll <sup>1</sup>	Eckwerte	Veränderung gegenüber
Einzelpläne		2015	2016	Vorjahr
		in M	lio. €	in%
01 Bundespräside	ent und Bundespräsidialamt <sup>2</sup>	33,73	34,30	+1,7
02 Deutscher Bur	ndestag <sup>2</sup>	801,49	813,54	+1,5
03 Bundesrat <sup>2</sup>		23,81	25,54	+7,2
04 Bundeskanzle	rin und Bundeskanzleramt	2 234,80	2 274,93	+ 1,8
05 Auswärtiges A	mt	3 725,31	4 275,66	+ 14,8
06 Bundesministe	erium des Innern	6 191,54	6 603,39	+6,7
07 Bundesministe Verbraucherso	erium der Justiz und für Chutz	695,45	721,64	+3,8
08 Bundesministe	erium der Finanzen	5 570,62	5 806,58	+ 4,2
09 Bundesministe und Energie	erium für Wirtschaft	7 394,69	7 517,57	+ 1,7
10 Bundesministe Landwirtschaf	erium für Ernährung und t	5 350,72	5 489,58	+ 2,6
11 Bundesministe	erium für Arbeit und Soziales	125 545,92	128 293,84	+2,2
12 Bundesministe Infrastruktur	erium für Verkehr und digitale	23 281,43	24 703,47	+6,7
14 Bundesministe	erium der Verteidigung	32 974,18	34 208,57	+3,7
15 Bundesministe	erium für Gesundheit	12 066,92	14 565,18	+20,7
16 Bundesministe Bau und Reakt	erium für Umwelt, Naturschutz, orsicherheit	3 855,20	4 046,00	+4,9
17 Bundesministe Frauen und Jug	erium für Familie, Senioren, gend	8 523,56	9 235,13	+8,3
19 Bundesverfass	ungsgericht <sup>2</sup>	33,32	29,29	-12,1
20 Bundesrechnu	ingshof <sup>2</sup>	141,48	139,55	- 1,4
	erium für wirtschaftliche eit und Entwicklung	6 509,16	7 368,16	+ 13,2
30 Bundesministe	erium für Bildung und Forschung	15 274,96	16 357,77	+7,1
32 Bundesschuld		26 093,00	24 948,32	- 4,4
60 Allgemeine Fir	nanzverwaltung	16 278,71	15 031,69	-7,7
Insgesamt		302 600,00	312 500,00	

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  In der Fassung der Kabinettvorlage zum Nachtragshaushalt 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Einzelpläne 01, 02, 03, 19 und 20 sind nicht Gegenstand des Eckwertebeschlusses; es erfolgt in Spalte "Eckwerte 2016" nachrichtlich der Ausweis des geltenden Finanzplanansatzes.

Entwurf eines Nachtragshaushal ts 2015 und die Haushal tseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019

zusammen mit dem Anteil aus dem "2 Mrd.-€-Paket" – im Jahr 2016 die Rekordsumme von fast 7,4 Mrd. € zur Verfügung. Das Auswärtige Amt erhält zur Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit im gleichen Jahr 370 Mio. €, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) 50 Mio. €. Es besteht Einvernehmen in der Bundesregierung, dass die im Finanzplanzeitraum veranschlagten Mittel ausreichen, um die Klimaschutzzusagen der Bundesregierung (Kopenhagen-Zusage) zu erfüllen. BMUB und BMZ werden die weiteren Verhandlungen entsprechend führen.

Im Jahr 2015 wird das Sondervermögen "Kommunalinvestitionsförderungsfonds" errichtet, mit dem der Bund bis zum Jahr 2018 insgesamt 3.5 Mrd. € als Finanzhilfen an die Länder zur Förderung von besonders bedeutsamen Investitionen finanzschwacher Gemeinden (Gemeindeverbände) gewähren wird. Daneben wird der Bund den Kommunen im Jahr 2017 – über die bereits mit dem Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes vorgesehene 1 Mrd. € hinaus – weitere 1,5 Mrd. € zur Verfügung stellen. Dies soll ihnen Spielräume für zusätzliche Investitionen eröffnen. Diese Entlastung soll durch einen um 500 Mio. € höheren Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung – dazu werden die Erstattungsquoten nach § 46 Absatz 5 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch gleichmäßig erhöht – und durch einen um 1 Mrd. € höheren Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, zulasten des Bundesanteils an der Umsatzsteuer, mittels einer Änderung des §1 des Finanzausgleichsgesetzes erfolgen.

Darüber hinaus bilden die Haushaltseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019 feststehende Veränderungen ab, die sich aufgrund einer aktualisierten Prognose der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergeben. Dies betrifft z. B. das Arbeitslosengeld II, bei dem mit einem Mehrbedarf von 0,6 Mrd. € bis 1 Mrd. € jährlich gerechnet wird. Ebenfalls berücksichtigt werden notwendige Ansatzveränderungen bei nicht konjunkturabhängigen gesetzlichen Leistungen. Dazu gehört beispielsweise die Erhöhung des Kinderfreibetrags und des Kindergelds, wodurch allein der Bund in den Jahren 2015 bis 2019 insgesamt rund 2,7 Mrd. € bereitstellen wird. Über alle staatlichen Ebenen betrachtet sind dies für Familien rund 6,1 Mrd. € zusätzlich.

Ebenfalls kennzeichnend für die Haushaltsentwicklung der kommenden Jahre sind zusätzliche Mittel für die Innere Sicherheit. So werden im Finanzplanzeitraum zusätzlich rund 1.8 Mrd. € im Haushalt des Bundesministeriums des Inneren (BMI) veranschlagt. Dieser Aufwuchs ist insbesondere für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz bestimmt. Vor dem Hintergrund der Terroranschläge von Paris ist ein Sicherheitspaket in der Größenordnung von rund 300 Mio. € (kumuliert) vorgesehen. Auch sind bis zum Jahr 2019 rund 0,5 Mrd. € für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sowie rund 0,5 Mrd. € für die Luftsicherheit vorgesehen.

Im Verteidigungshaushalt sollen die Ausgaben von knapp 33 Mrd. € im Jahr 2015 auf rund 34,2 Mrd. € im Jahr 2016 ansteigen. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 3,7 %. Im Finanzplanzeitraum ist ein weiterer jährlicher Aufwuchs des Plafonds bis auf rund 35,0 Mrd. € im Jahr 2019 vorgesehen. Damit kann die Bundeswehr in einem sich stark wandelnden sicherheitspolitischen Umfeld den vielfältigen Herausforderungen gerecht werden. So werden die zusätzlichen Mittel insbesondere auch für verteidigungsinvestive Ausgaben zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen Mittel zur Erhöhung der NATO-Präsenz im Umfang von 250 Mio. €.

Entwurf eines Nachtragshaushal ts 2015 und die Haushal tseckwerte für die Jahre 2016 bis 2019

Und schließlich kommt den zentralen Zukunftsbereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung weiterhin hohe Priorität zu. Insgesamt steigt der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Haushaltsjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um fast 1,1 Mrd. € auf knapp 16,4 Mrd. €. Für den Hochschulpakt stehen 2016 fast 2,6 Mrd. € zur Verfügung. Auch wird der Pakt für Forschung und Innovation fortgesetzt. Die Ausgaben für die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft, die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft werden um 3 % gesteigert. Diese Steigerung finanziert der Bund allein.

4 Zeitplan für die Aufstellung des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2016 und des Finanzplans bis zum Jahr 2019

Der Eckwertebeschluss legt verbindliche Einnahme- und Ausgabevolumina sowohl für den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 als auch für den Finanzplan bis zum Jahr 2019 fest. Zudem werden für bestimmte wesentliche Einnahmen- und Ausgabenbereiche darüber hinausgehende verbindliche Festlegungen für das weitere regierungsinterne Aufstellungsverfahren getroffen. Diese Vorgaben erfolgen für alle Einzelpläne, nicht jedoch – wie bereits weiter oben dargelegt – für die in § 28 Absatz 3 der Bundeshaushaltsordnung

genannten Verfassungsorgane und den Bundesrechnungshof.

Im weiteren Haushaltsaufstellungsverfahren sind punktuelle Anpassungen der grundsätzlich verbindlichen Haushaltseckwerte nicht ausgeschlossen. Dies betrifft insbesondere die Berücksichtigung der Ergebnisse der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung, die Ergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" Anfang Mai 2015 sowie die Auswirkungen der Rentenschätzung. Darüber hinaus sind weitere Anpassungen notwendig, die sich aus der Einrichtung eines Einzelplans für die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) - neuer Einzelplan 21 – ergeben. Bislang werden die Mittel für die BfDI im Einzelplan des BMI veranschlagt.

Die Umsetzung des Eckwertebeschlusses zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2016 und zum Finanzplan bis 2019, die Haushaltsverhandlungen mit den Verfassungsressorts und dem Bundesrechnungshof, die Aufstellung des Wirtschaftsplans für das Sondervermögen "Energie- und Klimafonds" für das Jahr 2016 und des dazugehörigen Finanzplans sowie die Gespräche zum Personalhaushalt zwischen den Bundesministerien und dem BMF sollen bis Mitte Juni 2015 abgeschlossen werden. Der Kabinettbeschluss über den Regierungsentwurf zum Bundeshaushaltsplan 2016 und zum Finanzplan bis zum Jahr 2019 soll Anfang Juli 2015 erfolgen. Anschließend wird der Regierungsentwurf an den Deutschen Bundestag zur parlamentarischen Beratung überwiesen.

Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2014

## Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2014

- Der bundesstaatliche Finanzausgleich hat auch 2014 dazu beigetragen, alle Länder finanziell in die Lage zu versetzen, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen.
- Das Umverteilungsvolumen des horizontalen Umsatzsteuervorwegausgleichs, der ersten Stufe des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, stieg von 7,3 Mrd. € im Jahr 2013 auf 7,8 Mrd. € im Jahr 2014 an. Bemessungsgrundlage für den Umsatzsteuervorwegausgleich sind die Einnahmen der Länder aus den Gemeinschaftsteuern – ohne Umsatzsteuer – und den Ländersteuern, die 2014 im Vergleich zum Vorjahr mit 5,5 % wiederum deutlich gestiegen sind.
- Das Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs, der zweiten Umverteilungsstufe des Ausgleichssystems, stieg 2014 gegenüber 2013 um 0,6 Mrd. € auf 9,0 Mrd. € an.
- Das Volumen der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen hat im abgelaufenen Jahr um 0,3 Mrd. € auf nunmehr 3,5 Mrd. € zugelegt.

1	Bundesstaatlicher Finanzausgleich	14
1.1	Umsatzsteuervorwegausgleich unter den Ländern	
	Länderfinanzausgleich	
	Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen	
	Fraebnisse 2014	

## 1 Bundesstaatlicher Finanzausgleich

Der bundesstaatliche Finanzausgleich regelt die Verteilung der gesamtstaatlichen Einnahmen auf den Bund und die Länder. Seine Grundzüge sind im Grundgesetz (GG) in den Artikeln 106 und 107 festgelegt. Die nähere Ausgestaltung erfolgt zum einen durch die grundgesetzliche Zuordnung einzelner Steuerarten auf Bund und Länder (Artikel 106 GG), die, soweit es sich um die horizontale Verteilung des Länderanteils handelt, weiter durch das vom Bund mit Zustimmung des Bundesrats erlassene Zerlegungsgesetz näher konkretisiert wird. Zum anderen erfolgt die Ausgestaltung durch das ebenfalls vom Bund mit Zustimmung des Bundesrats erlassene Finanzausgleichsgesetz (FAG). Ferner konkretisiert das abstrakt gehaltene Maßstäbegesetz seit 2001 die finanzverfassungsrechtlichen Regelungen.

Maßstäbegesetz und Finanzausgleichsgesetz sind zunächst bis Ende 2019 befristet. Über eine Fortführung haben der Bund und die Länder Verhandlungen aufgenommen.

Wichtigste grundgesetzliche Vorgabe für den bundesstaatlichen Finanzausgleich ist die Abstimmung der Deckungsbedürfnisse des Bundes und der Länder aufeinander, sodass ein billiger Ausgleich erzielt, eine Überbelastung der Steuerpflichtigen vermieden und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt wird (vergleiche Artikel 106 Absatz 3 GG). Das heißt: Bund und alle Länder müssen nach dem Finanzausgleich in der Lage sein, die ihnen von der Verfassung zugewiesenen Aufgaben im gesamtstaatlichen Interesse zu erfüllen. Die zu diesem Zweck im Ausgleichsjahr 2014 vorgenommene Verteilung von Steuereinnahmen zwischen den Ländern sowie die zusätzlich vom Bund an die Länder geleisteten Zuweisungen werden im

Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2014

Folgenden ausschließlich auf der Grundlage der Regelungen des FAG dargestellt und erläutert.

Das FAG regelt insbesondere die Verteilung von Einnahmen aus der Umsatzsteuer auf den Bund und die Länder. Hierfür sieht es eine Stufenfolge vor: Umsatzsteuervorwegausgleich, Länderfinanzausgleich im engeren Sinne (i. e. S.) und allgemeine Bundesergänzungszuweisungen. Die drei Stufen zusammengenommen machen den Länderfinanzausgleich im weiteren Sinne (i. w. S.) aus. Die Wirkung der einzelnen Stufen ist nicht notwendigerweise gleichgerichtet. So waren einige Länder, die im Umsatzsteuervorwegausgleich im Jahr 2014 Zahlungen zu leisten hatten, im weiteren Verlauf Zahlungsempfänger des Länderfinanzausgleichs (i. e. S.) und erhielten ferner Bundesergänzungszuweisungen. Im Interesse einer anhand des FAG nachvollziehbaren, gleichzeitig aber verständlichen Darstellung der Ausgleichsergebnisse im Ausgleichsiahr 2014 beschränken sich die folgenden Textabschnitte auf eine Darstellung der drei beschriebenen Ausgleichsstufen. Die Durchführung der Finanzausgleichszahlungen erfolgt dagegen in nur einer Stufe, d. h. nach Saldierung.

#### 1.1 Umsatzsteuervorwegausgleich unter den Ländern

Im Rahmen dieser ersten Stufe des
Ausgleichssystems wird der Länderanteil
am Umsatzsteueraufkommen (rund 45 %
im Jahr 2014, den Rest erhalten Bund
und Gemeinden) den einzelnen Ländern
zugeordnet. Dabei werden den Ländern
vorab bis zu 25 % des Länderanteils
an der Umsatzsteuer als sogenannte
Ergänzungsanteile zugerechnet, deren
Aufkommen aus der Einkommensteuer,
der Körperschaftsteuer und den Landessteuern je Einwohner unterhalb des
bundesweiten Durchschnitts liegt. Die Höhe
der Ergänzungsanteile wird über einen

progressiven Tarif festgelegt und hängt davon ab, wie stark die Steuereinnahmen je Einwohner eines Landes die bundesweit durchschnittlichen Steuereinnahmen je Einwohner unterschreiten. Der nach dem so geleisteten Vorwegausgleich noch verbleibende Länderanteil an der Umsatzsteuer – mindestens 75 % – wird anschließend nach der Einwohnerzahl gleichmäßig auf alle Länder verteilt.

#### 1.2 Länderfinanzausgleich

Der Länderfinanzausgleich (i. e. S.) bildet die zweite Stufe des Ausgleichssystems. Ausgleichsrelevant sind dabei die Einnahmen der Länder, wie sie bereits der Berechnung des Umsatzsteuervorwegausgleichs zugrunde gelegt wurden, die in der ersten Umverteilungsstufe berechneten Umsatzsteueranteile sowie die Steuereinnahmen der jeweils im Land befindlichen Gemeinden (anteilig). Ausgangspunkt hierfür ist die sogenannte Finanzkraftmesszahl der einzelnen Länder. Die Finanzkraftmesszahl wird pro Land durch Summierung seiner Einnahmen mit 64 % der Einnahmen seiner Gemeinden gebildet.

Zur Berechnung der im Länderfinanzausgleich zu leistenden Zahlungen wird vom Grundsatz eines gleichen Finanzbedarfs je Einwohner in allen Ländern ausgegangen. Allerdings ergibt sich für die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen aus ihrer strukturellen Eigenart ein höherer Finanzbedarf je Einwohner als in den Flächenländern. Die Abbildung dieses höheren Finanzbedarfs erfolgt durch die rechnerische Erhöhung der Einwohnerzahl der Stadtstaaten im Länderfinanzausgleich auf 135 % (Einwohnergewichtung) des tatsächlichen Wertes. Ein leicht höherer Finanzbedarf je Einwohner besteht auch in den drei besonders dünn besiedelten Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Deshalb wird ihre Einwohnerzahl ebenfalls geringfügig erhöht.

Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2014

Ausgleichsberechtigt sind im Länderfinanzausgleich diejenigen Länder, deren Finanzkraftmesszahl je gewichtetem Einwohner im Ausgleichsjahr unterhalb des bundesweiten Durchschnitts liegt. Diese Länder haben Anspruch auf Ausgleichszuweisungen. Demgegenüber sind diejenigen Länder ausgleichspflichtig, deren Finanzkraftmesszahl je gewichtetem Einwohner im Ausgleichsjahr oberhalb des bundesweiten Durchschnitts liegt. Diese Länder sind zur Zahlung von Ausgleichsbeiträgen verpflichtet. Die genaue Höhe der Ausgleichszuweisungen für ausgleichsberechtigte Länder hängt davon ab, wie weit ihre jeweilige Finanzkraft je gewichtetem Einwohner die durchschnittliche Finanzkraft je gewichtetem Einwohner unterschreitet. Durch die Ausgleichszuweisungen wird die zum Durchschnitt bestehende Differenz auf der Basis eines progressiven Ausgleichstarifs anteilig geschlossen. Analog dazu ist die Höhe der Ausgleichsbeiträge, die finanzstarke Länder zu leisten haben, davon abhängig, wie weit ihre jeweilige Finanzkraft je gewichtetem Einwohner die durchschnittliche Finanzkraft je gewichtetem Einwohner übersteigt. Die Regelungen sind im Einzelnen so ausgestaltet, dass die Finanzkraftreihenfolge der Länder durch den Länderfinanzausgleich nicht geändert wird.

#### 1.3 Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen

Die allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen bilden die dritte Stufe des Ausgleichssystems. Als Zuweisungen des Bundes dienen sie der ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Empfängerländer. Durch allgemeine Bundesergänzungszuweisungen wird bei ausgleichsberechtigten Ländern die nach dem Länderfinanzausgleich (i. e. S.) verbleibende Differenz zur durchschnittlichen Finanzkraft weiter verringert. Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen erhalten Länder, deren Finanzkraft je (gewichtetem) Einwohner nach den unter 1.1 und 1.2

beschriebenen Verteilungsstufen des FAG weiterhin unter 99,5 % des Durchschnitts liegt. Diese Lücke wird zu 77,5 % aufgefüllt.<sup>1</sup>

### 2 Ergebnisse 2014

Die Jahresrechnung 2014 zum bundesstaatlichen Finanzausgleich liegt nunmehr vor. Danach sind die Einnahmen der Länder aus den Gemeinschaftssteuern - ohne Umsatzsteuer – und den Landessteuern, die zusammen die Bemessungsgrundlage für die horizontale Umsatzsteuerverteilung bilden, im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr mit 5,5 % wiederum deutlich gestiegen. Der Anstieg betrug in den ostdeutschen Ländern durchschnittlich 6,6 % (Spanne zwischen 1,8 % und 8,9 %) und war deutlich höher als in den westdeutschen Ländern mit durchschnittlich 5,4 % (Spanne zwischen - 2 % und 11,4 %). Der Aufholprozess der neuen Länder bei den Steuereinnahmen setzte sich somit auch im Jahr 2014 fort.

Je Einwohner lag das Aufkommen in den ostdeutschen Ländern gleichwohl auch 2014 noch deutlich unter dem Länderdurchschnitt. Die Spanne reichte bei den ostdeutschen Flächenländern von 52,6 % in Sachsen-Anhalt (2013: 53,3 % in Thüringen) bis 66,1 % in Brandenburg (2013: 65,8 % in Brandenburg). Auch Berlin lag mit 93,6 % (2013: 91,8 %) unter dem bundesweiten Länderdurchschnitt. Der relative Abstand zum Einnahmenniveau der steuerstarken westdeutschen Länder Hamburg (155,9 %, 2013: 147,6 %), Bayern (129,7 %, 2013: 128,3 %), Hessen (122,4 %,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Neben den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen sieht das FAG sogenannte Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen vor. Sie zielen auf den Ausgleich besonderer Finanzbedarfe bestimmter Länder. Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen sind unabhängig von den aktuellen Finanzkraftverhältnissen; sie sind der Höhe nach im FAG festgeschrieben.

Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2014

2013: 121,6 %) und Baden-Württemberg (117,5 %, 2013: 116,8 %) ist nach wie vor beträchtlich.

Das Volumen des Umsatzsteuervorwegausgleichs belief sich 2014 auf 7,8 Mrd. € (2013: 7,3 Mrd. €). Weniger als ihren Einwohneranteil an der Umsatzsteuer erhielten dabei acht Länder: Nordrhein-Westfalen leistete den größten Beitrag mit - 2,3 Mrd. €, danach folgten Bayern mit - 2 Mrd. €, Baden-Württemberg mit - 1,7 Mrd. €, Hessen mit - 1 Mrd. €, Rheinland-Pfalz mit - 0,4 Mrd. €, Hamburg mit - 0,3 Mrd. €, Berlin mit - 0,2 Mrd. € und Bremen mit - 4 Mio. €. Vom Umsatzsteuervorwegausgleich profitiert haben 2014 besonders Sachsen (2,4 Mrd. €), Sachsen-Anhalt und Thüringen (1,4 Mrd. € beziehungsweise 1,3 Mrd. €), Brandenburg (1,0 Mrd. €) und Mecklenburg-Vorpommern (0,9 Mrd. €). Allein auf die fünf ostdeutschen Flächenländer entfielen 2014 rund 89 % des Umsatzsteuervorwegausgleichs. Westdeutsche Empfängerländer waren Niedersachsen, das Saarland und Schleswig-Holstein.

Im Länderfinanzausgleich (i.e.S.) standen 2014 den vier (2013: drei) Zahlerländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg zwölf Empfängerländer gegenüber. Das Umverteilungsvolumen im Länderfinanzausgleich (i.e.S.) betrug

im vergangenen Jahr 9,0 Mrd. €, was einem Anteil von 7,2 % der Finanzkraft der Zahlerländer entspricht (2013: 7,5 %). Das Umverteilungsvolumen 2014 übertraf das Niveau von 2013 um 0,6 Mrd. €. Größtes Zahlerland war 2014 erneut Bayern mit knapp 4,9 Mrd. € (2013: 4,3 Mrd. €). Größtes Empfängerland war 2014 Berlin mit Ausgleichszuweisungen in Höhe von 3,5 Mrd. € (2013: 3,3 Mrd. €). Mit zusammen 3,1 Mrd. € (2013: 3,1 Mrd. €) erhielten die ostdeutschen Flächenländer im abgelaufenen Jahr ebenfalls erhebliche Ausgleichszuweisungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs, sodass von den insgesamt 9,0 Mrd. € an Ausgleichsleistungen im Ergebnis 6,6 Mrd. € den ostdeutschen Ländern zugutekamen. Dies entsprach einem Anteil von 74 % (2013: 76 %).

Das Volumen der vom Bund an die Länder gezahlten allgemeinen Ergänzungszuweisungen stieg 2014 auf rund 3,5 Mrd. € an und übertraf damit das Vorjahresniveau um 0,3 Mrd. €. Größtes Empfängerland war auch hier Berlin mit 1,1 Mrd. €. Auf die ostdeutschen Flächenländer entfielen zusammen 1,3 Mrd. €. Einschließlich der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von zusammen 7,1 Mrd. € beliefen sich die Bundesergänzungszuweisungen im Jahr 2014 auf insgesamt 10,6 Mrd. €.

Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2014

**Tabelle 1:** Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) im Jahr 2014

	5			•	•	Ŭ	-	•	
	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH
Steuern der Länder vor Umsatzsteuerausgleich (je Einwohner in % des Durchschnitts)	97,7	129,7	117,5	85,7	122,4	54,7	96,4	52,6	87,2
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. €	-2 269	-1 998	-1 687	549	-959	2 375	-431	1 390	131
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (vor Finanzausgleich)	97,1	117,1	110.5	97,9	113,3	88,3	96,0	88,1	96,5
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. €	897	-4852	-2 356	276	-1 755	1 043	288	585	172
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (nach Finanzausgleich)	98,5	106,2	104,2	98,9	105,1	95,6	98,1	95,6	98,3
allgemeine BEZ in Mio. €	472	-	-	126	-	425	157	239	93
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)	99,3	-	-	99,4	-	98,6	99,2	98,6	99,2
	TH	BB	MV	SL	BE	НН	НВ	Insg	esamt
Steuern der Länder vor Umsatzsteuerausgleich (je Einwohner in % des Durchschnitts)	53,3	66,1	56,0	78,0	93,6	155,9	90,3	1	00,0
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. €	1317	973	902	197	-209	-276	-4	±7	834
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (vor Finanzausgleich)	88,3	90,3	87,1	92,8	69,2	101,5	72,0	1	0,00
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. €	554	510	463	144	3 491	- 55	604	±9	019
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (nach Finanzausgleich)	95,6	96,2	95,3	96,9	90,7	100,8	91,4	1	0,00
allgemeine BEZ in Mio. €	227	221	184	69	1105	-	195	3	514
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts <sup>1</sup> (nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)	98,6	98,8	98,6	98,9	97,5	-	97,7		-

<sup>1</sup> Genauer: in % der Ausgleichsmesszahl.

Grundlage: Vorläufige Jahresrechnung 2014.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Neuregel ungen im Bereich der strafbefreienden Selbstanzeige

# Neuregelungen im Bereich der strafbefreienden Selbstanzeige

Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung vom 22. Dezember 2014<sup>1</sup>

- Das Rechtsinstitut der strafbefreienden Selbstanzeige bleibt bestehen. Auch künftig kann unter bestimmten Voraussetzungen nach §§ 371, 398a Abgabenordnung (AO) derjenige der strafrechtlichen Verfolgung entgehen, der bei Steuerstraftaten von sich aus gegenüber der Finanzbehörde in vollem Umfang fehlerhafte oder unvollständige Angaben berichtigt oder nachholt.
- Die Voraussetzungen der strafbefreienden Selbstanzeige wurden zum 1. Januar 2015 deutlich verschärft. Eines der Kernelemente der Neuregelung ist die Absenkung des Betrags auf 25 000 €, bis zu dem eine Steuerhinterziehung ohne Zahlung eines zusätzlichen Geldbetrags bei einer Selbstanzeige straffrei bleibt. Daneben ist die Ausdehnung des Berichtigungszeitraums auf zehn Kalenderjahre ein wichtiger Aspekt der Neuregelung. Auch die Entrichtung eines nach der Höhe der hinterzogenen Steuer gestaffelten Geldbetrags nebst Zinsen im Rahmen des Absehens von Verfolgung in besonderen Fällen nach § 398a AO ist ein wichtiger Gesichtspunkt der Neuregelung.
- Im Bereich der Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen wurden zudem gesetzliche Klarstellungen vorgenommen, die den Unternehmen mehr Rechtssicherheit geben sollen.

1	Einleitung	19
2	Historie und Gesetzgebungsverfahren	
3	Überblick über den Inhalt des Gesetzes	
4	Inhaltliche Ausgestaltung der wichtigsten Normen	22
5	Fazit	23

## 1 Einleitung

Die Voraussetzungen der strafbefreienden Selbstanzeige und der Regelung für ein Absehen von der (Straf-)Verfolgung in besonderen Fällen wurden zum 1. Januar 2015 deutlich verschärft. Damit wurde ein zentraler Baustein zur konsequenten Bekämpfung von Steuerhinterziehung in dieser Legislaturperiode umgesetzt. Hinsichtlich der besonderen Problematik der Umsatzsteuervoranmeldungen und der Lohnsteueranmeldungen wurden gesetzliche Klarstellungen zur Beseitigung bestehender praktischer Verwerfungen vorgenommen, die im Interesse der Rechtssicherheit erforderlich waren.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>BGBI. I 2014, S. 2415.

Neuregel ungen im Bereich der strafbefreienden Selbstanzeige

### 2 Historie und Gesetzgebungsverfahren

Das Instrument der strafbefreienden Selbstanzeige besteht seit dem Jahr 1919. Trotz vieler Debatten über Zweck und Rechtfertigung der Selbstanzeige hält der Gesetzgeber seit nunmehr 96 Jahren am Rechtsinstitut der strafbefreienden Selbstanzeige fest. Fiskalpolitisch dient die strafbefreiende Selbstanzeige der nachträglichen Erfüllung der steuerlichen Pflichten und der Erschließung bisher verheimlichter Steuerquellen. Kriminalpolitisch eröffnet sie dem Täter die Möglichkeit, in der Zukunft steuerehrlich zu sein.

Dies verdeutlicht, dass die Regelung der strafbefreienden Selbstanzeige eine Schnittstelle zwischen Steuerrecht und Strafrecht bildet. Eine Abschaffung der strafbefreienden Selbstanzeige hätte zur Folge, dass ein strafrechtliches Verwertungsverbot hinsichtlich der Angaben aus einer korrekten Steuererklärung für vorangegangene Zeiträume von Verfassung wegen zu beachten wäre, um nicht gegen das Verbot eines Zwangs zur Selbstbelastung (Nemo-tenetur-Grundsatz) zu verstoßen. Nach dem Nemo-tenetur-Grundsatz ist es nicht zumutbar, einen Menschen zu zwingen, durch eigene Aussage die Voraussetzungen für eine strafgerichtliche Verurteilung oder die Verhängung entsprechender Sanktionen schaffen zu müssen. Im Besteuerungsverfahren ist der Steuerpflichtige hingegen zur Mitwirkung verpflichtet. Dieser Zirkelschluss wird für den Steuerpflichtigen durch die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige gelöst.

Die Regelungen der strafbefreienden Selbstanzeige wurden bereits durch das Schwarzgeldbekämpfungsgesetz vom 28. April 2011<sup>2</sup> zur Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs verschärft<sup>3</sup>. Die Möglichkeit zur Abgabe einer strafbefreienden Teilselbstanzeige wurde abgeschafft, sodass Straffreiheit nur eintrat, wenn zu allen unverjährten Steuerstraftaten einer Steuerart in vollem Umfang die unrichtigen Angaben berichtigt, ergänzt oder nachgeholt wurden.

Mit dem Gesetz zur Änderung der AO und des Einführungsgesetzes zur AO vom 22. Dezember 2014 wird diese Linie fortgeführt und den Vorgaben des Koalitionsvertrags entsprochen. Dieser sieht vor, dass die Regelungen zur strafbefreienden Selbstanzeige im Lichte des Berichts der Finanzministerkonferenz (FMK) weiterentwickelt werden, wenn hierzu Handlungsbedarf aufgezeigt werden sollte. Die FMK hat sich am 27. März 2014 darauf verständigt, die gesetzlichen Anforderungen an eine strafbefreiende Selbstanzeige sowie an das Absehen von Verfolgung in besonderen Fällen ab dem 1. Januar 2015 deutlich zu verschärfen. Am 9. Mai 2014 stellte die FMK ein entsprechendes Eckpunktepapier vor, das mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 24. September 2014 im Wesentlichen umgesetzt wurde. Es wurden lediglich zwei Änderungen vorgenommen:

- § 371 Absatz 1 AO, wonach der Steuerpflichtige, der eine Selbstanzeige abgibt, zu allen Steuerstraftaten einer Steuerart in vollem Umfang die unrichtigen Angaben berichtigt, die unvollständigen Angaben ergänzt oder die unterlassenen Angaben nachholt, wird dahingehend ergänzt, dass diese Angaben zu allen unverjährten Steuerstraftaten einer Steuerart, mindestens aber zu allen Steuerstraftaten einer Steuerart innerhalb der vergangenen zehn Kalenderjahre erfolgen müssen und
- dass die Sperrwirkung von Außenprüfungen – wie vor Inkrafttreten des Schwarzgeldbekämpfungsgesetzes – auf

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> BGBI. I 2011, S. 676.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Beschluss vom 20. Mai 2010, 1 StR 577/09, BGHSt 55, 180.

Neuregel ungen im Bereich der strafbefreienden Selbstanzeige

den Inhalt der Prüfungsanordnung beschränkt wird.

Der Bundesrat erhob keine Einwände gegen den Gesetzentwurf. Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens wurden keine Änderungswünsche seitens der Koalitionsfraktionen eingebracht und am 4. Dezember 2014 stimmte der Deutsche Bundestag in 2. und 3. Lesung dem Gesetzentwurf in der Fassung des Regierungsentwurfs zu. Der Bundesrat stimmte ebenfalls ohne Änderungen am 19. Dezember 2014 für den Gesetzentwurf. Damit sind die vorgesehenen gesetzlichen Änderungen zum 1. Januar 2015 in Kraft getreten.

# 3 Überblick über den Inhalt des Gesetzes

Durch das Gesetz wurden hauptsächlich Normen des Steuerstraf- und Steuerordnungswidrigkeitenrechts im achten Teil der AO geändert und ergänzt.

Darüber hinaus wurde die Anlaufhemmung der steuerlichen Festsetzungsfrist für bestimmte, nicht deklarierte ausländische Kapitalerträge auf zehn Jahre ausgedehnt. Hierzu wurde § 170 Absatz 6 AO neu gefasst.

Die Selbstanzeige muss künftig alle Angaben zu allen unverjährten Steuerstraftaten einer Steuerart umfassen, mindestens aber zu allen Steuerstraftaten einer Steuerart innerhalb der vergangenen zehn Kalenderjahre. Die Sperrgründe bei der strafbefreienden Selbstanzeige, d. h. Gründe, bei denen eine Straffreiheit nicht eintritt, wurden verschärft, indem folgende Punkte in das Gesetz aufgenommen wurden:

 Mit Bekanntgabe der Prüfungsanordnung nur an den Begünstigten ist die Möglichkeit einer Selbstanzeige für sämtliche weitere Beteiligte ausgeschlossen.

- Während einer Umsatzsteuer- oder Lohnsteuer-Nachschau – Nachschau ist ein besonderes Verfahren zur zeitnahen Aufklärung steuererheblicher Sachverhalte – ist eine Selbstanzeige nicht möglich.
- Eine strafbefreiende Selbstanzeige ist nur noch bis zu einem Betrag von 25 000 € möglich.
- Eine strafbefreiende Selbstanzeige für die in § 370 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 bis 5 AO genannten Regelbeispiele ist künftig nicht mehr möglich, beispielsweise bei Missbrauch der Stellung als Amtsträger.

Das Gesetz sieht zudem eine Präzisierung der Sperrwirkung einer Prüfungsanordnung und einer steuerlichen Prüfung vor. Die Sperrwirkung einer Prüfungsanordnung beziehungsweise das Erscheinen des Amtsträgers zur steuerlichen Prüfung (z. B. Betriebsprüfer) beschränkt sich nun auf den sachlichen und zeitlichen Umfang der (angekündigten) Außenprüfung. Danach wird die Sperrwirkung von Außenprüfungen wie vor dem Inkrafttreten des Schwarzgeldbekämpfungsgesetzes auf den Inhalt der Prüfungsanordnung beschränkt.

Durch § 371 Absatz 2a AO erfolgt eine gesetzliche Klarstellung zur Beseitigung bestehender praktischer Verwerfungen im Bereich der Umsatzsteuervoranmeldungen und der Lohnsteueranmeldungen.

Die Zahlung der Hinterziehungszinsen wurde als Tatbestandsvoraussetzung für eine wirksame strafbefreiende Selbstanzeige aufgenommen (§ 371 Absatz 3 AO). Übersteigt der hinterzogene Betrag die Grenze von 25 000 € (früher: 50 000 €), ist eine strafbefreiende Selbstanzeige nicht mehr möglich. In diesem Fall kann nur noch gegen Zahlung eines Zuschlags von der strafrechtlichen Verfolgung der Tat abgesehen werden (§ 398a AO). Ab dem 1. Januar 2015 ist

Neuregel ungen im Bereich der strafbefreienden Selbstanzeige

dieser Zuschlag in seiner Höhe – abhängig von der Höhe der hinterzogenen Steuern – gestaffelt. Darüber hinaus sieht das Gesetz klarstellende Regelungen in den §§ 164, 374 und 378 AO vor.

# 4 Inhaltliche Ausgestaltung der wichtigsten Normen

#### § 170 AO – Beginn der Festsetzungsfrist

§ 170 Absatz 6 AO in seiner neuen Fassung soll gewährleisten, dass bestimmte ausländische Kapitalerträge, die den deutschen Finanzbehörden nicht durch Erklärung des Steuerpflichtigen oder in sonstiger Weise bekannt geworden sind, zukünftig zutreffend besteuert werden können. Dies soll dadurch erreicht werden, dass die bislang geltenden Verjährungsfristen durch ihren späteren Beginn ("spätestens jedoch zehn Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden ist") deutlich hinausgeschoben werden. Unter dem Begriff der Kapitalerträge im Sinne des § 170 Absatz 6 AO sind alle Erträge im Sinne des § 43 Einkommensteuergesetz zu verstehen, unabhängig von ihrer Zuordnung zu einer bestimmten Einkunftsart.

#### § 371 AO – Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung

Eine den Anforderungen des § 371 Absatz 1 AO entsprechende Selbstanzeige bewirkt nur dann eine Strafaufhebung, wenn keine Sperrgründe des § 371 Absatz 2 AO eingreifen. Die Sperrgründe des § 371 Absatz 2 AO wurden wie folgt ausgedehnt:

Der bisherige Begriff des "Täters" wurde durch den Begriff des "an der Tat Beteiligten" ersetzt. Dadurch erstreckt sich zukünftig die Sperrwirkung der Bekanntgabe einer Prüfungsanordnung nach § 196 AO und der Bekanntgabe der Einleitung des Straf- oder Bußgeldverfahrens nicht nur auf den Täter, sondern auch auf die Anstifter und Gehilfen.

Weiterhin wurde normiert, dass die Umsatzsteuer-Nachschau, die Lohnsteuer-Nachschau und Nachschauen nach anderen steuerrechtlichen Vorschriften während ihrer Dauer eine Sperrwirkung entfalten.

Mit der Regelung in § 371 Absatz 2a AO wurde eine Forderung der Praxis aufgegriffen und Rechtssicherheit im Bereich der Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen geschaffen. Künftig kann eine Umsatzsteuervoranmeldung beziehungsweise Lohnsteueranmeldung jederzeit und gegebenenfalls auch mehrmals korrigiert werden. Auf die – in der Praxis schwierige – Abgrenzung zwischen der Berichtigung nach § 153 AO und einer Selbstanzeige nach § 371 AO kommt es in diesen Fällen nicht mehr an.

Bislang mussten für eine wirksame Selbstanzeige der Umsatzsteuerjahreserklärung für das Vorjahr auch die falschen Umsatzsteuervoranmeldungen für das Folgejahr mit korrigiert werden. Nach der Neuregelung ist es nicht mehr erforderlich, dass die Umsatzsteuervoranmeldungen für das Folgejahr zeitgleich mit der Umsatzsteuerjahreserklärung des vorhergehenden Jahres korrigiert werden müssen.

Hinterzogene Steuern waren auch schon in der Vergangenheit zu verzinsen. Die Erlangung der Straffreiheit war jedoch nicht von der Zahlung dieser Hinterziehungszinsen an die Finanzbehörde abhängig. Nunmehr wurde in § 371 Absatz 3 AO als zusätzliche Voraussetzung für die Erlangung der Straffreiheit aufgenommen, dass diese Zinsen im Rahmen der Selbstanzeige gezahlt werden müssen.

# § 398a AO – Absehen von Verfolgung in besonderen Fällen

Der Betrag, bis zu dem eine strafbefreiende Selbstanzeige möglich ist, wurde von 50 000 € auf 25 000 € gesenkt. Fälle mit einem Hinterziehungsvolumen über 25 000 €

Neuregel ungen im Bereich der strafbefreienden Selbstanzeige

unterliegen damit künftig dem § 398a AO. Die Tat wird danach nicht verfolgt, wenn der Täter innerhalb einer ihm bestimmten angemessenen Frist die Zinsen auf die zu seinen Gunsten hinterzogenen Steuern und zusätzlich den entsprechenden Geldbetrag nach § 398a Absatz 1 AO entrichtet.

Auch in Fällen besonders schwerer Steuerhinterziehung (§ 370 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 bis 5 AO; z. B. Umsatzsteuerkarussellbetrug) ist künftig eine strafbefreiende Selbstanzeige nicht mehr möglich. Hier kommt ebenfalls nur ein Absehen von der Strafverfolgung unter den Voraussetzungen des § 398a AO in Betracht.

Auch die Ausgestaltung des § 398a AO wurde modifiziert. Bislang war neben den hinterzogenen Steuern ein Betrag in Höhe von 5 % des Hinterziehungsbetrags zu entrichten, damit von der Strafverfolgung abgesehen wurde. Da die Höhe des Hinterziehungsbetrags einen wesentlichen Aspekt für die Schwere der Schuld darstellt, soll dieser Geldbetrag künftig höher sein und sich gestaffelt ermitteln:

 10 % der hinterzogenen Steuer, wenn der Hinterziehungsbetrag 100 000 € nicht übersteigt,

- 15 % der hinterzogenen Steuer, wenn der Hinterziehungsbetrag 100 000 € übersteigt und 1 000 000 € nicht übersteigt,
- 20 % der hinterzogenen Steuer, wenn der Hinterziehungsbetrag 1 000 000 € übersteigt.

#### 5 Fazit

Die Voraussetzungen der strafbefreienden Selbstanzeige wurden zum 1. Januar 2015 deutlich verschärft. Dennoch ist es gelungen, die Vorschriften so zu gestalten, dass demjenigen, der eine Steuerhinterziehung begangen hat, die Rückkehr zur Steuerehrlichkeit ermöglicht wird. Zugleich wird für die Bereiche, in denen durch das Schwarzgeldbekämpfungsgesetz Rechtsunsicherheit hervorgerufen wurde, dem Wunsch der Praxis nach handhabbaren Normen entsprochen.

Wie ist der Stand bei der zweiten Säule der Bankenunion?

# Wie ist der Stand bei der zweiten Säule der Bankenunion?

## Abwicklungsrichtlinie und Einheitlicher Abwicklungsmechanismus

- Mit den neuen einheitlichen harmonisierten Abwicklungsregeln wird der Bankensektor in ganz Europa stabiler.
- Für den Euroraum geht es noch einen Schritt weiter: Es wird eine einheitliche europäische Entscheidungsinstanz für die Abwicklung systemrelevanter Banken geschaffen.
- Mit dem "Maßnahmenpaket Bankenunion" hat Deutschland entscheidende Voraussetzungen geschaffen, um vollumfänglich an der Bankenunion mitzuwirken.

1	Einleitung	24
2	Nationale Umsetzung europäischer Abwicklungsregeln im	
	"Maßnahmenpaket Bankenunion"	25
2.1	Einheitliche Bankenabwicklungsregeln und einheitliche Bankenabgabe	25
2.2	Zustimmung zum "Zwischenstaatlichen Übereinkommen"	
	(Intergouvernemental Agreement (IGA)) zur Vergemeinschaftung der Bankenabgabe	27
2.3	Direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM als "Ultima Ratio"	27
3	Zukünftiger Einheitlicher Abwicklungsmechanismus	27
1	Fazit	30

## 1 Einleitung

Die Finanzkrise beschäftigt seit 2008 Politik und Regulatoren. Von einem Stillstand in supra- und internationalen Regulierungsvorhaben kann jedenfalls im Finanzbereich nicht die Rede sein: Das in gewaltigem Tempo entwickelte Projekt Bankenunion ist gerade in jüngster Zeit mit großen Schritten vorangegangen. Mittlerweile steht die komplette Umsetzung der europäischen Bankenunion vor der Tür.

Die neuen Regeln zur Bankenunion beruhen maßgeblich auf den Erfahrungen mit der Finanzkrise in Europa. Zunächst wurden systemrelevante Banken mit Hilfe des Staates und damit des Steuerzahlers gestützt, um ein unkontrolliertes Ausbreiten der Krise zu verhindern. Mit der Krise ist viel Vertrauen in den Finanzsektor verloren gegangen. Eine solche Situation darf sich nicht wiederholen. Daher wurde im Anschluss begonnen, für die Finanzmärkte einen neuen Ordnungsrahmen zu schaffen. Ziel ist es, den Bankensektor in Europa stabiler zu machen. Damit soll die Basis für mehr Vertrauen geschaffen und Haftung und Risiken im Finanzsektor sollen wieder zusammenführt werden. Gleichzeitig soll die enge Verflechtung zwischen Staaten und Banken reduziert werden.

Zuletzt wurde in "Die Europäische Bankenunion – Wie weit sind wir schon?" im Monatsbericht des BMF vom Juni 2014 über den Stand berichtet. Seitdem hat sich Einiges getan: Im Rahmen der Säule 1 der Bankenunion – der Bankenaufsicht – hat die Europäische Zentralbank (EZB) am 4. November 2014 die Aufsicht über die bedeutenden Banken des Euroraums

Wie ist der Stand bei der zweiten Säule der Bankenunion?

übernommen. Zu Säule 3 - Einlagensicherung läuft das parlamentarische Verfahren zur Umsetzung der Einlagensicherungsrichtlinie (Deposit Guarantee Schemes Directive (DGSD)) vom April 2014. Näher beleuchtet werden im Folgenden die Entwicklungen im Bereich der Bankenabwicklung, der zweiten Säule der Bankenunion. Zum einen hat der Deutsche Bundestag im Dezember 2014 mit dem "Maßnahmenpaket Bankenunion" die nationale Umsetzung europäischer Regeln zur Bankenabwicklung beschlossen und die wesentlichen Voraussetzungen für den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism (SRM)) geschaffen. Zum anderen hat zum Jahreswechsel auf Ebene der Euro-Mitgliedsländer der Einheitliche Abwicklungsmechanismus im Hinblick auf seinen Start im Jahr 2016 bereits vorbereitende Tätigkeiten aufgenommen.

2 Nationale Umsetzung europäischer Abwicklungsregeln im "Maßnahmenpaket Bankenunion"

Mit dem "Maßnahmenpaket Bankenunion" hat Deutschland seinen Part zur Schaffung eines europäischen Abwicklungsregimes für Banken beigetragen. Es besteht aus drei Teilen: Der erste Teil dient der nationalen Umsetzung der EU-Abwicklungsrichtlinie mit einheitlichen Abwicklungsregeln und Vorgaben für die Berechnung der Bankenabgabe. Diese Richtlinie muss in allen EU-Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden und stellt die materielle Grundlage für die zweite Säule der Bankenunion dar. Der zweite Teil des "Maßnahmenpakets Bankenunion" besteht aus der Zustimmung zu einem völkerrechtlichen Vertrag zur Vergemeinschaftung von Mitteln der Bankenabgabe. Der dritte Teil schafft für den Euroraum die Voraussetzungen für die Möglichkeit der direkten Bankenrekapitalisierung mit Mitteln des Europäischen

Stabilitätsmechanismus (ESM) am Ende einer Haftungskaskade.

2.1 Einheitliche Bankenabwicklungsregeln und einheitliche Bankenabgabe

#### Einheitliche Abwicklungsregeln

Eine maßgebliche Schwachstelle in der Bankenkrise waren fehlende Verfahren, um Banken geordnet abzuwickeln und dafür Eigentümer und Gläubiger in die Pflicht zu nehmen. Hier setzt die im Jahr 2014 verabschiedete europäische Bankenabwicklungsrichtlinie (Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD)) an. Sie sieht nationale Verfahren und Instrumente für die Abwicklung von Banken und für die Heranziehung der Eigentümer und Gläubiger in allen EU-Mitgliedstaaten vor. Dadurch sollen zukünftig die öffentlichen Haushalte und somit die Steuerzahler besser geschützt werden. Die neuen europäischen Abwicklungsregeln verringern das "Moral-Hazard"-Problem, also die übermäßige Übernahme von Risiken im Vertrauen darauf. dass andere im Krisenfall dafür aufkommen. Sie schaffen so Anreize für ein nachhaltiges Wirtschaften. In Deutschland wurden diese Regeln zum 1. Januar 2015 im "Sanierungs- und Abwicklungsgesetz" umgesetzt.

Wenn eine Bank in Schieflage gerät, steht oft nur wenig Zeit zum Handeln zur Verfügung (Stichwort "Bank Run"). Mit einer Liquidation im herkömmlichen Insolvenzverfahren lässt sich die Situation meist nicht bewältigen, ohne die Finanzstabilität zu gefährden. Mit dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) wird für Institute in einer Schieflage nunmehr ein Alternativverfahren zum Insolvenzverfahren eingeführt, wenn ein schnelles Handeln im öffentlichen Interesse erforderlich ist.

Das Gesetz schafft eine besondere Abwicklungsbehörde und gibt ihr bestimmte Instrumente an die Hand, etwa die Möglichkeit zur hoheitlichen Übertragung

Wie ist der Stand bei der zweiten Säule der Bankenunion?

von Teilen eines Instituts auf eine "Good Bank "oder eine "Bad Bank ". Teilweise gab es im bisherigen deutschen Recht bereits vergleichbare Regelungen. Wirklich neu ist aber das Bail-in-Instrument als Herzstück der Abwicklungsinstrumente. Danach werden im Fall einer Abwicklung Eigentümer und Gläubiger eines Instituts unmittelbar an den Kosten beteiligt. Damit liegen Chancen und Risiken von Geschäftsentscheidungen nunmehr wieder in einer Hand. Praktisch vollzieht sich das wie folgt: Forderungen der Gläubiger gegen eine Bank werden sofern sie nicht erlöschen - in Anteile an der betroffenen Bank umgewandelt. Die Rechte der Alteigentümer werden gelöscht, soweit die Gläubiger nachrücken. Das Bail-in-Instrument wird nach einer klaren Haftungskaskade angewendet. Sie legt fest, dass zuerst die Eigentümer haften, anschließend die nachrangigen Fremdkapitalgeber und dann die sonstigen Fremdkapitalgeber (unter strikter Wahrung der europäischen Einlagengarantie). Besteht danach weiterer Kapitalbedarf, kann im Ausnahmefall der aus Bankenabgaben zu füllende Abwicklungsfonds zur Finanzierung der Abwicklung genutzt werden.

Damit im Krisenfall auch wirklich rasch und möglichst vorausschauend gehandelt werden kann, erstellt die Abwicklungsbehörde schon im Vorfeld Abwicklungspläne – eine Art "Bankentestamente" – für die einzelnen Banken. Dabei bewertet sie deren Abwicklungsfähigkeit und kann auf eine Umstrukturierung zur Beseitigung von Abwicklungshindernissen, etwa Ansteckungsgefahren wegen übermäßiger Vernetztheit, hinwirken.

#### Abwicklungsfinanzierung durch eine einheitliche Bankenabgabe im Ausnahmefall

Ferner wird die bisherige deutsche Bankenabgabe durch eine Abgabe abgelöst, die den neuen europäischen Vorgaben entspricht. Nach der europäischen Bankenabwicklungsrichtlinie müssen alle EU-Mitgliedstaaten einen Abwicklungsfonds einrichten. Dieser soll durch Bankenabgaben gespeist werden und in Ausnahmefällen zur Abwicklungsfinanzierung bereitstehen. Die genaue Berechnungsmethode für die Bankenabgabe ist auf europäischer Ebene seit Januar 2015 durch eine delegierte Verordnung der Europäischen Kommission sowie einen Durchführungsrechtsakt des Rates vorgegeben. Maßgeblich für die Höhe der individuellen Abgabe sind die Größe und das Risiko der Institute. Die genauen Bestimmungen enthalten Entlastungen für kleine und mittelgroße Institute. Auch Mitglieder von Institutssicherungssystemen erhalten einen Abschlag auf ihre Beitragslast und Förderbanken werden entlastet. Für Deutschland ist die in dieser Form angemessene Ausgestaltung der Bankenabgabe wichtig, um insbesondere die bewährte deutsche Struktur der Mittelstandsfinanzierung zu erhalten.

Die die Bankenabwicklungsrichtlinie für den Euroraum ergänzenden, unmittelbar geltenden EU-Regeln zur Schaffung eines Einheitlichen Abwicklungsmechanismus sehen ab dem Jahr 2016 vor, dass die nationalen Bankenabgaben langfristig mit den Bankenabgaben der anderen Eurostaaten in einem schlagkräftigen, gemeinsamen Abwicklungsfonds gebündelt werden. Ab 2016 überführen die Euro-Mitgliedstaaten demgemäß ihren nationalen Fonds auf den gemeinsamen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund (SRF)) und überweisen diesem ihre Bankenabgaben, die bis 2023 sukzessive vergemeinschaftet werden. Die Berechnung der individuellen Bankenabgaben für diesen gemeinsamen Abwicklungsfonds erfolgt ab diesem Zeitpunkt zentral in Brüssel. Die Berechnung der Bankenabgabe für den gemeinsamen Abwicklungsfonds gewährleistet einen fairen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Bankenstrukturen in den Mitgliedstaaten.

Wie ist der Stand bei der zweiten Säule der Bankenunion?

## 2.2 Zustimmung zum "Zwischenstaatlichen Übereinkommen" (Intergouvernemental Agreement (IGA)) zur Vergemeinschaftung der Bankenabgabe

Dem Ziel, die Bankenabgaben in einen gemeinsamen europäischen Abwicklungsfonds zu überführen, dient der zweite Teil des "Maßnahmenpakets Bankenunion". Dieser bestand aus der Zustimmung zu einem völkerrechtlichen Vertrag, der die Vergemeinschaftung der national erhobenen Bankenabgaben regelt: dem "Zwischenstaatlichen Übereinkommen über die Übertragung von Beiträgen auf den einheitlichen Abwicklungsfonds und über die gemeinsame Nutzung dieser Beiträge" (IGA).

Das Konzept des gemeinsamen Bankenabwicklungsfonds sieht eine schrittweise Vergemeinschaftung der Beiträge zwischen nationalen Kammern über einen Übergangszeitraum von acht Jahren vor. In der Übergangsphase werden im Abwicklungsfall – und sofern nach einer substanziellen Beteiligung der Eigentümer und Gläubiger weiterer Kapitalbedarf besteht zunächst die nationalen Kammern derjenigen Mitgliedstaaten in Anspruch genommen, in denen die gegebenenfalls abzuwickelnde Bank beziehungsweise Bankengruppe tätig ist. Erst danach kann im Bedarfsfall auf den vergemeinschafteten Teil zurückgegriffen werden.

Ein völkerrechtlicher Vertrag inmitten von Unionsrecht war noch erforderlich, weil die verfügbaren Kompetenzen aus den Europäischen Verträgen hier an ihre Grenzen stießen. Während die europäischen Abwicklungsregeln auf Artikel 114 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) über die Harmonisierung im Binnenmarkt gestützt werden konnten, wäre das bei der Vergemeinschaftung der Bankenabgabe nicht rechtssicher möglich gewesen.

# 2.3 Direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM als "Ultima Ratio"

Dritter Baustein des "Maßnahmenpakets Bankenunion" ist die nationale Umsetzung der Einführung des Finanzhilfeinstruments der direkten Bankenrekapitalisierung für Euroländer, das dem ESM in Zukunft als neues Instrument zur Verfügung stehen soll. Der Hintergrund dazu ist, dass der europäische Bankenfonds erst nach und nach befüllt werden wird. Wenn die Haftungskaskade zur Heranziehung der Eigentümer und danach der Gläubiger ausgeschöpft ist und auch der Bankenfonds keine ausreichenden Mittel mehr bereithält, soll es unter Umständen eine direkte Hilfe des ESM an die Banken geben können, um eine "Ansteckung" anderer Länder und schwere volkswirtschaftliche Schäden zu verhindern. Das kommt aber nur dann in Betracht, wenn ein Euro-Mitgliedstaat durch eigene Kreditaufnahme komplett überfordert würde und die Stabilität des Euroraums gefährdet wäre. Die direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM ist auf ein Volumen von höchstens 60 Mrd. € begrenzt.

## 3 Zukünftiger Einheitlicher Abwicklungsmechanismus

Die Regeln zur Bankenabwicklung sind nach der Abwicklungsrichtlinie und ihrer nationalen Umsetzung – in Deutschland als Teil des "Maßnahmenpakets Bankenunion" – europaweit harmonisiert. Für den Euroraum (und weitere freiwillig teilnehmende Mitgliedstaaten) ging es noch einen Schritt weiter – es wurde eine zentrale Entscheidungsinstanz etabliert, der Einheitliche Abwicklungsmechanismus. Ein eng verflochtener Finanzsektor Europas bedeutet: Wirksame Aufsicht und glaubwürdige, effiziente Abwicklung einer grenzüberschreitend aktiven Bank erfordern einen grenzüberschreitenden Mechanismus. Die EU-Verordnung für den

Wie ist der Stand bei der zweiten Säule der Bankenunion?

Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM-Verordnung) trat im August 2014 in Kraft. Die wesentlichen Bestimmungen gelten ab 2016 unmittelbar in allen Euro-Mitgliedstaaten und ergänzen die nationalen Abwicklungsregime durch eine zentrale europäische Entscheidungsebene. Damit das neue System für Bankenabwicklungen in der Praxis funktioniert, sorgt auf europäischer Ebene zukünftig der gemeinsame Abwicklungsausschuss dafür, dass die bedeutenden und grenzüberschreitenden Banken insbesondere ausreichende Kapitalpuffer vorhalten und dass deren "Abwicklungsfähigkeit" für den Krisenfall gewährleistet ist. Für diesen Mechanismus wurden mit dem "Maßnahmenpaket Bankenunion" neben der nationalen Umsetzung der Abwicklungsrichtlinie wesentliche Voraussetzungen geschaffen.

Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus ist ein hoch verdichteter Verwaltungsverbund, welcher aus einer europäischen Agentur (Single Resolution Board - "Ausschuss") und den nationalen Abwicklungsbehörden besteht. Der Ausschuss nimmt zum 1. Januar 2016 seine volle Tätigkeit auf. Ausschuss und nationale Abwicklungsbehörden sind organisationsrechtlich eigenständig. Sie wirken jedoch bei der Bankenabwicklung zusammen. Die Abwicklungsbehörde unterstützt den Ausschuss bei der Umsetzung seiner Beschlüsse. Er kann Weisungen an die Abwicklungsbehörde richten, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. Er verwaltet auch den Einheitlichen Abwicklungsfonds mit Bankenabgaben aller Länder des Euroraums, dem Deutschland national mit dem "Intergouvernementalen Übereinkommen" zustimmte.

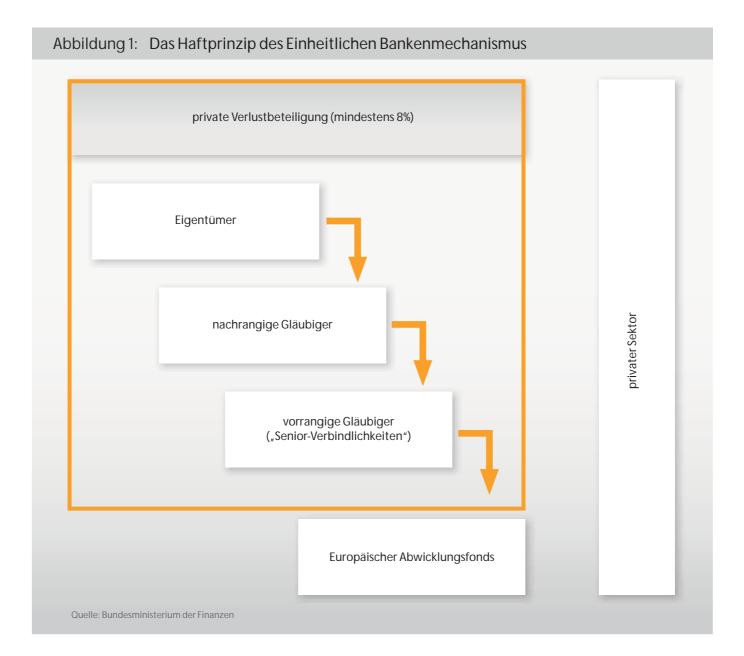
Im Einheitlichen Abwicklungsmechanismus gibt es zwei Kategorien von Instituten. Zu der ersten Kategorie zählen die Institute und gruppenangehörigen Unternehmen, welche der unmittelbaren Zuständigkeit des SRM-Ausschusses unterliegen. Dies sind bedeutende und der unmittelbaren Aufsicht der EZB unterstehende Institute

und gruppenangehörige Unternehmen sowie grenzüberschreitende Gruppen. Die Abwicklungsplanung und die Durchführung der Abwicklung dieser Institute und gruppenangehörigen Unternehmen erfolgt im Zusammenspiel von Ausschuss und nationalen Behörden. Der Ausschuss trifft - in dem in der SRM-Verordnung vorgesehenen institutionellen Zusammenspiel mit Kommission und Rat – Entscheidungen zu Abwicklungsplanung und Abwicklung in Form von Beschlüssen. Diese setzt er allerdings nicht selbst in Durchgriff auf die Institute um. Vielmehr weist er die nationale Abwicklungsbehörde an, die auf Ebene des Ausschusses getroffenen Beschlüsse gegenüber den Instituten umzusetzen. Die nationalen Abwicklungsbehörden handeln bei der Umsetzung der Weisungen auf Grundlage ihrer Befugnisse nach dem nationalen Sanierungs- und Abwicklungsgesetz.

Die zweite Kategorie der von der SRM-Verordnung erfassten Institute und Gruppen sind die "weniger signifikanten Institute", die grundsätzlich weiterhin in der Zuständigkeit der nationalen Abwicklungsbehörden verbleiben – jedenfalls, solange zur Abwicklung kein Geld aus dem europäischen Bankenfonds benötigt wird. Geht es um eine Inanspruchnahme des Einheitlichen Abwicklungsfonds, so wird die Entscheidung über die Abwicklung zentral vom Ausschuss getroffen.

Durch die SRM-Verordnung wird ein zügiges und effizientes Entscheidungsverfahren zur Abwicklung bedeutender und grenzüberschreitender Banken gewährleistet. Entscheidungen des Ausschusses treten dann automatisch in Kraft, wenn die Europäische Kommission und der Rat diesen nicht innerhalb von 24 Stunden widersprechen. Die SRM-Verordnung setzt auf die Bankenabwicklungsrichtlinie auf, die eine klare Haftungskaskade vorgibt (siehe auch Abbildung 1). Für den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus gelten deshalb die gleichen Bail-in-Regeln wie nach der Bankenabwicklungsrichtlinie: Eigentümer

Wie ist der Stand bei der zweiten Säule der Bankenunion?



und Gläubiger einer Bank müssen zunächst in Höhe von mindestens 8 % der Bilanzsumme für Verluste einstehen, bevor in Ausnahmefällen der Abwicklungsfonds genutzt werden kann.

Dieser von allen Instituten der Bankenunion selbst zu füllende gemeinsame Abwicklungsfonds wird somit als zusätzliches Sicherheitsnetz aufgebaut. Die Grundlage für die Ablösung des nationalen Abwicklungsfonds durch diesen gemeinsamen Abwicklungsfonds ist das IGA, dem Deutschland mit dem "Maßnahmenpaket Bankenunion"

zustimmte. Das Zielvolumen des gemeinsamen Abwicklungsfonds beträgt 1% der gesicherten Banken-Einlagen und soll ab dem 1. Januar 2016 bis zum 1. Januar 2024 erreicht werden. Einer vorläufigen Schätzung der Europäischen Kommission zufolge liegt dieses Zielvolumen bei circa 55 Mrd. €.

Damit die zweite Säule der Bankenunion mit dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus am 1. Januar 2016 mit allen Befugnissen starten kann, müssen in diesem Jahr noch weitere Anpassungen im deutschen

Wie ist der Stand bei der zweiten Säule der Bankenunion?

Recht vorgenommen werden, die den Besonderheiten des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus Rechnung tragen.

#### 4 Fazit

Die neuen Regulierungsmaßnahmen erhöhen die Stabilität und verringern die Auswirkungen künftiger Krisen. Gerade auf den Finanzmärkten ist das Vertrauen der Marktteilnehmer in die Stabilität essenziell. Dieses wird insbesondere durch das Haftungsprinzip gestärkt. Eigentümer und private Gläubiger werden zukünftig an den Kosten einer Abwicklung beteiligt (Bail-in). Dadurch wird die Abhängigkeit zwischen Staaten und Banken verringert, da der Bailin an die Stelle eines Bail-out durch Staaten tritt. Neben dieser ersten Schutzmauer wird mit dem aus Bankenabgaben finanzierten Einheitlichen Abwicklungsfonds eine zweite Schutzmauer eingerichtet. Mit diesen Elementen werden zukünftig öffentliche

Haushalte und somit der Steuerzahler besser geschützt.

Ausgangspunkt für das Handeln Deutschlands war zudem die Erkenntnis, dass ein rein nationales Vorgehen in systemischen Bankenkrisen nicht zielführend ist, wenn große und grenzüberschreitend tätige Banken in Schieflage geraten. Ein eng verflochtener Finanzsektor in Europa bedeutet, dass eine wirksame Aufsicht und eine glaubwürdige, effiziente Abwicklung einer grenzüberschreitend aktiven Bank auch einen entsprechenden grenzüberschreitenden Mechanismus erfordern. Deswegen wurden mit der Bankenunion gemeinsame Behörden geschaffen, um gemeinsame Regeln effektiv durchzusetzen. Dadurch soll verhindert werden, dass eine Bankenkrise künftig noch einmal einzelne Staaten überfordern und die gesamte Währungsunion in Gefahr bringen kann. Mit der Bankenunion wurde ein großer Schritt für einen stabilen Bankensektor im Euroraum und in den weiteren EU-Mitgliedstaaten gemacht.

#### Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft ist gut in das 1. Quartal gestartet. Die Wirtschaftsdaten deuten insgesamt auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Expansion hin.
- Die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation hielt auch zu Beginn des neuen Jahres an.
   Der saisonbereinigte Beschäftigungsaufbau beschleunigte sich im Januar, während die Arbeitslosenzahl ihren Abwärtstrend bis zuletzt fortsetzte.
- Der Verbraucherpreisindex überschritt im Februar das Vorjahresniveau um 0,1%. Dämpfend wirkten nach wie vor die rückläufigen Energiepreise.
- Die Verbilligung von Rohöl und Mineralölprodukten begünstigt die Inlandsnachfrage durch Kaufkraftexpansion und Kostenentlastungen.

Die deutsche Wirtschaft ist gut in das neue Jahr gestartet. Die "harten" Industrieindikatoren wie auch die optimistische Stimmung in den Unternehmen und der Verbraucher sprechen dafür, dass sich die wirtschaftliche Expansion im 1. Quartal fortsetzen dürfte.

Bereits im Schlussquartal 2014 hatte sich die konjunkturelle Dynamik deutlich erhöht. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im 4. Quartal in preis-, saison- und kalenderbereinigter Betrachtung gegenüber dem 3. Quartal um 0,7 % gestiegen. Die Wachstumsimpulse kamen dabei rein rechnerisch vor allem von der Inlandsnachfrage (+ 0,5 Prozentpunkte).

Die privaten Konsumausgaben stiegen das zweite Quartal in Folge deutlich um 0,8 % gegenüber dem Vorquartal (preis-, saison- und kalenderbereinigt). Der fortgesetzte Beschäftigungsaufbau und damit einhergehende Einkommensverbesserungen trugen zu einer Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter bei (+ 0,6 %). Die monetären Sozialleistungen wurden insbesondere durch die höheren Rentenleistungen (Mütterrente) ausgeweitet. Insgesamt erhöhten sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 1,1 % gegenüber dem Vorquartal und damit so kräftig wie bereits

ein Quartal zuvor. Hinzu kam ein moderater Preisniveauanstieg, der die Kaufkraft der Verbraucher stärkte.

Die Investitionen setzten ebenfalls positive Impulse. So stiegen die Bruttoanlageinvestitionen moderat um 1,2 % gegenüber dem Vorquartal. Hierzu trug vor allem eine Ausweitung der Bauinvestitionen um 2,1% bei, während die Ausrüstungsinvestitionen (+ 0,4 %) und die Investitionen in sonstige Anlagen (+ 0,2 %) leicht zulegten. Die staatlichen Investitionen wirkten dabei stützend. Vor allem die staatlichen Investitionen in Ausrüstungen erhöhten sich kräftig im Vergleich zum Vorquartal. Dabei ist zu beachten, dass mit der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom September 2014 die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen um die militärischen Waffensysteme erweitert wurden. Diese beeinflussen zum einen aufgrund ihres hohen Gewichts die Veränderungsrate der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen deutlich. Zum anderen weisen die Ausgaben für militärische Waffensysteme aufgrund der Buchung bei Auslieferung eine hohe Volatilität auf. Ein leichter Vorratsabbau dämpfte das Wachstum etwas.

#### Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Der Außenbeitrag – also die Differenz aus Exporten und Importen – hatte im 4. Quartal rein rechnerisch einen Anteil von 0,2 Prozentpunkten am BIP-Wachstum. Dabei dürfte die Ausweitung der binnenwirtschaftlichen Aktivität die Importtätigkeit begünstigt haben. Die Importe von Waren und Dienstleistungen erhöhten sich daher im Schlussquartal gegenüber dem 3. Quartal preis-, kalenderund saisonbereinigt um 1,0 %. Die Ausweitung der Exporte von Waren und Dienstleistungen fiel jedoch leicht höher aus (+ 1,3 %).

Zu Beginn des neuen Jahres verringerte sich die Außenhandelstätigkeit etwas. Die nominalen Warenausfuhren gingen im Januar saisonbereinigt um 2,1% gegenüber dem Vormonat zurück. Im Zweimonatsvergleich (Dezember/Januar gegenüber Oktober/November) blieben sie jedoch deutlich aufwärtsgerichtet. Die Importentwicklung ist dagegen leicht rückläufig, was im Wesentlichen auf die sinkenden Importpreise zurückzuführen sein dürfte. Nach Ursprungswerten und nach dem Ursprungslandprinzip (Daten bis Dezember 2014) stiegen die Warenausfuhren im vergangenen Jahr, nachdem sie im Jahr 2013 leicht rückläufig gewesen waren, gegenüber dem Vorjahr deutlich um 3,7 % an. Dies resultierte aus einer Ausweitung der Ausfuhren in alle Regionen. Die höchste Zunahme verzeichneten die EU-Länder außerhalb des Euroraums (+ 10,2 %). Exporte in Drittländer wurden um 1,4 % und in den Euroraum um 2,8 % ausgeweitet. Die Importe nahmen im vergangenen Jahr um 2,1 % zu. Dabei expandierten die Importe aus den EU-Ländern außerhalb des Euroraums am kräftigsten (+ 6,5 %). Auch die Importe aus dem Euroraum nahmen beschleunigt zu (2,6 % nach 1,0 % im Jahr 2013). Die Einfuhren aus den Drittländern waren noch rückläufig (-0,4%), aber mit geringerer Dynamik als im Vorjahr. Zum Importrückgang aus Drittländern dürfte die deutliche Verringerung des Importpreises für Rohöl und Mineralölprodukte beigetragen haben. Angesichts des kräftigen Rückgangs der Importpreise für diese Produkte im Jahresdurchschnitt 2014 (- 9,0 %

und - 8,0 %) hätte man jedoch eine noch stärkere Verminderung des Einfuhrwertes aus Drittländern erwarten können. Die Auswirkungen der Verbilligung von Importen auf den Importwert ist offenbar durch Mengenausweitung bei anderen Produkten teilweise kompensiert worden.

Die Handelsbilanz (nach Ursprungswerten) lag im Januar 2015 leicht über dem entsprechenden Vorjahresniveau (+ 1,2 Mrd. €). Zuzüglich Ergänzungen zum Außenhandel war der Handelsbilanzsaldo jedoch nur um 0,2 Mrd. € geringer als im entsprechenden Vorjahresmonat. Der Leistungsbilanzüberschuss betrug im Januar 2015 insgesamt 16,8 Mrd. €. Von dem Anstieg um 2,9 Mrd. € gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat war der größte Teil auf eine Zunahme der Primäreinkommen (+ 2,8 Mrd. €) zurückzuführen. Dies könnte eine Folge der Abwertung des Euro sein, da Gewinnrückflüsse aus Dollaranlagen dadurch in Euro an Wert gewinnen.

Die vorlaufenden Indikatoren signalisieren für die nächsten Monate zwar einen tendenziellen Anstieg der Warenausfuhren deutscher Unternehmen. So zeigen die Auftragseingänge aus dem Ausland eine deutliche Aufwärtsbewegung. Dabei nahmen die Bestellungen von Kraftfahrzeugen und -teilen im Zweimonatsdurchschnitt merklich zu (saisonbereinigt + 1,0 %). Auch der fünfte Anstieg der ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe deutet auf eine Ausweitung der Exportgeschäfte hin. Jedoch dürfte angesichts einer wenig dynamischen Weltkonjunktur die Exportentwicklung der deutschen Wirtschaft insgesamt eher moderat bleiben. Der Internationale Währungsfonds erwartet in seiner Prognose vom Januar nur eine verhaltene wirtschaftliche Expansion in den Schwellenländern. Von den Industrieländern gehen – wie auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrer Interimsprognose vom März 2015 einschätzte - vor allem von den Vereinigten

## ☐ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

 $Konjunkturent wicklung \ aus\ finanzpolitischer\ Sicht$ 

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2014		Veränderung in % gegenüber						
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd.€	gegenüber Vorjahr in %	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr					r	
	bzw. Index		2. Q. 14	3. Q. 14	4. Q. 14	2. Q. 14	3. Q. 14	4. Q. 14	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	105,8	+1,6	-0,1	+0,1	+0,7	+1,0	+1,2	+1,6	
jeweilige Preise	2 904	+3,4	+0,5	+0,2	+1,1	+2,8	+2,9	+3,2	
Einkommen									
Volkseinkommen	2 173	+3,5	+0,0	+0,9	+0,2	+2,5	+3,6	+2,8	
Arbeitnehmerentgelte	1 481	+3,7	+0,8	+0,8	+0,9	+3,7	+3,7	+3,6	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	692	+3,0	-1,5	+0,9	-1,2	-0,3	+3,6	+0,9	
verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 722	+2,4	+0,8	+1,1	+1,1	+2,1	+2,3	+3,2	
Bruttolöhne und -gehälter	1210	+3,8	+0,9	+0,9	+0,6	+3,9	+3,8	+3,7	
Sparen der privaten Haushalte	166	+5,5	+2,1	+0,5	+7,1	+4,8	+3,6	+12,5	
		2014			Veränderung ir	n % gegenüb	er		
Außenhandel/Umsätze/Produktion/	Mrd.€	gegenüber	Vorpe	eriode saisor	bereinigt		Vorjahr	ahr <sup>1</sup>	
Auftragseingänge	bzw. Index	Vorjahr in %	Dez 14	Jan 15	Zweimonats- durchschnitt	Dez 14	Jan 15	Zweimonats durchschnit	
in jeweiligen Preisen									
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	1134	+3,7	+2,8	-2,1	+1,0	+10,0	-0,6	+4,4	
Waren-Importe	917	+2,1	-0,7	-0,3	-0,4	+4,1	-2,3	+0,7	
in konstanten Preisen von 2010									
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)	108,0	+1,5	+1,0	+0,6	+1,3	+0,5	+0,9	+0,7	
Industrie <sup>2</sup>	109,9	+2,0	+1,2	+0,0	+1,4	+1,0	+1,0	+1,0	
Bauhauptgewerbe	108,4	+2,6	-0,3	+5,0	+2,3	-2,5	+0,7	-1,3	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe (Index 2010 = 100)									
Industrie <sup>2</sup>	108,6	+2,7	+0,9	+1,2	+1,4	+1,6	+0,9	+1,3	
Inland	104,7	+1,4	+1,7	+0,0	+1,7	+1,2	-0,9	+0,2	
Ausland	112,8	+4,0	+0,1	+2,4	+1,1	+2,1	+2,7	+2,4	
Auftragseingang (Index 2010 = 100)									
Industrie <sup>2</sup>	109,2	+3,0	+4,4	-3,9	+1,3	+3,9	-0,1	+1,9	
Inland	103,5	+1,7	+5,1	-2,5	+1,4	+3,8	-0,9	+1,3	
Ausland	113,9	+4,0	+3,8	-4,8	+1,2	+4,0	+0,4	+2,2	
Bauhauptgewerbe	109,5	-1,6	+1,6		+1,8	-5,9		-6,9	
Umsätze im Handel (Index 2010 = 100)									
Einzelhandel (ohne Kfz, mit Tankstellen)	102,8	+1,5	+0,6	+2,9	+2,3	+4,8	+5,3	+5,0	
Handel mit Kfz	104,4	+2,8	+3,8		+1,6	+5,8		+2,1	

#### Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2014		Ve	eränderung in Ta	usend gege	nüber		
Arbeitsmarkt	Personen	gegenüber	Vorpe	eriode saison	bereinigt	Vorjahr			
	Mio.	Vorjahr in %	Dez 14	Jan 15	Feb 15	Dez 14	Jan 15	Feb 15	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,90	-1,8	-26	-10	-20	-110	-104	-121	
Erwerbstätige, Inland	42,65	+0,9	+25	+42		+404	+408		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,17	+1,9	+57			+584			
		2014	Veränderung in % gegenüber						
Preisindizes 2010 = 100	Index	gegenüber Vorjahr in %		Vorperiod	le	Vorjahr			
			Dez 14	Jan 15	Feb 15	Dez 14	Jan 15	Feb 15	
Importpreise	103,6	-2,2	-1,7	-0,8		-3,7	-4,4		
Erzeugerpreise gewerbliche Produkte	105,9	-1,0	-0,7	-0,6		-1,7	-2,2		
Verbraucherpreise	106,6	+0,9	+0,0	-1,1	+0,9	+0,2	-0,4	+0,1	
ifo Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden								
gewerbliche Wirtschaft	Jul 14	Aug 14	Sep 14	Okt 14	Nov14	Dez 14	Jan 15	Feb 15	
Klima	+9,2	+6,0	+3,9	+0,1	+2,4	+4,2	+6,6	+6,7	
Geschäftslage	+15,4	+10,7	+10,6	+5,6	+7,7	+8,8	+12,4	+11,6	
Geschäftserwartungen	+3,1	+1,4	-2,5	-5,2	-2,7	-0,3	+1,0	+1,9	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bauhauptgewerbe saisonbereingt.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt, \, Bundesagentur \, für \, Arbeit, \, Deutsche \, Bundesbank, \, ifo \, Institut.$ 

Staaten und dem Vereinigten Königreich positive Wachstumsimpulse aus. Der für die deutschen Exporte besonders wichtige Euroraum wird sich in diesem Jahr allerdings erst allmählich erholen (Winterprognose der EU-Kommission: +1,3 %, OECD: +1,4 %). Risiken ergeben sich aus einer Verschärfung der nach wie vor vorhandenen geopolitischen Krisen.

Die zum Jahresende einsetzende Stimmungsverbesserung in den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes hat sich in einen guten Start der deutschen Industrie in das neue Jahr umgesetzt. Stützend wirkte dabei, dass die gesamten Industriedaten im Dezember spürbar aufwärts revidiert worden waren. Dies erhöhte den Überhang, was eine gute Basis für das Ergebnis der industriellen Aktivität im 1. Quartal darstellt. Die Industrieproduktion verblieb im Januar in saisonbereinigter Betrachtung jedoch auf Vormonatsniveau.

Dabei wurde die Ausweitung der Investitionsgüterproduktion durch eine rückläufige Herstellung von Vorleistungsund Konsumgütern kompensiert. Jedoch ist im Zweimonatsdurchschnitt die Industrieproduktion insgesamt und über alle drei Gütergruppen hinweg deutlich aufwärtsgerichtet.

Der Umsatz in der Industrie erhöhte sich im Zweimonatsvergleich gegenüber der Vorperiode spürbar (saisonbereinigt). Dabei zeigt die Umsatzentwicklung auf inländischen wie ausländischen Märkten eine Aufwärtsbewegung, die im Inland leicht stärker als im Ausland ausfiel. Der Anstieg des Umsatzes bei etwa gleich hoher Ausweitung der Produktion spricht dafür, dass für den Verkauf produziert wurde und kaum Lagerbestände aufgebaut wurden.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Energie.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

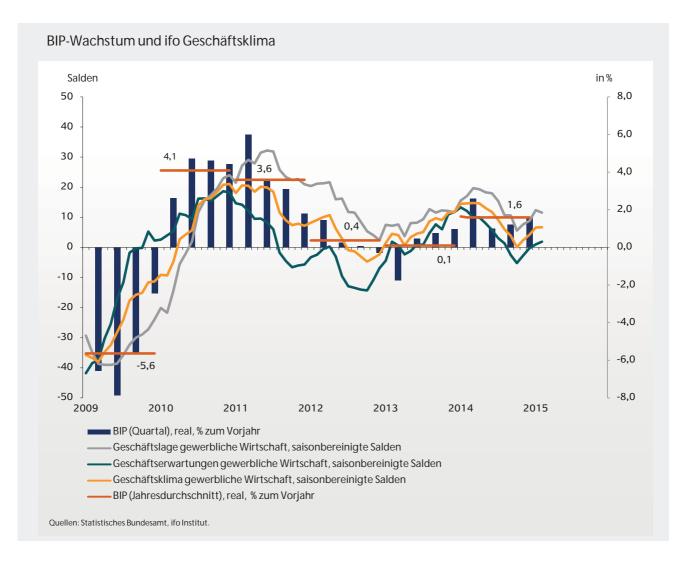
Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe ging im Januar deutlich zurück. Dies resultierte vor allem aus den geringeren Auslandsaufträgen für die Investitionsgüterhersteller und den insgesamt rückläufigen Vorleistungsgüterbestellungen. Diese Verringerung der Auftragseingänge am aktuellen Rand war insbesondere auf ein sehr geringes Volumen an Großaufträgen zurückzuführen, nach einem überdurchschnittlich hohen Volumen zum Ende des vergangenen Jahres. Im Zweimonatsvergleich gab es jedoch ein deutliches Orderplus.

Die "harten" Industrieindikatoren sprechen damit insgesamt dafür, dass von der industriellen Aktivität im 1. Quartal 2015 positive Wachstumsimpulse ausgehen werden. Dies wird auch durch die gute Stimmung in den Unternehmen gestützt: Die ifo Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe bewegte sich im Februar auf einem hohen Niveau und auch der Einkaufsmanagerindex ist auf Wachstum ausgerichtet. Zudem dürften die Unternehmen von den Kostenentlastungen durch die niedrigen Rohölpreise profitieren.

Darüber hinaus sind von der Bauproduktion ebenfalls positive Impulse zu erwarten. Die Bauproduktion wurde im Januar gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt kräftig ausgeweitet. Im Zweimonatsvergleich ist daher eine aufwärtsgerichtete Entwicklung zu beobachten. Dies resultiert aus einer im gleichen Zeitraum deutlichen Zunahme der Produktion im Ausbaugewerbe und im Hochbau (saisonbereinigt + 2,5 % und + 3,0 % gegenüber der Vorperiode), während die Aktivität im Tiefbau nur um 0,5 % stieg. Für den weiteren Quartalsverlauf kann mit einer weiterhin günstigen Entwicklung der Bauproduktion gerechnet werden. Stützend wirkt hierbei der Wohnungsbau, der im 4. Quartal 2014 eine kräftige Ausweitung der Nachfrage verzeichnete. Auch das erneut milde Winterwetter in diesem Jahr dürfte die Bautätigkeit begünstigen.

Der private Konsum stellte im 4. Quartal 2014 mit einem Wachstumsbeitrag von 0,4 Prozentpunkten eine wesentliche Stütze des BIP-Wachstums von 0,7 % dar (preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal). Nach der kräftigen Zunahme der privaten Konsumausgaben im Schlussquartal des vergangenen Jahres deuten die Indikatoren auf eine weitere Ausweitung zu Beginn des Jahres 2015 hin. So ist der Einzelhandelsumsatz ohne Kraftfahrzeuge im Januar saisonbereinigt um 2,9 % gegenüber Dezember gestiegen. Auch im Zweimonatsvergleich zeigt sich ein deutlicher Anstieg von 2,3 %. Die Neuzulassungen für private Pkw gingen im Januar hingegen um 4,8 % zurück. Im Zweimonatsvergleich kann jedoch noch ein Anstieg von 3,0 % beobachtet werden. Die Verbraucher waren zu Jahresbeginn spürbar optimistischer als im Schlussquartal des vergangenen Jahres. Das GfK-Konsumklima ermittelt in einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung – stieg im Februar auf den höchsten Wert seit November 2001. Für März erwarten die Analysten eine weitere Stimmungsverbesserung. Diese resultiert aus verbesserter Anschaffungsneigung, Einkommenserwartung und Konjunkturerwartung der Verbraucher. Die Zunahme des Verbrauchervertrauens steht offenbar insbesondere mit dem kräftigen Rückgang der Energiepreise im Zusammenhang. Darauf deuten u. a. die erneut geringeren Preiserwartungen hin. Gleichzeitig dürften die Einkommenserwartungen von dem anhaltenden Beschäftigungsaufbau und der Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (4. Quartal 2014 + 0,6 % kalenderund saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal) sowie insbesondere durch die aktuellen Tarifabschlüsse (Metall + 3,4 %) positiv beeinflusst worden sein. Die geopolitischen Krisen scheinen kaum noch eine Rolle zu spielen. Darüber hinaus wird die hohe Anschaffungsneigung durch das niedrige Zinsniveau gestützt, während sich das Sparklima verschlechtert. Zusammen mit dem RWI-Konsumindikator signalisiert

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht



das Gesamtbild der Indikatoren, dass der private Konsum auch im 1. Quartal 2015 einen wichtigen Beitrag zum Wachstum leisten wird.

Die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation hielt auch zu Beginn des neuen Jahres an. Die saisonbereinigte Zahl der arbeitslosen Personen ging stärker zurück als einen Monat zuvor und wies nach Ursprungswerten ein Niveau von 3,02 Millionen Personen auf. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag bei 6,9 % (-0,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

Der Beschäftigungsaufbau setzte sich im Januar beschleunigt fort. So nahm die saisonbereinigte Erwerbstätigenzahl (Inlandskonzept) mit 42 000 Personen nach + 25 000 Personen im Dezember und + 15 000 Personen im November deutlich zu. Nach Ursprungswerten betrug die Zahl der Erwerbstätigen im Januar 42,48 Millionen Personen. Dabei wurde das Vorjahresniveau um 1.0 % überschritten.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung belief sich nach Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Ursprungswerten im Dezember auf 30,47 Millionen Personen. Das Vorjahresniveau wurde damit um 2,0 % überschritten. Saisonbereinigt waren 57 000 Personen mehr sozialversicherungspflichtig tätig als im Vormonat. Die vorläufigen Werte der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sind aber möglicherweise aufgrund von Änderungen im Meldeverfahren zur Sozialversicherung etwas überzeichnet.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Der fortgesetzte Beschäftigungsaufbau und damit einhergehende Einkommensverbesserungen trugen zu einem Anstieg der Einnahmen aus der Lohnsteuer bei. So waren die Einnahmen aus dem Lohnsteueraufkommen in der Bruttobetrachtung (also ohne Abzug von Kindergeld und Altersversorgungszulage) im Zeitraum Januar bis Februar 2015 um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Angesichts der erwarteten positiven konjunkturellen Dynamik dürfte die Nachfrage nach Arbeitskräften hoch bleiben. Gemäß dem Stellenindex der BA ist die Arbeitskräftenachfrage trotz Höchstniveau weiterhin aufwärtsgerichtet. Dabei ist der Arbeitskräftebedarf in vier Fünfteln der Wirtschaftsbereiche höher als vor einem Jahr. Für einen anhaltenden Beschäftigungsaufbau spricht auch das ifo Beschäftigungsbarometer, auch wenn die Einstellungsbereitschaft etwas abgenommen hat. Jedoch wollen die Unternehmen der Investitionsgüterbranche vermehrt Personal einstellen. Auch der Teilindex Beschäftigung des Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe erhöhte sich im Februar.

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland überschritt im Februar 2015 das Vorjahresniveau leicht um 0,1%. Die Inflationsrate lag damit wieder geringfügig im positiven Bereich. Während der Rückgang der Energiepreise weiter dominiert (-7,3%), fiel der Rückgang der Preise für Nahrungsmittel deutlich geringer aus (-0,4%). Bei den Dienstleistungen

sind moderate Preisniveausteigerungen zu verzeichnen (+ 1,4 %).

Die Entwicklung der Energiepreise wurde weiterhin vom kräftigen Rohölpreisrückgang der vergangenen Monate geprägt. So lag der Ölpreis pro Barrel der Sorte Brent im Februar knapp 50 % unter dem Vorjahresniveau. In Euro gerechnet wurde der Preisrückgang infolge der Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar auf rund 17 % etwas abgebremst. Ohne Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln hätte die Inflationsrate im Februar bei + 1,1 % gelegen.

Der Preisrückgang auf den dem Konsum vorgelagerten Preisstufen hatte sich im Januar in Folge der weiteren Verbilligung von Energieprodukten beschleunigt. Das Importpreisniveau unterschritt das Vorjahresniveau um 4,4 %. Ohne Berücksichtigung der Preisniveauentwicklung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen konnte jedoch ein Anstieg von 1,3 % verzeichnet werden. Der Erzeugerpreisindex lag deutlich unter Vorjahresniveau (- 2,2 %). Ohne Berücksichtigung von Energie wäre das Preisniveau nur um 0,6 % zurückgegangen.

In den vergangenen Wochen ist der Ölpreis wieder etwas angestiegen, befindet sich aber immer noch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Daher werden die Energiepreise im Vorjahresvergleich weiterhin dämpfend auf die Verbraucherpreisinflation wirken und die Preisniveauentwicklung dürfte in den kommenden Monaten moderat bleiben.

Steuereinnahmen im Februar 2015

### Steuereinnahmen im Februar 2015

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Februar 2015 im direkten Vorjahresvergleich um insgesamt 6,0 % gestiegen. Die für das Gesamtsteueraufkommen maßgeblichen gemeinschaftlichen Steuern verzeichneten einen Zuwachs von 6,3 %. Die konjunkturell bedingte positive Entwicklung der beiden größten Einzelsteuern, Lohnsteuer und Steuern vom Umsatz, legte hierfür die Grundlage. Größere aufkommensrelevante Rückgänge ergaben sich allerdings bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und bei der Körperschaftsteuer. Die Bundessteuern wiesen insgesamt hingegen mit + 3,7 % nur ein moderates Wachstum auf. Die erheblichen Änderungsraten bei einigen Bundessteuern sind auf Sonderfaktoren zurückzuführen. Der Anstieg der Einnahmen aus den Ländersteuern (+ 9,0 %) basiert auf der guten Entwicklung der Grunderwerbsteuer.

#### **EU-Eigenmittel**

Die Zölle – als reine EU-Einnahmen – lagen um 12,0 % über dem Vorjahreswert. Insgesamt – unter Berücksichtigung der Mehrwertsteuerund BNE-Eigenmittel – stiegen die EU-Eigenmittel um 4,3 % gegenüber 2014.

#### Gesamtüberblick kumuliert bis Februar 2015

In den Monaten Januar und Februar 2015 ist das Steueraufkommen insgesamt um 5,0 % gestiegen. Die gemeinschaftlichen Steuern stiegen um 3,6 %, die Bundessteuern um 9,2 % und die Ländersteuern um 18,7 %.

#### Verteilung auf Bund, Länder, Gemeinden

Die Steuereinnahmen des Bundes lagen im Februar 2015 um 6,6 % über dem Vorjahresniveau. Neben der oben genannten positiven Entwicklung der gemeinschaftlichen Steuern sowie der reinen Bundessteuern hat hierzu der Rückgang der Bundesergänzungszuweisungen an die Länder um 8,0 % beigetragen.

Die Steuereinnahmen der Länder stiegen hingegen aufgrund der geringeren Bundesergänzungszuweisungen im Monat Februar 2015 mit + 5,1% gegenüber dem Vorjahrsmonat etwas schwächer als die Steuereinnahmen des Bundes. Der Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern stieg um 12,3 %.

#### Gemeinschaftliche Steuern

Die Lohnsteuereinnahmen setzten den stetigen Aufwärtstrend der vergangenen Monate auf Basis der anhaltend guten Beschäftigungslage und der Lohnsteigerungen weiter fort. Das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer stieg im Berichtsmonat Februar 2015 gegenüber dem Vorjahr um 5,0 %. Hiervon ist das aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlte Kindergeld abzuziehen, welches im Vergleich zum Vorjahr mit einem Plus von 0,4 % etwas höher ausfiel. Im Ergebnis stieg das Kassenaufkommen der Lohnsteuer im Februar 2015 um 6,8 %. Im kumulierten Zeitraum Januar bis Februar 2015 lag das Kassenaufkommen der Lohnsteuer um 6,3 % über dem Vorjahreszeitraum.

#### Körperschaftsteuer

Das Steueraufkommen der Körperschaftsteuer wird auch im Februar von der Veranlagungstätigkeit bestimmt. Während die hieraus resultierenden nachträglichen Vorauszahlungen und Nachzahlungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht zurückgingen, stiegen die Erstattungen erheblich an. Per Saldo ergab sich im Februar 2015 ein Rückzahlungsbetrag in Höhe von 0,8 Mrd. €. Kumuliert ergeben sich bei der Körperschaftsteuer bis Februar 2015 Rückzahlungen in Höhe von 0,4 Mrd. €.

Steuereinnahmen im Februar 2015

#### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

· ·				· ·		
2015	Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2015 <sup>4</sup>	Veränderun ggü. Vorjah
2010	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	13 575	+6,8	28 570	+6,3	177 600	+5,7
veranlagte Einkommensteuer	119	Х	986	+26,5	45 350	-0,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	482	-20,9	2 120	+6,3	15 675	-10,0
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschließlich ehemaligen Zinsabschlag)	1 078	+76,8	2 465	-13,6	7 889	+1,0
Körperschaftsteuer	-806	Х	- 421	Х	20 200	+0,8
Steuern vom Umsatz	20888	+5,8	37 168	+4,0	209 950	+3,4
Gewerbesteuerumlage	104	-19,9	88	-4,9	3 988	+3,1
erhöhte Gewerbesteuerumlage	29	-5,4	44	+26,4	3 3 7 3	+3,1
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	35 469	+6,3	71 021	+3,6	484 025	+3,2
Bundessteuern						
Energiesteuer	1 439	+12,7	1 685	+4,4	39 800	+0,1
Tabaksteuer	555	-23,1	1 068	-29,5	14 060	-3,8
Branntweinsteuer inklusive Alkopopsteuer	242	+8,0	431	+2,4	2 030	-1,4
Versicherungsteuer	3 887	+0,1	5 105	+13,8	12515	+3,9
Stromsteuer	543	+17,8	1 164	+18,9	6 9 0 0	+3,9
Kraftfahrzeugsteuer	566	+34,0	1 623	+22,5	8 440	-0,7
Luftverkehrsteuer	61	-3,8	94	-4,4	990	+0,0
Kernbrennstoffsteuer	0	Х	352	Χ	1 200	+69,5
Solidaritätszuschlag	901	+6,4	1 980	+3,6	15 400	+2,3
übrige Bundessteuern	140	+3,3	296	+2,0	1 458	+0,9
Bundessteuern insgesamt	8 333	+3,7	13 799	+9,2	102 793	+1,0
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	342	-2,9	1 093	+35,8	5 011	-8,1
Grunderwerbsteuer	933	+19,1	1 807	+17,3	9 420	+0,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	130	-10,9	284	-8,7	1 682	+0,5
Biersteuer	44	-12,9	101	-6,7	676	-1,2
sonstige Ländersteuern	30	+16,9	47	+6,6	407	+0,2
Ländersteuern insgesamt	1 477	+9,0	3 332	+18,7	17 196	-2,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	452	+12,0	801	+15,1	4 600	+1,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	1 1 1 1 5	+18,3	1 466	+8,8	4310	+7,4
BNE-Eigenmittel	4937	+0,9	6813	-2,8	23 360	+4,2
EU-Eigenmittel insgesamt	6 504	+4,3	9 081	+0,3	32 270	+4,1
Bund <sup>3</sup>	17 411	+6,6	35 540	+7,4	278 041	+2,7
Länder <sup>3</sup>	19 164	+5,1	38 769	+3,9	259 724	+2,1
EU	6 504	+4,3	9 081	+0,3	32 270	+4,1
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 652	+12,3	5 563	+6,9	38 580	+4,2
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	45 731	+6,0	88 953	+5,0	608 614	+2,6

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Methodik: kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $<sup>^2\,</sup> Nach\, Abzug\, der\, Kindergelderstattung\, durch\, das\, Bundeszentralamt\, für\, Steuern.$ 

 $<sup>^3</sup>$  Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fußnote 1).

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Ergebnis}\,\mathrm{AK}$  "Steuerschätzungen" vom November 2014.

Steuereinnahmen im Februar 2015

#### Veranlagte Einkommensteuer

Das Bruttoaufkommen der veranlagten Einkommensteuer ist im Februar 2015 im direkten Vergleich zum Vorjahr ausgehend von einem niedrigen Niveau um 4,8 % gestiegen. Aus der Veranlagung resultierten somit nur geringfügige Aufkommensänderungen. Da die vom Bruttoaufkommen abzuziehenden Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 Einkommensteuergesetz (EStG) einen erheblich höheren Rückgang zu verzeichnen hatten (-17,6 %), stieg das Kassenaufkommen auf 0,1 Mrd. €. Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer stieg in der kumulierten Betrachtung bis Februar 2015 um 26,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

#### Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

Das Bruttoaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag fiel im Februar 2015 im direkten Vergleich zum Vorjahr um 8,0 %. Die Erstattungen des Bundeszentralamts für Steuern stiegen um 71,3 % an. Somit ergab sich ein Rückgang des Nettoaufkommens von 20,9 %. Kumuliert bis Februar 2015 liegt das Ergebnis um 6,3 % über dem Vorjahr.

# Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge zeigten im Februar 2015 mit 76,8 % einen deutlichen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr, nachdem diese im Vormonat Januar noch um 38,2 % rückläufig gewesen waren. Ein Teil der Mindereinnahmen im Januar kann somit durch Verzögerungen von Zahlungen erklärt werden, die damit erst im Februar aufkommenswirksam wurden. Allerdings basiert die hohe Zuwachsrate im Februar auf einem wesentlich niedrigeren Niveau als im Januar. Kumuliert verringerte sich das Steueraufkommen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 13,6 %. Dieser

Rückgang ist auf das weiterhin sinkende durchschnittliche Zinsniveau zurückzuführen.

#### Steuern vom Umsatz

Die Einnahmen der Steuern vom Umsatz stiegen im Februar 2015 um 5,8 %. Der relativ hohe Zuwachs gleicht den eher niedrigen Anstieg der Einnahmen im Januar aus. Kumuliert liegt das Aufkommen nunmehr um 4,0 % über dem Vorjahresniveau. Im direkten Vorjahresvergleich zum Februar 2014 konnten sowohl die Binnen-Umsatzsteuer mit + 6,9 % als auch die Einfuhrumsatzsteuer mit + 1,7 % Zuwächse erzielen.

#### Bundessteuern

Das Aufkommen der Bundessteuern stieg im Februar 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 3,7 %. Die Einnahmen aus der Energiesteuer verzeichneten einen Zuwachs von 12.7 % gegenüber dem Vorjahr. Allerdings steht dem ein Rückgang von 27,2 % im Vormonat gegenüber. In beiden Monaten zusammen ergibt sich ein immer noch recht hoher Anstieg von 4,4 %. Bei der Kraftfahrzeugsteuer ergab sich im Februar 2015 ein Zuwachs um 34,0 %. Aufgrund der Übernahme der Verwaltung durch den Zoll kam es im ersten Halbjahr 2014 zu temporären Einnahmeausfällen - die dadurch geschwächte Vorjahresbasis führt zu einer Überzeichnung der Zuwachsrate. Unter Berücksichtigung dieser Verzerrung liegen die Einnahmen im Rahmen der Erwartungen. Zulegen konnten u. a. zudem die Branntweinsteuer mit + 8,0 %, die Schaumweinsteuer mit + 3,6 % sowie die Stromsteuer mit + 17,8 %. Bei der Stromsteuer ist allerdings aufgrund der Rückzahlungen im Rahmen des sogenannten Spitzenausgleichs ein niedriger Vorjahreswert als Basiseffekt zu berücksichtigen. Der Solidaritätszuschlag konnte mit einem Plus von 6,4 %, als Zuschlagsteuer vom guten Ergebnis der Lohnsteuer profitieren. Bei der Tabaksteuer wurde ein Teil des Steueraufkommens für Februar 2015 auf das März-Ergebnis gebucht, was zu dem Rückgang von 23,1 % im aktuellen

Steuereinnahmen im Februar 2015

Berichtsmonat führte. Das Steueraufkommen der übrigen Bundessteuern liegt auf Höhe des Vorjahres. Im bisherigen Jahresverlauf Januar bis Februar 2015 stiegen die Bundessteuern um 9,2 %.

#### Ländersteuern

Die Ländersteuern verzeichneten im Berichtsmonat Februar 2015 einen Zuwachs von 9,0 %. Während noch im Januar sowohl Erbschaftsteuer als auch Grunderwerbsteuer beträchtliche Zuwachsraten zu verzeichnen hatten, ergab sich im Februar bei der Erbschaftsteuer ein leichter Rückgang des Aufkommens um 2,9 %. Die Grunderwerbsteuereinnahmen wiesen hingegen mit einem Plus von 19,1% weiterhin eine dynamische Entwicklung auf. Hier wirkten sich sowohl Steuersatzerhöhungen in einigen Ländern als auch durch Konjunktur und Zinsniveau bedingte Umsatzsteigerungen am Immobilienmarkt aus.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2015

# Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2015

#### Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Februar 2015 auf 59,9 Mrd. €. Sie liegen mit einem Anstieg von + 0,2 Mrd. € (+ 0,3 %) leicht über dem Niveau vom Februar 2014.

#### Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen lagen bis einschließlich Februar mit 37,4 Mrd. € um 1,8 Mrd. € (+ 5,1%) über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen 34,7 Mrd. € und lagen damit um 2,2 Mrd. € (+ 6,9%) über dem Ergebnis bis einschließlich Februar 2014. Die übrigen Verwaltungseinnahmen lagen mit 2,7 Mrd. € um 0,4 Mrd. € unter dem Februarergebnis von 2014.

#### Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zu Jahresbeginn ist gering. Der unterjährige Finanzierungssaldo und der jeweilige Kapitalmarktsaldo sind grundsätzlich keine Indikatoren, aus denen sich die erforderliche Nettokreditaufnahme am Jahresende belastbar berechnen lässt. Die Kassenmittel unterliegen im Laufe des Haushaltsjahres starken Schwankungen und beeinflussen somit den Kapitalmarktsaldo ungleichmäßig. Bis einschließlich Februar 2015 betrug der Finanzierungssaldo - 22,5 Mrd. €.

#### Nachtragshaushalt

Im November des vergangenen Jahres stellte die Bundesregierung für die Jahre 2016 bis 2018 ein 10 Mrd. € Paket für Zukunftsinvestitionen in Aussicht und stellte hierfür zentral eine Verpflichtungsermächtigung, die zu Ausgaben in Höhe von 7 Mrd. € in den Jahren 2016 bis 2018 berechtigt, in den Bundeshaushalt 2015 ein. Eine Aufteilung auf einzelne Politikbereiche wurde damals nicht vorgenommen. Mit dem vom Kabinett am 18. März 2015 beschlossenen Entwurf eines Nachtragshaushalts für das Jahr 2015 erfolgte nun diese Aufteilung. Zudem werden allen Fachressorts insgesamt weitere

#### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2014	Soll 2015 <sup>1</sup>	Ist-Entwicklung <sup>2</sup> Februar 2015
Ausgaben (Mrd. €)	295,5	302,6	59,9
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+0,3
Einnahmen (Mrd. €)	295,1	302,3	37,4
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+5,1
Steuereinnahmen (Mrd. €)	270,8	280,0	34,7
unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in %			+6,9
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-0,3	-0,3	-22,5
Finanzierung durch:	0,3	0,3	22,5
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	39,8
Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,3	0,3	-0,1
Nettokreditaufnahme/unterjähriger Kapitalmarktsaldo³ (Mrd. €)	0,0	0,0	-17,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Buchungsergebnisse

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>(-) Tilgung; (+) Kreditaufnahme

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2015

### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	19	st	5	oll <sup>1</sup>	Ist-Entv	vicklung	Unterjährige Veränderung
		014		015	Januar bis	Januar bis	gegenüber
	: NA: C	A + - : I : 0/	i NAi C	A + - : I : 0/		Februar 2015	Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %		lio. €	in %
Allgemeine Dienste	69 720	23,6	66 457	22,0	11 226	11 540	+2,8
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	6380	2,2	6384	2,1	1 541	1 588	+3,0
Verteidigung	32 594	11,0	32 496	10,7	5 206	5216	+0,2
politische Führung, zentrale Verwaltung	13 738	4,6	14 650	4,8	2719	2 770	+1,9
Finanzverwaltung	3 932	1,3	4210	1,4	649	662	+2,1
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	18 822	6,4	20 757	6,9	2 754	3 033	+10,1
Förderung für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende	2 635	0,9	3 499	1,2	548	757	+38,2
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10214	3,5	11 147	3,7	972	1 064	+9,5
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	148 783	50,4	153 144	50,6	30 612	30 595	-0,1
Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	99 489	33,7	102 104	33,7	23 181	23 166	-0,1
Arbeitsmarktpolitik	32510	11,0	33 294	11,0	5 469	5 412	-1,0
darunter: Arbeitslosengeld II nach SGB II	19 725	6,7	20 100	6,6	3 603	3 628	+0,7
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II	4 162	1,4	4 900	1,6	756	667	-11,7
Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	7 3 9 6	2,5	7914	2,6	1316	1 363	+3,6
soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 175	0,7	2 143	0,7	416	398	-4,4
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 889	0,6	2 031	0,7	227	256	+13,1
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 010	0,7	2 184	0,7	295	283	-4,0
Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 530	0,5	1 633	0,5	281	252	-10,6
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	862	0,3	972	0,3	57	50	-12,5
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 076	1,4	4 437	1,5	1 473	1 361	-7,6
regionale Förderungsmaßnahmen	710	0,2	619	0,2	32	32	+2,9
Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 580	0,5	1 501	0,5	1 231	1 147	-6,8
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	15 993	5,4	16 926	5,6	1 544	1 822	+18,0
Straßen	7 852	2,7	7 610	2,5	662	774	+16,9
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4274	1,4	4961	1,6	411	519	+26,1
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 718	11,4	35 691	11,8	11 581	10 986	-5,1
Zinsausgaben	25 916	8,8	24901	8,2	10 481	9 454	-9,8
Ausgaben zusammen	295 486	100,0	302 600	100,0	59 707	59 888	+0,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

 $\label{thm:condition} Quelle: Bundesministerium \, der \, Finanzen.$ 

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2015

#### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	st	So	oll <sup>1</sup>	Ist-Entv	vicklung	Unterjährige Veränderung
	20	14	20	015	Januar bis Februar 2014	Januar bis Februar 2015	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in N	lio.€	in%
Konsumtive Ausgaben	266 210	90,1	273 179	90,3	56 727	56 660	-0,1
Personalausgaben	29 209	9,9	29 779	9,8	5 539	5 667	+2,3
Aktivbezüge	21 280	7,2	21 531	7,1	3 924	3 989	+1,7
Versorgung	7 928	2,7	8 248	2,7	1 615	1 678	+3,9
Laufender Sachaufwand	23 174	7,8	24 424	8,1	2 609	2 686	+3,0
sächliche Verwaltungsaufgaben	1 352	0,5	1 417	0,5	149	156	+4,7
militärische Beschaffungen	8 8 1 4	3,0	9 568	3,2	807	769	-4,7
sonstiger laufender Sachaufwand	13 008	4,4	13 439	4,4	1 653	1 761	+6,5
Zinsausgaben	25 916	8,8	24 901	8,2	10 481	9 454	-9,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 308	63,4	193 399	63,9	37 966	38 673	+1,9
an Verwaltungen	21 108	7,1	22 802	7,5	2 407	2882	+19,7
an andere Bereiche	166 200	56,2	170 597	56,4	35 560	35 791	+0,6
darunter:							
Unternehmen	25 517	8,6	26970	8,9	5 004	5 040	+0,7
Renten, Unterstützungen u. a.	28 029	9,5	28 770	9,5	5 201	5 2 1 0	+0,2
Sozialversicherungen	104719	35,4	106 761	35,3	23 827	23 852	+0,1
Sonstige Vermögensübertragungen	604	0,2	676	0,2	131	180	+37,4
nvestive Ausgaben	29 275	9,9	30 040	9,9	2 981	3 228	+8,3
Finanzierungshilfen	21 411	7,2	22 208	7,3	2 514	2 699	+7,4
Zuweisungen und Zuschüsse	15 971	5,4	20 583	6,8	2 3 9 6	2 5 6 1	+6,9
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	1 024	0,3	1 554	0,5	118	117	-0,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4416	1,5	71	0,0	0	21	Х
Sachinvestitionen	7 865	2,7	7 832	2,6	467	530	+13,5
Baumaßnahmen	6419	2,2	6 132	2,0	350	438	+25,1
Erwerb von beweglichen Sachen	983	0,3	1 214	0,4	108	80	-25,9
Grunderwerb	463	0,2	486	0,2	9	11	+22,2
Globalansätze	0	0,0	- 619	-0,2	0	0	Х
Ausgaben insgesamt	295 486	100,0	302 600	100,0	59 707	59 888	+0,3

 $<sup>^{1}\</sup>mbox{Entwurf}$  zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

3 Mrd. € zur Verfügung gestellt, um diese für zukunftsorientierte Ausgaben zu verwenden. Damit werden die Voraussetzungen für konkrete Planungen der Fachressorts geschaffen, die dann ab dem Haushaltsjahr 2016 umgesetzt werden können.

Des Weiteren ist die einmalige Bundeszuweisung an das Sondervermögen "Kommunalinvestitionsförderungsfonds" (KInvF) in Höhe von 3,5 Mrd. € ebenfalls Gegenstand

des Entwurfs eines Nachtragshaushalts 2015. Dadurch unterstützt der Bund die Kommunen bei ihren Infrastrukturinvestitionen.

Darüber hinaus enthält der Entwurf des Nachtragshaushalts 2015 eine Reihe von Anpassungen, die aktuelle Entwicklungen nachvollziehen. Auch mit dem Entwurf eines Nachtragshaushalts 2015 bleibt der Bundeshaushalt 2015 ohne neue Schulden ausgeglichen.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis einschließlich Februar 2015

### Entwicklung der Einnahmen des Bundes

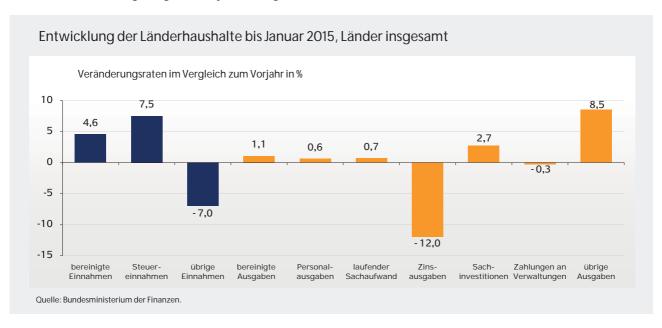
	Is	t	So	$\mathbb{H}^1$	Ist-Ent	wicklung	Unterjährige Veränderung
	20	14	20		Januar bis Februar	Januar bis Februar 2015	gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	⁄lio. €	in%
I. Steuern	270 774	91,7	279 970	92,6	32 448	34 679	+6,9
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	222 376	75,3	231 263	76,5	31 628	32 624	+3,1
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	112 976	38,3	119 202	39,4	12 508	12 849	+2,7
davon:							
Lohnsteuer	71 420	24,2	75 480	25,0	9 845	10503	+6,7
veranlagte Einkommensteuer	19385	6,6	19 274	6,4	329	418	+27,1
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8712	3,0	7 838	2,6	992	1 054	+6,3
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 437	1,2	3 471	1,1	1 256	1 085	-13,6
Körperschaftsteuer	10 022	3,4	10 100	3,3	87	-210	Х
Steuern vom Umsatz	107 796	36,5	110 409	36,5	19 079	19 736	+3,4
Gewerbesteuerumlage	1 603	0,5	1 652	0,5	40	40	+0,0
Energiesteuer	39 758	13,5	39 691	13,1	1 614	1 685	+4,4
Tabaksteuer	14612	5,0	14 060	4,7	1 515	1 068	-29,5
Solidaritätszuschlag	15 047	5,1	15 400	5,1	1910	1 980	+3,7
Versicherungsteuer	12 046	4,1	12515	4,1	4 485	5 105	+13,8
Stromsteuer	6 638	2,2	6 900	2,3	979	1 164	+18,9
Kraftfahrzeugsteuer	8 501	2,9	8 440	2,8	1 325	1 623	+22,5
Kernbrennstoffsteuer	708	0,2	1 200	0,4	0	352	Х
Branntweinabgaben	2 061	0,7	2 032	0,7	421	431	+2,4
Kaffeesteuer	1016	0,3	1 025	0,3	176	179	+1,7
Luftverkehrsteuer	990	0,3	990	0,3	99	94	-5,1
Ergänzungszuweisungen an Länder	-10 681	-3,6	-10016	-3,3	0	0	Х
BNE-Eigenmittel der EU	-22 419	-7,6	-23 360	-7,7	-7 006	-6813	-2,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-4015	-1,4	-4310	-1,4	-1 347	-1 466	+8,8
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-7 299	-2,5	-7 299	-2,4	-1 216	-1 216	+0,0
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,0	-8 992	-3,0	-2 248	-2 248	+0,0
II. Sonstige Einnahmen	24 373	8,3	22 351	7,4	3 106	2 692	-13,3
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6913	2,3	6 9 9 4	2,3	49	42	-14,3
Zinseinnahmen	237	0,1	232	0,1	7	20	+185,7
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	2 809	1,0	2 181	0,7	133	121	-9,0
Einnahmen zusammen	295 147	100,0	302 320	100,0	35 554	37 371	+5,1

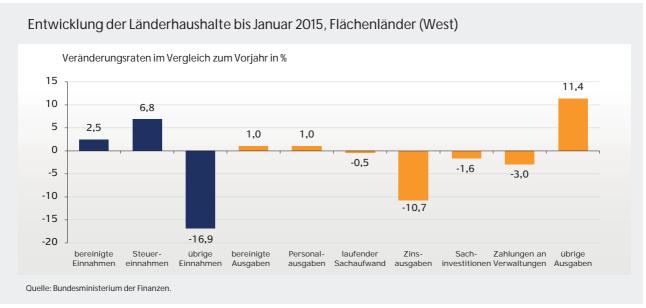
 $<sup>^{1}\,</sup>Entwurf\,zum\,Nachtragshaushalt\,2015,\,Stand\,18.\,M\"{a}rz\,2015.$ 

Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar 2015

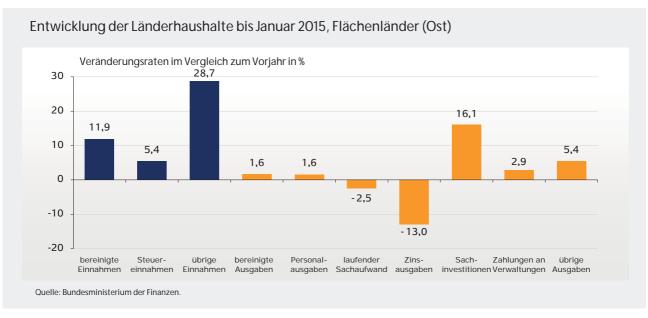
## Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar 2015

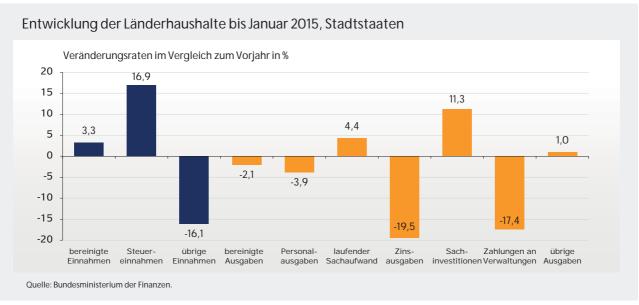
Die Aussagekraft der Daten zur Haushaltsentwicklung der Länder für den Monat Januar ist gering. Ein Vorjahresvergleich und die Bewertung der Daten ist daher nicht angebracht. Die Veröffentlichung soll nur zur Information dienen.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar 2015





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Februar durchschnittlich 1,01 % (1,09 % im Januar).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Februar 0,33 % (0,30 % Ende Januar).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Februar auf 0,04 % (0,05 % Ende Januar).

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 5. März 2015 beschlossen, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 0,05 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,30 % und den Zinssatz für die Einlagefazilität bei - 0,20 % zu belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 11 402 Punkte am 27. Februar (10 694 Punkte am 30. Januar). Der Euro Stoxx 50 stieg von 3 351 Punkten am 30. Januar auf 3 599 Punkte am 27. Februar.

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Januar 2015 bei 4,1%, nach 3,8 % im Dezember 2014 und 3,1% im November. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 lag in der Zeit von November 2014 bis Januar 2015 bei 3,6 %, verglichen mit 3,1% in der Zeit von Oktober bis Dezember 2014.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Januar 2015 auf - 0,5 % (- 0,7 % im Vormonat).

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 1,88 % im Januar 2015 gegenüber 1,83 % im Dezember 2014.

#### Kreditaufnahme von Bund und Sondervermögen – Umsetzung des Emissionskalenders

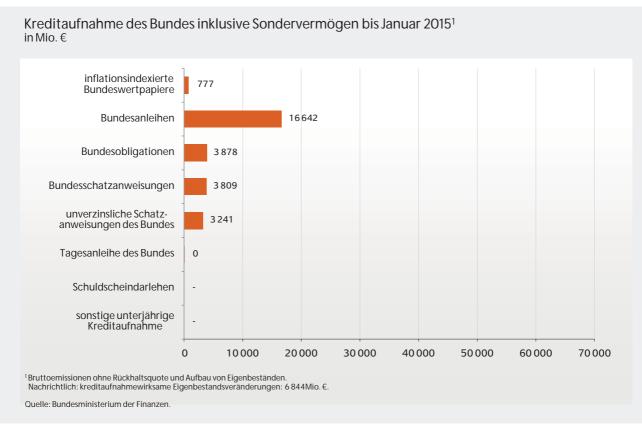
Im Januar 2015 betrug der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen 28,3 Mrd. €. Bis einschließlich Februar betrug dieser 44,4 Mrd. €. Im Januar wurden hierzu festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 20,5 Mrd. € sowie inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 1,0 Mrd. € emittiert und am Sekundärmarkt Bundeswertpapiere in Höhe von 6,8 Mrd. € verkauft. Im Zeitraum Januar bis Februar wurden festverzinsliche Bundeswertpapiere in Höhe von 37,0 Mrd. € sowie inflationsindexierte Bundeswertpapiere in Höhe von 2,0 Mrd. € emittiert und am Sekundärmarkt Bundeswertpapiere in Höhe von 5,4 Mrd. € verkauft.

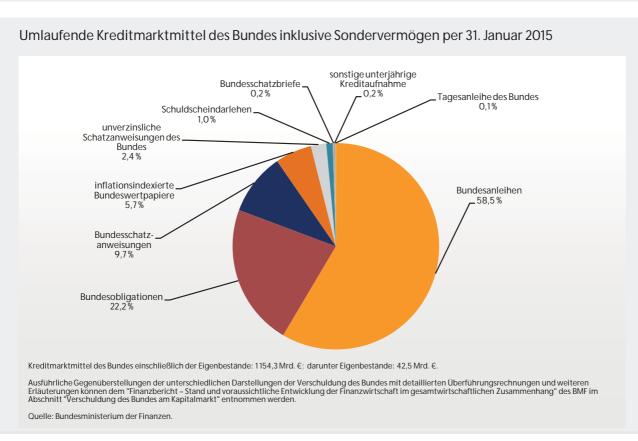
Die Übersicht "Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2015" zeigt die Kapitalund Geldmarktemissionen im Rahmen der Emissionsplanung des Bundes sowie die sonstigen Emissionen.

Der Schuldendienst von Bund und Sondervermögen im Januar in Höhe von 35,1 Mrd. € (davon 27,0 Mrd. € Tilgungen und 8,1 Mrd. € Zinsen) überstieg den Bruttokreditbedarf um 6,8 Mrd. €. Bis einschließlich Februar betrug der Schuldendienst 57,6 Mrd. € (davon 48,1 Mrd. € Tilgungen und 9,6 Mrd. € Zinsen) und überstieg wiederum den Bruttokreditbedarf um 13,2 Mrd. €. Diese Finanzierungen waren durch Kassen- oder Haushaltsmittel aufzubringen.

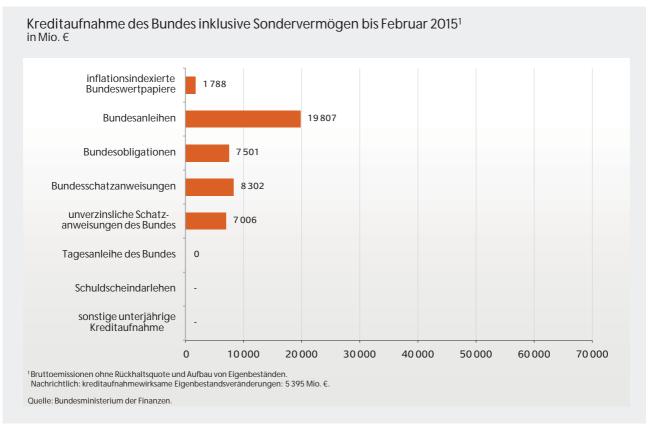
Die aufgenommenen Kredite im Januar im Umfang von 28,3 Mrd. € und bis einschließlich Februar in Höhe von 44,4 Mrd. € wurden für die Finanzierung des Bundeshaushalts eingesetzt.

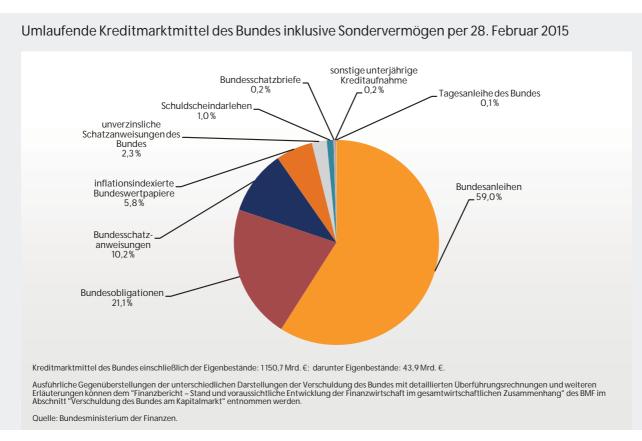
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes





Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes





#### 

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

# Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. $\in$

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
							in Mrd.	€					
inflationsindexierte Bundeswertpapiere	-	-											-
Bundesanleihen	23,0	-											23,0
Bundesobligationen	-	17,0											17,0
Bundesschatzanweisungen	-	-											0,0
unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	4,0	4,0											8,0
Bundesschatzbriefe	0,0	0,0											0,1
Tagesanleihe des Bundes	0,0	0,0											0,0
Schuldscheindarlehen	-	-											0,0
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	-	-											0,0
sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0											0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	27,0	21,0											48,1

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

# Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2015 in Mrd. $\in$

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insgesamt
							in Mrd.	€					
gesamte Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen	8,1	1,5											9,6

 $Abweichungen\,durch\,Rundung\,der\,Zahlen\,m\"{o}glich.$ 

### ${\color{red} \,\,} {\color{blue} \,\,} {\color{b$

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2015 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137487 WKN 113748	Aufstockung	7. Januar 2015	2 Jahre/fällig 16. Dezember 2016 Zinslaufbeginn 14. November 2014 erster Zinstermin 16. Dezember 2015	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Neuemission	12. Januar 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141711 WKN 114171	Neuemission	21. Januar 2015	5 Jahr /fällig 17. April 2020 Zinslaufbeginn 23. Januar 2015 erster Zinstermin 17. April 2016	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102341 WKN 110234	Aufstockung	28. Januar 2015	30 Jahre/fällig 15. August 2046 Zinslaufbeginn 28. Februar 2014 erster Zinstermin 15. August 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137495 WKN113749	Neuemission	11. Februar 2015	2 Jahre/fällig 10. März 2017 Zinslaufbeginn 13. Februar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Aufstockung	18. Februar 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141711 WKN 114171	Aufstockung	25. Februar 2015	5 Jahre/fällig 17. April 2020 Zinslaufbeginn 23. Januar 2015 erster Zinstermin 17. April 2016	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137495 WKN113749	Aufstockung	11. März 2015	2 Jahre/fällig 10. März 2017 Zinslaufbeginn 13. Februar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001102374 WKN 110237	Aufstockung	18. März 2015	10 Jahre/fällig 15. Februar 2025 Zinslaufbeginn 16. Januar 2015 erster Zinstermin 15. Februar 2016	ca. 4 Mrd. €	
			1. Quartal 2015 insgesamt	ca. 39 Mrd. €	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Volumen einschließlich Marktpflegequote.

#### 

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2015 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen <sup>1</sup> Ist
unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119360 WKN 111936	Neuemission	12. Januar 2015	6 Monate/fällig 15. Juli 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119378 WKN 111937	Neuemission	26. Januar 2015	12 Monate/fällig 27. Januar 2016	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119386 WKN 111938	Neuemission	9. Februar 2015	6 Monate/fällig 12. August 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119394 WKN 11939	Neuemission	23. Februar 2015	12 Monate/fällig 16. September 2015	1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119402 WKN 111940	Neuemission	9. März 2015	6 Monate/fällig 16. September 2015	2 Mrd. €	2 Mrd. €
unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119410 WKN 111941	Neuemission	23. März 2015	12 Monate /fällig 23. März 2016	ca. 1,5 Mrd. €	
			1. Quartal 2015 insgesamt	ca. 10,5 Mrd. €	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

#### Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2015 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll (Jahresvorschau)	Volumen <sup>1</sup> Ist			
inflationsindexierte Bundeswertpaiere insgesamt 2015	Neuemission oder Aufstockung	am zweiten Dienstag einmal im Monat außer August und Dezember	Auswahl entsprechend Marktbedingungen	10 - 14 Mrd. €	8 Mrd. €			
davon im 1. Quartal								
inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103559 WKN 103055	Aufstockung	13. Januar 2015	10 Jahre/fällig 15. April 2030 Zinslaufbeginn 10. April 2014 erster Zinstermin 15. April 2015	1Mrd. €	1 Mrd. €			
inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103526 WKN 103052	Aufstockung	10. Februar 2015	10 Jahre/fällig 15. April 2020 Zinslaufbeginn 15. April 2009 erster Zinstermin 15. April 2010	1Mrd.€	1 Mrd.€			
inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE000103567 WKN 103056	Neuemission	10. März 2015	10 Jahre/fällig 15. April 2026 Zinslaufbeginn 12. März 2015 erster Zinstermin 15. April 2016	2 Mrd. €	2 Mrd. €			

 $^{1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die Sitzungen der Eurogruppe und des ECOFIN-Rates am 16./17. Februar 2015 und am 9./10. März 2015 in Brüssel

Die Eurogruppe am 16. Februar 2015 und am 9. März 2015 befasste sich mit der Situation in Portugal sowie in den Programmländern Griechenland und Zypern, der Winterprognose der Europäischen Kommission, der Nachbereitung des Europäischen Rates am 12. Februar 2015, der internationalen Rolle des Euro, den Haushaltsplänen der Euro-Länder für 2015 und der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie der weiteren Umsetzung von Strukturreformen im Dienstleistungssektor innerhalb des Euroraums.

Die Minister der Eurogruppe appellierten an Griechenland, nachdem Ende Februar 2015 die Frist für das Hilfsprogramm um vier Monate verlängert worden war, zügig die notwendigen Schritte für die Umsetzung der vereinbarten Reformen einzuleiten. Sie vereinbarten, dass die Gespräche und Arbeiten der Institutionen zur laufenden Programmüberprüfung am 11. März 2015 wieder aufgenommen werden. Die von der griechischen Regierung angekündigten Reformmaßnahmen sowie weitere notwendige Maßnahmen sollen von den Institutionen im Hinblick auf die vereinbarten Vorgaben überprüft werden.

Die Eurogruppe forderte die Entscheidungsträger Zyperns auf, die Zwangsvollstreckungsreform voranzubringen, um die Programmvorgaben einzuhalten sowie gleichzeitig den hohen Anteil notleidender Kredite des zyprischen Bankensektors zu reduzieren und damit zu einer allgemeinen wirtschaftlichen Erholung des Landes beizutragen. Der Vertreter Zyperns sicherte zu, dass das Parlament weiter zeitnah zur Reform der Zwangsvollstreckungen beraten wird.

Der Antrag Portugals, einen Teil des Kredits des Internationalen Währungsfonds

(IWF) vorzeitig zu tilgen, fand politische Unterstützung der Eurogruppe. Durch eine erwartete Zinsersparnis von rund 500 Mio. € verbessert sich die Schuldentragfähigkeit Portugals aufgrund dieser Maßnahme deutlich. Gleichzeitig bleibt der IWF weiterhin in die Nachprogrammüberwachung eingebunden.

Im Nachgang zur Tagung des Europäischen Rates am 12. Februar 2015 berichtete der Vorsitzende der Eurogruppe, Jeroen Dijsselbloem, insbesondere zum Thema Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Hierzu hatte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im Europäischen Rat ein Papier vorgestellt. das wesentliche, in der Krise sichtbar gewordene Defizite der WWU und die daraufhin unternommenen Maßnahmen darstellt. Zur Weiterentwicklung der WWU seien jetzt Strukturreformen, Investitionen und wachstumsfreundliche Konsolidierung voranzutreiben. Für den Europäischen Rat im Juni 2015 soll ein Bericht der Präsidenten von Rat, Eurogipfel, Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank erstellt werden, der auf längerfristige Optionen zur Weiterentwicklung der WWU eingeht.

Die Europäische Kommission unterrichtete über die internationale Rolle des Euro, die von der Eurogruppe als das Ergebnis eines Marktprozesses anerkannt wurde. Zum besseren Verständnis dieses Prozesses werden die Europäische Kommission und die Eurogruppen-Arbeitsgruppe eine Analyse zu Gründen und möglichen Hemmnissen für den internationalen Handel in Euro durchführen.

Zu den Haushaltsplanungen der Mitgliedstaaten und der Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts stellte die Europäische Kommission ihre diesbezüglichen Empfehlungen und Einschätzungen vor. In einer gemeinsamen Erklärung hoben die Minister hervor, dass von den sieben Mitgliedstaaten, bei denen im Dezember 2014

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Risiken der Einhaltung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts identifiziert worden waren, Belgien und Malta weitere Maßnahmen ergriffen und spezifiziert hätten. Weitere Risiken und notwendige zusätzliche Maßnahmen dürften allerdings nicht außer Acht gelassen werden, was insbesondere für Österreich im präventiven und für Frankreich, Spanien und Portugal im korrektiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts zutreffe. Die Minister begrüßten die Zusicherung der betroffenen Mitgliedstaaten, die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen umzusetzen.

Die Minister befassten sich im Rahmen der Debatte zu Strukturreformen mit der thematischen Diskussion über Reformen der Dienstleistungsmärkte im Euroraum. In der Diskussion über Erfahrungen bei der Umsetzung von Reformen, beispielsweise bei der Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten oder bei der Aufhebung von Zugangsbeziehungsweise Ausübungsbarrieren in bestimmten Berufen, wurde deutlich, dass die Wahrnehmung von Partikularinteressen den Prozess zwar erschwere, die Reformen insgesamt aber die Volkswirtschaften widerstandsfähiger und wettbewerbsfähiger machten. Die Europäische Kommission wurde gebeten, weitere Analysen mit Blick auf beispielhafte Maßnahmen von Reformen im Dienstleistungsbereich durchzuführen.

Im Mittelpunkt der Beratungen des ECOFIN-Rates am 17. Februar 2015 und am 10. März 2015 standen die Investitionsinitiative der Europäischen Kommission, das Europäische Semester und die Umsetzung des Stabilitätsund Wachstumspakts, die Nachbereitung des G20-Treffens der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten in Istanbul sowie verschiedene Aspekte zum EU-Haushalt.

Zur Investitionsinitiative der Europäischen Kommission, zu der die Minister in ihrer Sitzung am 16. Februar 2015 in erster Lesung den Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission zur Einrichtung eines Europäischen Fonds für strategische Investitionen beraten hatten, einigte sich der ECOFIN-Rat am 10. März 2015 auf eine allgemeine Ausrichtung. Mit dem Fonds sollen rentable Investitionsprojekte gefördert werden. Auch nationale Förderbanken wie die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau sollen bei der Finanzierung von Investitionsprojekten involviert werden. Die Trilogverhandlungen zum vorliegenden Verordnungsvorschlag mit dem Europäischen Parlament sollen zügig aufgenommen werden.

Zur Information insbesondere jener Mitgliedstaaten, die nicht eigenständige G20-Mitglieder sind, berichteten die Europäische Kommission und die Ratspräsidentschaft über das G20-Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten am 9. und 10. Februar 2015 in Istanbul, Bezüglich der G20-Arbeiten zu Infrastruktur und Investitionen hob die Präsidentschaft die erzielten Fortschritte bei der vom Brisbane-Gipfel gebilligten Weiterentwicklung der globalen Infrastrukturinitiative hervor. Ein weiterer Schwerpunkt der Präsidentschaft liegt auf der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen. Die Europäische Kommission unterstrich insbesondere das entschlossene Vorgehen der G20 zur Stärkung des Weltwirtschaftswachstums, wobei für einen Erfolg die zügige Umsetzung der beim Brisbane-Gipfel vereinbarten Wachstumsstrategien durch alle G20-Mitglieder wichtig sei.

Darüber hinaus befasste sich der ECOFIN-Rat mit verschiedenen Themen zum EU-Haushalt. Er sprach eine Entlastungsempfehlung für die Ausführung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013 aus. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble unterstützte die Entlastungsempfehlung, sah aber weiteren Verbesserungsbedarf beim EU-Finanzmanagement, um die Ziele der "Better-Spending"-Initiative besser umzusetzen. Dies bedeutet, dass vorhandene Ressourcen zielgerichteter und effizienter eingesetzt werden sollen und der EU-Haushalt einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

wirtschaftspolitischen Steuerung und finanzpolitischen Koordinierung in der EU leistet.

Des Weiteren nahm der ECOFIN-Rat Schlussfolgerungen zu den Haushaltsleitlinien des Rates für das Jahr 2016 an. Die Haushaltsleitlinien formulieren die Prioritäten des Rates für die kommenden Haushaltsverhandlungen mit dem Europäischen Parlament und sollen von der Europäischen Kommission bei der Erarbeitung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2016 berücksichtigt werden. Zudem betonen sie u. a., dass Haushaltsdisziplin auf allen Ebenen gewahrt bleiben muss und Haushaltsmittel besonders zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung bereitgestellt werden sollten.

Der Vorsitzende der hochrangigen Gruppe "Eigenmittel", Mario Monti, stellte den ersten Bewertungsbericht vor, der das gegenwärtige Eigenmittelsystem, vergangene Reformbemühungen sowie Bewertungskriterien für eine erfolgreiche Reform beschreibt. Bundesfinanzminister Dr. Schäuble regte an, bei den weiteren Beratungen auch die Perspektive von Mitgliedstaaten zu berücksichtigen, um so den Erfolg der Arbeiten zu sichern. Zudem müsse auch die Ausgabenseite des Haushalts in den Blick genommen werden, da letztlich hierin die Einnahmen begründet seien.

Am 26. Februar 2015 hatte die Europäische Kommission ihre Mitteilung zu den Länderberichten im Rahmen des Europäischen Semesters veröffentlicht, die von den Ministern des ECOFIN-Rates zur Kenntnis genommen wurden. Im Ungleichgewichteverfahren hatte die Europäische Kommission aufgrund ihres Frühwarnberichts 16 Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, in vertieften Analysen untersucht. In den Länderberichten werden die dabei gewonnenen Erkenntnisse

erstmals mit der generellen Berichterstattung über das jeweilige Land und die bis dato erreichten Fortschritte bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen zusammengefasst. Damit will die Europäische Kommission das Europäische Semester straffen und zugleich gewährleisten, dass eine eingehende Auseinandersetzung mit den Ergebnissen ihrer Arbeit auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene stattfinden kann. Mitte Mai 2015 plant die Europäische Kommission dann ihre Vorschläge für neue länderspezifische Empfehlungen zu veröffentlichen. Der ECOFIN-Rat wird auf seiner Sitzung am 12. Mai Schlussfolgerungen zu den im Rahmen des makroökonomischen Ungleichgewichteverfahrens durchgeführten Tiefenanalysen verabschieden. Die Verabschiedung der diesjährigen länderspezifischen Empfehlungen durch den Rat ist für Juni 2015 vorgesehen.

Gegenstand der Beratungen über die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts waren die finanzpolitischen Empfehlungen der Europäischen Kommission. Unter Berücksichtigung sogenannter einschlägiger Faktoren sprach die Europäische Kommission die Empfehlung aus, für Belgien, Italien und Finnland kein Defizitverfahren wegen Verletzung des Schuldenstandskriteriums zu eröffnen. Für Frankreich sprach sie die Empfehlung aus, die Frist zur Rückführung seines übermäßigen Defizits auf 2017 auszuweiten. Diese Fristverlängerung wurde vom ECOFIN-Rat angenommen. Frankreich wurde aufgefordert, noch in diesem Jahr weitere Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts umzusetzen. Frankreich sagte entsprechende Maßnahmen hierzu bis April 2015 zu und kündigte gleichzeitig detaillierte Pläne für den Bereich der Strukturreformen für Mai 2015 an.

Termine, Publikationen

# Termine, Publikationen

#### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

31. März 2015	Deutsch-Französischer Ministerrat
17. April 2015	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Washington D.C.
17./19. April 2015	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington D.C.
24./25. April 2015	Eurogruppe und informeller ECOFIN in Riga
27. April 2015	Deutsch-Polnische Regierungskonsultationen in Warschau
11./12. Mai 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
27./29. Mai 2015	Treffen der G7-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Dresden
18./19. Juni 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
25./26. Juni 2015	Europäischer Rat in Brüssel
13./14. Juli 2015	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

# Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Bundeshaushalts 2016 und des Finanzplans bis 2019

18. März 2015	Eckwertebeschluss des Kabinetts zum Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
5 7. Mai 2015	Steuerschätzung in Saarbrücken
3. Juni 2015	Stabilitätsrat
Juli 2015	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2016 und Finanzplan bis 2019
August 2015	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat

Termine, Publikationen

# Veröffentlichungskalender¹ der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
April 2015	März 2015	23. April 2015
Mai 2015	April 2015	22. Mai 2015
Juni 2015	Mai 2015	22. Juni 2015
Juli 2015	Juni 2015	20. Juli 2015
August 2015	Juli 2015	20. August 2015
September 2015	August 2015	21. September 2015
Oktober 2015	September 2015	22. Oktober 2015
November 2015	Oktober 2015	20. November 2015
Dezember 2015	November 2015	21. Dezember 2015

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Special Data Dissemination Standard (SDDS) des IMF, siehe http://dsbb.imf.org.

#### Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 03018 272 2721
Telefax: 03018 10 272 2721

#### Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

### Statistiken und Dokumentationen

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	61
1	Kreditmarktmittel	61
2	Gewährleistungen	62
3	Kennziffern SDDS - Central Government Operations - Haushalt Bund	63
4	Kennziffern SDDS - Central Government Debt - Schulden Bund	65
5	Bundeshaushalt 2010 bis 2015	67
6	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den	
	Haushaltsjahren 2010 bis 2015	68
7	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen	
	und Funktionen, Soll 2015	
8	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015	74
9	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	78
11	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	80
12	Entwicklung der Staatsquote	81
13a	Schulden der öffentlichen Haushalte	82
13b	Schulden der öffentlichen Haushalte - neue Systematik	84
14	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	85
15	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	86
16	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	87
17	Steuerquoten im internationalen Vergleich	88
18	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	89
19	Staatsquoten im internationalen Vergleich	90
20	Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015	91
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	92
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2014/2015	92
1	Die Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar 2015	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage	
	des Bundes und der Länder bis Januar 2015	93
3	Die Einnahmen und Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2015	

 $\ddot{\text{U}} bersichten \, und \, Grafiken \, zur \, finanzwirtschaftlichen \, Entwicklung$ 

Ges	${f amtwirtschaftlichesProduktionspotenzialundKonjunkturkomponenten}$	99
1	Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten	100
2	Produktionspotenzial und -lücken	
3	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts	
	zum preisbereinigten Potenzialwachstum	102
4	Bruttoinlandsprodukt	103
5	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
6	Kapitalstock und Investitionen	109
7	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	110
8	Preise und Löhne	111
Ker	nnzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	113
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	113
2	Preisentwicklung	114
3	Außenwirtschaft	115
4	Einkommensverteilung	116
5	Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	117
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	118
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	119
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz	
	in ausgewählten Schwellenländern	120
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	121
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD,	
	IWF zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	122
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD,	
	IWF zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	126

Quellen: soweit nicht anders gekennzeichnet Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

# Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

in Mio. €

	Stand: 31. Dez. 2014	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Jan. 2015	Zunahme	Abnahme	Stand: 28. Feb. 2015		
Gliederung nach Schuldenarten									
inflationsindexierte Bundeswertpapiere	65 000	1 000	-	66 000	1 000	-	67 000		
Bundesanleihen	691 405	7 000	23 000	675 405	4 000	-	679 405		
Bundesobligationen	251 000	5 000	0	256 000	4 000	17 000	243 000		
Bundesschatzbriefe	2 3 7 5	-	26	2 3 4 9	-	39	2310		
Bundesschatzanweisungen	107 000	5 000	-	112 000	5 000	-	117 000		
unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes	27 993	3 504	3 998	27 500	3 505	3 998	27 006		
Tagesanleihe des Bundes	1 187	0	13	1 174	0	10	1 164		
Schuldscheindarlehen	11 971	-	-	11 971	-	-	11 971		
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	1 873	-	-	1 873	-	-	1 873		
Kreditmarktmittel insgesamt	1 159 804			1 154 271			1 150 729		

	Stand: 31. Dez. 2014			and: n. 2015		Stand: 28. Feb. 2015				
Gliederung nach Restlaufzeiten										
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	188 386		18	37 880		186389				
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	363 717		36	69 704		374708				
langfristig (mehr als 4 Jahre)	607 701		59	96 687		589 632				
Kreditmarktmittel insgesamt	1 159 804		1 15	54 271		1 150 729				

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ausführliche Gegenüberstellungen der unterschiedlichen Darstellungen der Verschuldung des Bundes mit detaillierten Überführungsrechnungen und weiteren Erläuterungen können dem "Finanzbericht – Stand und voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang" des BMF im Abschnitt "Verschuldung des Bundes am Kapitalmarkt" entnommen werden.

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 31. Dezember 2014	Belegung am 31. Dezember 2013
		in Mrd. €	
Ausfuhren	165,0	138,9	133,8
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	65,0	45,5	42,4
FZ-Vorhaben	16,7	9,7	6,4
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	160,0	106,6	108,5
internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,8	56,2
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,0	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	8,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4

Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

				Central Governr	nent Operations		
		Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münz- einnahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
		Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financia market balance/Net borrowing
				in Mio	. €/€ m		
2015	Dezember	-	-	-	-	-	-
	November	-	-	-	-	-	-
	Oktober	-	-	-	-	-	-
	September	-	-	-	-	-	-
	August	-	-	-	-	-	-
	Juli	-	-	-	-	-	-
	Juni	-	-		-		-
	Mai	-	-	-	-	-	-
	April	-	-	-	-		-
	März	-	-	-	-	-	
	Februar	59 888	37 371	-22 506	-39 780	- 129	17 144
	Januar	38 092	19 565	-18 528	-28 905	- 126	10 252
2014	Dezember	295 486	295 147	- 297	0	297	0
	November	273 755	252 401	-21 297	-18 391	118	-2 788
	Oktober	251 113	229 707	-21 363	-28 982	137	7 756
	September	227 810	208 955	-18 809	-21 206	110	2 507
	August	205 597	180 504	-25 052	-29 508	124	4579
	Juli	184378	159 069	-25 268	-35 248	121	10 100
	Juni	150 047	134 048	-15 973	-16582	94	704
	Mai	127 591	103 500	-24 066	-25388	0	1 322
	April	103 067	84896	-18 139	-28 185	- 18	10 028
	März	80 119	63 166	-16 936	-24 101	- 126	7 040
	Februar	59 707	35 554	-24 137	-29 495	- 178	5 179
	Januar	38 484	18 235	-20 235	-38 930	- 161	18 534
2013	Dezember	307 843	285 452	-22 348	0	276	-22 072
2010	November	286 965	245 022	-41 873	-23 619	110	-18 144
	Oktober	260 699	223 768	-36 881	-35 674	132	-1 075
	September	228 296	202 085	-26 162	-21 798	119	-4 245
	August	206 802	176 302	-30 448	-23 274	124	-7 050
	Juli	185 785	156 321	-29 418	-30 261	111	954
	Juni	150 687	132 239	-18 410	-19 709	68	1 3 6 7
	Mai	128 869	103 903	-24939	-22 699	64	-2 176
		104 661	83 276	-21 371	-34642	- 58	13 213
	April März	79 772	60 452	-19 306	-24193	- 107	4780
	März	59 487	35 678	-23 786	-24193	-128	168
	Februar Januar	37 510	17 690	-19 803	-24 082	- 132	3 222

noch Tabelle 3: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Operations – Haushalt Bund

			Central Governr	ment Operations		
	Ausgaben	Einnahmen	Finanzierungs- saldo	Kassenmittel	Münz- einnahmen	Kapitalmarkt- saldo/ Nettokredit- aufnahme
	Expenditure	Revenue	Financing	Cash shortfall	Adjusted for revenue of coin	Current financi market balance/Net borrowing
			in Mio	. €/€ m		
2012 Dezember	306 775	283 956	-22 774	0	293	-22 480
November	281 560	240 077	-41 410	-8 531	129	-32 749
Oktober	258 098	220 585	-37 447	-21 107	162	-16 178
September	225 415	199 188	-26 173	-10 344	132	-15 697
August	193 833	156 426	-37 352	-19 849	123	-17 379
Juli	184 344	153 957	-30 335	-24 804	122	-5 408
Juni	148 013	129741	-18 231	-1 608	107	-16515
Mai	127 258	101 691	-25 526	-6 259	71	-19 195
April	108 233	81 374	-26 836	-28 134	- 1	1 298
März	82 673	58 613	-24 040	-21 711	- 77	-2 406
Februar	62 345	35 423	-26 907	-16 750	- 98	-10 254
Januar	42 651	18 162	-24 484	-24 357	- 123	- 250
2011 Dezember	296 228	278 520	-17 667	0	324	-17 343
November	273 451	233 578	-39 818	-5 359	179	-34 280
Oktober	250 645	214 035	-36 555	-13 661	181	-22 712
September	227 425	192 906	-34 465	-8 069	152	-26 244
August	206 420	169 910	-36 459	536	144	-36 851
Juli	185 285	150 535	-34 709	-4344	162	-30 202
Juni	150 304	127 980	-22 288	13 211	164	-35 335
Mai	129 439	102 355	-27 051	9 3 0 0	94	-36 257
April	109 028	80 147	-28 849	-20 282	24	-8 544
März	83 915	58 442	-25 449	-8 936	-41	-16 554
Februar	63 623	34012	-29 593	-17 844	-93	-11 841
Januar	42 404	17 245	-25 149	-21 378	- 90	-3 861

Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

			(	Central Government D	)ebt		
		Kre	editmarktmittel, Glied	derung nach Restlaufz	eiten	C	
			Outsta	nding debt	Gewährleistungen		
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed	
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt		
			in Mi	io. €/€ m		in Mrd. €/€ bn	
<b>2015</b> D	ezember	-	-	-	-	-	
N	ovember	-	-	-	-	-	
0	ktober	-	-	-	-	-	
Se	eptember	-	-	-	-	-	
А	ugust	-	-	-	-	-	
Ju	ıli	-	-	-	-	-	
Ju	ıni	-	-	-	-	-	
N	lai	-	-	-	-	-	
А	pril	-	-	-	-	-	
N	lärz	-	-	-	-	-	
Fe	ebruar	186 389	374708	589 632	1 150 729	-	
Ja	anuar	187 880	369 704	596 687	1 154 171	-	
	ezember	188 386	363 717	607 701	1 159 804	458	
N	ovember	189 068	373 694	605 013	1 167 776	-	
0	ktober	194 120	368 692	596 722	1 158 934	-	
	eptember	194 113	363 965	597 130	1 155 207	459	
	ugust	197 551	375 060	586 148	1 158 758	-	
Ju		198 685	370 109	579 210	1 148 003	-	
	ıni	203 003	365 337	592 881	1 161 222	452	
	 1ai	201 653	376 498	582 958	1 161 109	_	
	pril	203 663	370 577	570 976	1 145 216	-	
	lärz	205 708	355 628	592 045	1 153 381	449	
	ebruar	208 712	366 656	583 057	1 158 425	_	
	anuar	194 906	361 641	587 112	1 143 659	_	
	ezember	199 033	360 431	596 350	1 155 814	443	
	lovember	203 206	369 508	592 718	1 165 432	_	
	ektober	204 212	364 644	579 937	1 148 592	_	
	eptember	204 138	360 829	583 822	1 148 789	470	
	•	207 355	371 083	572 836	1 151 273		
	ugust	207 948	366 074	562 859	1 136 882	_	
	ıli 	205 135	366 991	572 752	1 144 877	474	
	uni 	207 541	377 104	562 867	1147512	7/4	
	lai 			551 886		_	
	pril 	204 592	372 173		1 128 651	472	
	lärz	216 723	368 251	558 954	1143928	472	
	ebruar	219 648	378 264	549 986	1 147 897	-	
Ja	nuar	219 615	357 434	554 028	1 131 078	-	

noch Tabelle 4: Kennziffern für Special Data Dissemination Standard (SDDS)
Central Government Debt – Schulden Bund

			(	Central Government D	Debt	
		Kre	editmarktmittel, Glied	derung nach Restlaufz	zeiten	
			Outstar	nding debt		Gewährleistungen
		Kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	Mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	Langfristig (mehr als 4 Jahre)	Kreditmarktmittel insgesamt	Debt guaranteed
		Short term	Medium term	Long term	Total outstanding debt	
			in Mi	o. €/€ m		in Mrd. €/€ bn
2012	Dezember	219 752	356 500	563 082	1 139 334	470
	November	220 844	367 559	563 217	1 151 620	-
	Oktober	217 836	362 636	549 262	1 129 734	-
	September	216 883	357 763	555 802	1 130 449	508
	August	221 918	369 000	540 581	1 131 499	-
	Juli	221 482	364 665	532 694	1 118 841	-
	Juni	226 289	358 836	542 876	1 128 000	459
	Mai	226 511	367 003	535 842	1 129 356	-
	April	226 581	362 000	524 423	1 113 004	-
	März	214 444	351 945	545 695	1112084	454
	Februar	217 655	364 983	535 836	1 118 475	-
	Januar	219 621	344 056	542 868	1 106 545	-
2011	Dezember	222 506	341 194	553 871	1 117 570	378
	November	228 850	353 022	549 155	1 131 028	-
	Oktober	232 949	346 948	536 229	1 116 125	-
	September	239 900	341 817	545 495	1 127 211	376
	August	237 224	357 519	534 543	1 129 286	-
	Juli	239 195	350 434	528 649	1 118 277	-
	Juni	238 249	351 835	538 272	1 128 355	361
	Mai	232 210	364702	534 474	1 131 385	-
	April	236 083	357 793	523 533	1 117 409	-
	März	240 084	349 779	525 593	1 115 457	348
	Februar	234 948	362 885	514 604	1 112 437	-
	Januar	239 055	338 972	522 579	1 100 606	_

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Gewährleistungsdaten werden quartalsweise gemeldet. Ab Dezember 2013 neue Ermittlungsmethode für die Gewährleistungen, daher keine Vergleichbarkeit der Werte zur Vorperiode. Vorjahreswert (2012) nach neuer Ermittlungsmethode: 433 Mrd. €.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 5: Bundeshaushalt 2010 bis 2015 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2010 Ist	2011 Ist	2012 Ist	2013 Ist	2014 Ist	2015 Soll <sup>1</sup>
oogonatana ao mao motang			Mr	d. €		
1. Ausgaben	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	302,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,9	-2,4	+3,6	+0,3	- 4,0	+2,4
2. Einnahmen <sup>2</sup>	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	302,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+0,6	+7,4	+2,0	+0,5	+3,4	+2,4
darunter:						
Steuereinnahmen	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	280,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-0,7	+9,7	+3,2	+1,5	+4,2	+3,4
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-17,7	-22,8	-22,4	-0,3	-0,3
in % der Ausgaben	14,6	6,0	7,4	7,3	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme <sup>3</sup> (-)	288,2	274,2	245,2	238,6	201,8	182,4
5. Sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	3,1	9,9	7,9	-1,5	6,3
6. Tilgungen (+)	239,2	260,0	232,6	224,4	200,3	188,7
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	17,3	22,5	22,1	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
nachrichtlich:						
investive Ausgaben	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	30,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-3,8	-2,7	+43,0	-7,8	- 12,6	+ 2,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	2,2	0,6	0,7	2,5	3,0

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Stand: März 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Gemäß § 13 Absatz 4 Nr. 3 BHO.

 $<sup>^3\,</sup> Nach\, Ber\"uck sichtigung\, der\, Eigenbestandsveränderung.$ 

Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart			Ist			Soll <sup>1</sup>
			in Mi	o.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 196	27 856	28 046	28 575	29 209	29 779
Aktivitätsbezüge	21 117	20 702	20 619	20 938	21 280	21 531
ziviler Bereich	9 443	9 2 7 4	9 289	9 599	9 9 9 7	11 025
militärischer Bereich	11 674	11 428	11 331	11 339	11 283	10 506
Versorgung	7 079	7 154	7 427	7 637	7 928	8 248
ziviler Bereich	2 459	2 472	2 538	2619	2 699	2 832
militärischer Bereich	4620	4 682	4889	5018	5 229	5 417
Laufender Sachaufwand	21 494	21 946	23 703	23 152	23 174	24 424
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 545	1 384	1 453	1 352	1 417
militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 137	10 287	8 550	8 814	9 5 6 8
sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 264	12 033	13 148	13 008	13 439
Zinsausgaben	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	24 901
an andere Bereiche	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	24901
sonstige	33 108	32 800	30 487	31 302	25 916	24901
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	32 759	30 446	31 261	25 874	24859
an Ausland	8	- 0	-	-	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	187 554	187 734	190 781	187 308	193 399
an Verwaltungen	14114	15 930	17 090	27 273	21 108	22 802
Länder	8 579	10 642	11 529	13 435	14133	15 916
Gemeinden	17	12	8	8	5	6
Sondervermögen	5 5 1 8	5 2 7 6	5 552	13 829	6 9 6 9	6 880
Zweckverbände	1	1	1	0	0	0
an andere Bereiche	180 263	171 624	170 644	163 508	166 200	170 597
Unternehmen	24 212	23 882	24 225	25 024	25 517	26 970
Renten, Unterstützungen u. ä. an natürliche Personen	29 665	26 718	26307	27 055	28 029	28 770
an Sozialversicherung	120 831	115 398	113 424	103 693	104719	106 761
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 665	1 668	1 656	1 889	1 998
an Ausland	4216	3 958	5 017	6 0 7 5	6 043	6 097
an Sonstige	3	2	2	5	5	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	270 156	269 971	273 811	265 607	272 503

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

noch Tabelle 6: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015		
Ausgabeart	lst							
	in Mio. €							
Ausgaben der Kapitalrechnung								
Sachinvestitionen	7 660	7 175	7 760	7 895	7 865	7 832		
Baumaßnahmen	6 242	5 8 1 4	6 1 4 7	6 2 6 4	6 4 1 9	6 132		
Erwerb von beweglichen Sachen	916	869	983	1 020	983	1 214		
Grunderwerb	503	492	629	611	463	486		
Vermögensübertragungen	15 350	15 284	16 005	15 327	16 575	21 259		
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14944	14589	15 524	14772	15 971	20 583		
an Verwaltungen	5 209	5 2 4 3	5 789	4924	4854	8 48 1		
Länder	5 142	5 178	5 152	4873	4786	4 895		
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	65	56	52	68	86		
Sondervermögen	-	-	581	-	0	3 501		
an andere Bereiche	9 735	9346	9 735	9 8 4 8	11 118	12 102		
Sonstige - Inland	6 599	6 0 6 0	6 2 3 4	6 3 9 3	5886	7 025		
Ausland	3 136	3 287	3 501	3 455	5 232	5 077		
sonstige Vermögensübertragungen	406	695	480	555	604	676		
an andere Bereiche	406	695	480	555	604	676		
Unternehmen – Inland	0	260	4	7	5	30		
Sonstige - Inland	137	123	129	141	135	136		
Ausland	269	311	348	406	464	510		
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	3 613	13 040	10 810	5 439	1 624		
Darlehensgewährung	2 663	2 825	2 736	2 032	1 024	1 554		
an Verwaltungen	1	1	1	0	0	1		
Länder	1	1	1	0	0	1		
an andere Bereiche	2 662	2 825	2 735	2 032	1 023	1 553		
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	1 115	1 070	597	793	1 156		
Ausland	1 587	1 710	1 666	1 435	230	397		
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	788	10304	8 778	4 4 1 6	71		
Inland	13	0	0	91	72	71		
Ausland	797	788	10304	8 687	4 3 4 3			
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	26 072	36 804	34 032	29 879	30 715		
darunter: investive Ausgaben	26 077	25 378	36324	33 477	29 275	30 040		
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 619		
Ausgaben zusammen	303 658	296 228	306 775	307 843	295 486	302 600		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015<sup>1</sup>

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe						
0	Allgemeine Dienste	66 457	60 721	26 422	19 275	-	15 024
O1	politische Führung und zentrale Verwaltung	14 650	14 192	4112	1 753	-	8 327
02	auswärtige Angelegenheiten	10 120	5 644	564	223	-	4857
03	Verteidigung	32 496	32 272	15 923	15 240	-	1110
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	4 504	4076	2 6 1 6	1 237	-	224
05	Rechtsschutz	477	463	302	112	-	49
06	Finanzverwaltung	4210	4074	2 906	711	-	457
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	20 757	17 172	530	1 209	-	15 433
13	Hochschulen	4971	3 956	12	10	-	3 934
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen	3 499	3 494	-	237	-	3 257
15	sonstiges Bildungswesen	326	253	11	69	-	173
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	11 147	8 882	507	881	-	7 495
19	übrige Bereiche aus 1	815	587	1	13	-	573
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	153 144	152 493	224	263	-	152 006
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	102 104	102 104	36	0	-	102 068
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege und ähnliches	7914	7914	-	3	-	7911
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 143	1 624	-	4	-	1 620
25	Arbeitsmarktpolitik	33 294	33 178	1	73	-	33 105
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	355	352	-	25	-	327
29	übrige Bereiche aus 2	7 3 3 2	7320	187	158	-	6 9 7 5
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	2 031	1 245	380	482	-	383
31	Gesundheitswesen	615	569	221	247	-	101
32	Sport und Erholung	152	136	-	7	-	129
33	Umwelt- und Naturschutz	668	354	96	166	-	92
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	597	186	62	62	-	61
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 184	738	-	14	-	724
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	1 633	727	-	3	-	724
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	547	11	-	11	-	0
43	kommunale Gemeinschaftsdienste	4	0	-	0	-	0
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	972	552	15	233	-	304
52	Landwirtschaft und Ernährung	944	526	-	223	-	302
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	126	126	-	99	-	27
529	übrige Bereiche aus 52	817	399	-	124	-	275
599	übrige Bereiche aus 5	29	26	15	9	-	2

 $<sup>^{1}\,</sup>Entwurf\,zum\,Nachtragshaushalt\,2015,\,Stand\,18.\,M\"{a}rz\,2015.$ 

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015<sup>1</sup>

		Sach- investitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 124	4 196	417	5 736	5 717
01	politische Führung und zentrale Verwaltung	347	112	-	458	458
02	auswärtige Angelegenheiten	128	3 9 5 1	397	4 476	4 475
03	Verteidigung	157	47	20	225	206
04	öffentliche Sicherheit und Ordnung	343	85	-	428	428
05	Rechtsschutz	14	-	-	14	14
06	Finanzverwaltung	135	0	-	135	135
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	118	3 467	-	3 585	3 585
13	Hochschulen	1	1014	-	1014	1 014
14	Förderung für Schüler, Studierende, Weiterbildungsteilnehmende und dergleichen		5	-	5	5
15	sonstiges Bildungswesen	0	73	-	73	73
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	115	2 149	-	2 2 6 4	2 2 6 4
19	übrige Bereiche aus 1	2	227	-	228	228
2	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	7	640	3	651	24
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	-
23	Familienhilfe, Wohlfahrtspflege u. ä.	-	0	-	0	0
24	soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	517	1	519	9
25	Arbeitsmarktpolitik	-	116	-	116	-
26	Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	3	-	3	3
29	Übrige Bereiche aus 2	6	4	2	12	12
3	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	440	346	-	786	786
31	Gesundheitswesen	31	14	-	46	46
32	Sport und Erholung		16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	308	-	314	314
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	8	-	411	411
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 442	4	1 446	1 446
41	Wohnungswesen, Wohnungsbauprämie	-	902	4	906	906
42	Geoinformation, Raumordnung und Landesplanung, Städtebauförderung	-	537	-	537	537
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	4	-	4	4
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	418	1	420	420
52	Landwirtschaft und Ernährung	-	417	1	418	418
522	einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
529	übrige Bereiche aus 52	-	417	1	418	418
599	übrige Bereiche aus 5	2	1	-	2	2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015 $^{\rm 1}$ 

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 437	2 517	80	428	-	2 010
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	45	-	-	-	-	-
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 501	1 475	-	0	-	1 475
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	522	461	-	38	-	424
65	Handel und Tourismus	371	371	-	311	-	60
66	Geld- und Versicherungswesen	41	11	-	11	-	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	1 244	89	-	39	-	50
69	regionale Fördermaßnahmen	619	17	-	16	-	1
699	übrige Bereiche aus 6	94	93	80	13	-	-
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	16 926	4 294	1 090	2 093	-	1 111
72	Straßen	7 610	1 134	-	993	-	141
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 921	960	563	326	-	72
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	4961	83	-	5	-	78
75	Luftfahrt	276	225	60	24	-	142
799	übrige Bereiche aus 7	2 159	1 892	468	745	-	679
8	Finanzwirtschaft	35 691	32 772	1 038	428	24 901	6 404
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 123	5 623	-	-	-	5 623
82	Steuern und Finanzzuweisungen	819	781	-	-	-	781
83	Schulden	24912	24912	-	11	24901	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	575	575	575	-	-	-
88	Globalposten	- 155	464	464	-	-	-
899	übrige Bereiche aus 8	418	418	-	417	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	302 600	272 503	29 779	24 424	24 901	193 399

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

noch Tabelle 7: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2015<sup>1</sup>

		Sachin- vestitionen	Vermögens- übertragun- gen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	768	1 150	1 920	1 890
62	Wasserwirtschaft, Hochwasser- und Küstenschutz	-	45	-	45	45
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	26	-	26	26
64	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung	-	61	-	61	61
65	Handel und Tourismus	-	-	-	-	-
66	Geld- und Versicherungswesen	-	30	-	30	-
68	Sonstiges im Bereich Gewerbe und Dienstleistungen	-	5	1 150	1 155	1 155
69	regionale Fördermaßnahmen	-	602	-	602	602
699	übrige Bereiche aus 6	2	-	-	2	2
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 139	6 443	50	12 632	12 632
72	Straßen	5 044	1 433	-	6 476	6 476
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	961	-	-	961	961
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	4878	-	4878	4878
75	Luftfahrt	1	-	50	51	51
799	übrige Bereiche aus 7	134	133	-	267	267
8	Finanzwirtschaft	-	3 538	-	3 538	3 538
81	Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	3 500	-	3 500	3 500
82	Steuern und Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
83	Schulden	-	-	-	-	-
84	Beihilfen, Unterstützungen u. ä.	-	-	-	-	-
88	Globalposten	-	-	-	-	-
899	übrige Bereiche aus 8	-	-	-	-	-
Summe a	aller Hauptfunktionen	7 832	21 259	1 624	30 715	30 040

 $<sup>^{1}</sup> Entwurf\,zum\,Nachtragshaushalt\,2015, Stand\,18.\,M\"{a}rz\,2015.$ 

Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
degenstand der Nachweisung				I	st-Ergebniss	е			
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4	259,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+8,6	+12,7	+37,5	+2,1	+0,0	- 1,4	- 1,0	+3,3
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5	228,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+17,9	+0,2	+6,0	+5,0	+0,0	- 1,5	- 0,1	+7,8
Finanzierungssaldo	Mrd. €	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9	-31,4
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	-0,4	- 15,3	-27,1	-11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	-31,2
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	- 0,7	-0,2	- 0,1	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	- 1,2	-		-		-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-		-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd. €	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5	26,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+12,4	+5,9	+6,5	+3,4	+4,5	+0,5	- 1,7	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7	15,3
Zinsausgaben	Mrd. €	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1	37,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+14,3	+23,1	+24,1	+5,1	+6,7	- 6,2	- 4,7	+3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9	58,3
Investive Ausgaben	Mrd. €	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1	23,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+10,2	+11,0	- 4,4	- 0,5	+8,4	+8,8	- 1,7	+6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0	34,2
Steuereinnahmen <sup>3</sup>	Mrd. €	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8	190,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+18,7	+0,5	+6,0	+4,6	+4,7	-3,4	+3,3	+ 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5	42,1
Nettokreditaufnahme	Mrd. €	- 0,4	- 15,3	- 13,9	-11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8	- 31,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4	131,3
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9	59,5
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>2</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>4</sup>	Mrd. €	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1 018,8	1210,9	1 489,9
darunter: Bund	Mrd. €	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8	903,3

noch Tabelle 8: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2015 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Compared dor Nochusia in a	Einheit	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gegenstand der Nachweisung				Ist-Erge	bnisse				Soll <sup>1</sup>
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8	295,5	302,6
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3	-4,0	2,4
Einnahmen	Mrd.€	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5	295,1	302,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	5,8	- 4,7	0,6	7,4	2,0	0,5	3,4	2,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	-22,8	- 22,3	-0,3	- 0,3
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	0,0	0,0
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,3	- 0,3	-0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	-0,3	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-		-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	27,0	27,9	28,2	27,9	28,0	28,6	29,2	29,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	3,4	0,9	-1,2	0,7	1,9	2,2	2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,6	9,6	9,3	9,4	9,1	9,3	9,9	9,8
Anteil an den Personalausgaben des	%	15,0	14,9	14,8	13,1	12,9	12,7	12,6	12,5
öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>									
Zinsausgaben	Mrd.€	40,2	38,1	33,1	32,8	30,5	31,3	25,9	24,9
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	- 7,1	2,7	- 17,2	- 3,9
Anteil an den Zinssyagsben	%	14,2	13,0	10,9	11,1	9,9	10,2	8,8	8,2
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	59,7	61,2	57,4	42,4	44,8	47,7	44,7	44,5
Investive Ausgaben	Mrd.€	24,3	27,1	26,1	25,4	36,3	33,5	29,3	30,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 7,2	11,5	- 3,8	-2,7	43,1	- 7,8	- 12,6	2,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	8,6	9,3	8,6	8,6	11,8	10,9	9,9	9,9
Anteil an den investiven Ausgaben des	0/	27.1	27.0	242	27.0	40.7	20.2	24.4	26.6
öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	%	37,1	27,8	34,2	27,8	40,7	38,3	34,4	36,6
Steuereinnahmen <sup>3</sup>	Mrd.€	239,2	227,8	226,2	248,1	256,1	259,8	270,8	280,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	4,0	- 4,8	-0,7	9,7	3,2	1,5	4,2	3,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	84,7	78,0	74,5	83,7	83,5	84,4	91,6	92,5
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	88,4	87,2	89,1	90,2	91,0	91,7	92,6
Anteil am gesamten	%	42,6	43,5	42,6	43,3	42,7	41,9	42,3	42,0
Steueraufkommen <sup>4</sup> Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 22,5	- 22,1	0,0	0,0
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den investiven Ausgaben des	%	4,1	11,7	14,5	5,9	7,3	7,2	0,0	0,0
Bundes	%	47,4	126,0	168,8	68,3	61,9	65,9	0,0	0,0
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	- 111,2	-38,0	- 55,9	- 67,0	- 83,4	- 169,9	0,0	0,0
öffentlichen Gesamthaushalts <sup>2</sup>	70	. 1 1,2	30,0	33,3	01,0	03,1	. 55,5	0,0	
Nachrichtlich: Schuldenstand <sup>2</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>4</sup>	Mrd.€	1 577,9	1 694,4	2 011,7	2 025,4	2 068,3	2 038,0		
darunter: Bund	Mrd.€	985,7	1 053,8	1 287,5	1 279,6	1 287,5	1 277,3		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Entwurf zum Nachtragshaushalt 2015, Stand 18. März 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Stand: Juli 2014; 2014 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschließlich Kassenkrediten. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkrediten.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ab 1991 Gesamtdeutschland.

Tabono 71 Entity lottiania aos on on thomonom oosanni maasharts	Tabelle 9:	Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts
---	------------	--

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	654,3	684,3	722,5	723,0	777,9	774,7	780,4
Einnahmen	653,6	674,0	632,5	644,3	751,9	747,7	767,3
Finanzierungssaldo	-0,6	-10,4	-90,0	-78,7	-25,9	-27,0	-13,0
davon:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2	306,8	307,8
Einnahmen	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	284,0	285,5
Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7	-22,8	-22,3
Extrahaushalte							
Ausgaben	45,8	51,4	68,4	55,3	80,9	64,5	69,3
Einnahmen	44,0	45,5	47,7	48,6	86,2	65,1	77,8
Finanzierungssaldo	-1,8	-5,8	-20,7	-6,8	5,3	0,5	8,5
Bund insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	307,9	322,5	344,5	346,4	362,5	354,0	351,3
Einnahmen	291,3	304,8	289,3	295,3	350,1	331,7	337,4
Finanzierungssaldo	-16,5	-17,6	-55,2	-51,1	-12,4	-22,2	-13,9
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	295,9	299,3	308,7
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	286,5	293,5	306,8
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-9,6	-5,7	-1,9
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	48,4	44,2	46,3
Einnahmen	-	-	-	-	48,0	44,8	48,0
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	-0,4	0,6	1,7
Länder insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	265,5	277,2	287,1	287,3	319,6	321,4	329,5
Einnahmen	273,1	276,2	260,1	266,8	308,9	315,7	329,2
Finanzierungssaldo	7,6	-1,1	-27,0	-20,6	-10,6	-5,6	-0,2
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	161,5	168,0	178,3	182,3	184,9	187,5	195,6
Einnahmen	169,7	176,4	170,8	175,4	183,9	190,0	197,3
Finanzierungssaldo	8,2	8,4	-7,5	-6,9	-1,0	2,6	1,7
Extrahaushalte							
Ausgaben	4,6	4,7	4,9	5,1	16,4	12,2	11,4
Einnahmen	4,7	4,7	4,7	4,9	15,3	11,3	10,7
Finanzierungssaldo	0,1	0,0	-0,3	-0,2	-1,1	-0,9	-0,6
Gemeinden insgesamt <sup>1</sup>							
Ausgaben	163,9	170,4	180,9	185,0	196,9	196,6	204,7
Einnahmen	172,2	178,8	173,1	177,9	194,8	197,5	205,8
Finanzierungssaldo	8,3	8,4	-7,7	-7,0	-2,1	0,9	1,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 9: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
			Veränderun	gen gegenübei	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	4,6	5,6	0,1	7,6	0,3	0,7
Einnahmen	8,0	3,1	-6,2	1,9	16,7	0,2	2,6
darunter:							
Bund							
Kernhaushalt							
Ausgaben	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4	3,6	0,3
Einnahmen	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4	2,0	0,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-5,7	12,1	33,2	-19,1	46,2	-14,4	7,5
Einnahmen	0,9	3,5	4,7	1,9	77,5	-19,3	19,5
Bund insgesamt							
Ausgaben	1,4	4,7	6,8	0,5	4,6	-0,8	-0,8
Einnahmen	7,7	4,6	-5,1	2,1	18,6	-3,7	1,7
Länder							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	3,0	1,1	3,2
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	7,4	2,5	4,5
Extrahaushalte							
Ausgaben	-	-	-	-	-	-8,7	4,7
Einnahmen	-	-	-	-	-	-6,7	7,0
Länder insgesamt							
Ausgaben	2,1	4,4	3,6	0,1	11,2	0,6	2,5
Einnahmen	9,2	1,1	-5,8	2,6	15,1	2,2	4,3
Gemeinden							
Kernhaushalt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,2	1,4	1,4	4,4
Einnahmen	6,0	3,9	-3,2	2,7	4,9	3,3	3,8
Extrahaushalte							
Ausgaben	0,3	1,9	5,1	2,8	224,7	-25,6	-7,0
Einnahmen	2,6	0,4	-1,1	4,8	213,1	-26,0	-5,2
Gemeinden insgesamt							
Ausgaben	2,6	4,0	6,1	2,3	6,4	-0,2	4,2
Einnahmen	6,0	3,8	-3,2	2,8	9,5	1,4	4,2

Abweichungen durch Rundung der Zahlen möglich.

Bis 2010 sind als Extrahaushalte ausgewählte Sondervermögen der jeweiligen Ebene ausgewiesen. Seit dem Jahr 2011 werden die Extrahaushalte nach dem Schalenkonzept (Abgrenzung des Staatssektors nach dem "Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung") finanzstatistisch dargestellt.

<sup>1</sup>Gesamtsummen der Gebietskörperschaften sind um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnen sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: September 2014.

Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublik	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

### noch Tabelle 10: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen					
	insgesamt		davon					
	irisgesaint	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern			
Jahr		in Mrd. €		in%				
		Bundesrepublil	k Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9			
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0			
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1			
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5			
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2			
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6			
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5			
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4			
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3			
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6			
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8			
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7			
2012	600,0	303,8	296,2	50,6	49,4			
2013 <sup>2</sup>	619,7	320,3	299,4	51,7	48,3			
2014 <sup>2</sup>	640,9	333,2	307,7	52,0	48,0			
2015 <sup>2</sup>	660,2	344,8	315,4	52,2	47,8			
2016 <sup>2</sup>	683,7	360,9	322,8	52,8	47,2			
2017 <sup>2</sup>	707,8	379,0	328,8	53,5	46,5			
2018 <sup>2</sup>	734,6	398,3	336,3	54,2	45,8			
2019 <sup>2</sup>	760,3	416,3	343,9	54,8	45,2			

Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zuckerund Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2014.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2014.

Tabelle 11: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vo	lkswirtschaftlichen	Gesamtrechnungen <sup>2</sup>	Abgrenzung der Finanzstatistik <sup>3</sup>			
	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote	
Jahr			in Relation z	um BIP in %			
1960	33,4	23,0	10,3				
1965	34,1	23,5	10,6	33,1	23,1	10,0	
1970	34,8	23,0	11,8	32,6	21,8	10,7	
1975	38,1	22,8	14,4	36,9	22,5	14,4	
1980	39,6	23,8	14,9	38,6	23,7	14,9	
1985	39,1	22,8	15,4	38,1	22,7	15,4	
1990	37,3	21,6	14,9	37,0	22,2	14,9	
1991	38,3	22,0	16,3	36,8	21,4	15,4	
1992	39,1	22,4	16,7	37,9	22,1	15,8	
1993	39,5	22,3	17,2	38,2	21,9	16,3	
1994	40,1	22,4	17,7	38,5	21,9	16,6	
1995	40,1	22,0	18,1	38,8	22,0	16,8	
1996	40,5	21,8	18,7	38,7	21,3	17,4	
1997	40,5	21,5	19,0	38,5	20,8	17,7	
1998	40,7	22,0	18,7	38,5	21,1	17,4	
1999	41,5	23,0	18,5	39,2	22,0	17,2	
2000	41,3	23,2	18,1	39,0	22,1	16,9	
2001	39,3	21,5	17,8	37,1	20,5	16,6	
2002	38,9	21,0	17,9	36,6	20,0	16,6	
2003	39,2	21,1	18,1	36,8	20,0	16,8	
2004	38,3	20,6	17,7	35,9	19,5	16,4	
2005	38,2	20,8	17,4	35,9	19,7	16,2	
2006	38,5	21,6	16,9	36,1	20,4	15,7	
2007	38,5	22,4	16,1	36,3	21,4	14,9	
2008	38,8	22,7	16,1	36,8	21,9	14,9	
2009	39,3	22,4	16,9	36,9	21,3	15,6	
2010	38,0	21,4	16,5	35,9	20,6	15,3	
2011	38,4	22,0	16,4	36,4	21,2	15,2	
2012	39,1	22,5	16,5	37,1	21,8	15,3	
2013	39,3	22,7	16,6	38,0	22,1	15,3	
2014	39,3	22,7	16,6	37½	22	15,3	

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
 2011 bis 2013: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.
 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2015.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Bis 2011: Rechnungsergebnisse. 2012 und 2013: Kassenergebnisse. 2014: Schätzung.

Tabelle 12: Entwicklung der Staatsquote<sup>1, 2</sup>

	Ausgaben des Staates							
		darunte	er					
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherung <sup>3</sup>					
		in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	11,2					
1965	37,1	25,4	11,6					
1970	38,5	26,1	12,4					
1975	48,8	31,2	17,7					
1980	46,9	29,6	17,3					
1985	45,2	27,8	17,4					
1990	43,6	27,3	16,4					
1991	46,0	28,5	17,5					
1992	47,0	28,3	18,7					
1993	47,8	28,5	19,4					
1994	47,9	28,4	19,5					
1995 <sup>4</sup>	48,1	28,1	20,0					
1995	54,6	34,6	20,0					
1996	48,8	28,0	20,9					
1997	48,0	27,3	20,7					
1998	47,6	27,1	20,6					
1999	47,6	27,0	20,6					
2000 <sup>5</sup>	47,1	26,5	20,6					
2000	44,7	24,1	20,6					
2001	46,9	26,3	20,6					
2002	47,3	26,2	21,0					
2003	47,8	26,4	21,4					
2004	46,3	25,7	20,6					
2005	46,1	25,9	20,2					
2006	44,6	25,3	19,3					
2007	42,7	24,3	18,4					
2008	43,5	25,0	18,4					
2009	47,4	27,1	20,4					
2010	47,2	27,5	19,7					
2011	44,6	25,8	18,8					
2012	44,2	25,4	18,8					
2013	44,3	25,4	19,0					
2014	43,9	24,9	19,0					

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

 <sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).
 2011 bis 2013: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014.
 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

 $<sup>^5\,\</sup>text{Ohne Erl\"{o}se}\,\text{aus}\,\text{der Versteigerung}\,\text{von}\,\text{Mobilfunkfrequenzen}.\,\text{In}\,\text{der Systematik}\,\text{der VGR}\,\,\text{wirken}\,\text{diese}\,\text{Erl\"{o}se}\,\text{ausgabensenkend}.$ 

Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	hulden (in Mio. €	E)		
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>	1 357 723	1 429 749	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 368
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel i. w. S.	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	30 056	15 599	25 831	59 53
Kreditmarktmittel i. w. S.	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	56 53
Kassenkredite		-	-	978	1 483	2 131	2 998
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 74
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel i. w. S.	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1 124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	986	1 124	1 325	2082
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 863	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 181	111 03
Kreditmarktmittel i. w. S.	84069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	277
Kreditmarktmittel i. w. S.	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	272
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder und Gemeinden	531 197	560 417	586 571	595 026	595 102	592 131	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 394 972	1 464 845	1 534 966	1 583 743	1 592 903	1 660 237	1 778 45
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	0	
Postbeamtenversorgungskasse		-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-		8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	_	_	-		-	_	7 49

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 13a: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009		
			Sc	hulden (in Mio. €	E)				
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56		
Kernhaushalte		-	-	-	-	-	53		
Kreditmarktmittel i. w. S.		-	-	-	-	-	53		
Kassenkredite		-	-	-	-	-			
Extrahaushalte		-	-	-	-	-	3		
Kreditmarktmittel i. w. S.	-	-	-	-	-	-	3		
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-			
			Anteil	an den Schulden	(in %)				
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,		
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58		
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	1,9	1,0	1,6	3		
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31		
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6		
Gesetzliche Sozialversicherung		-	-	-		-	0		
nachrichtlich:							0		
Länder und Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37		
			Anteil de	er Schulden am B	SIP (in %)				
Öffentlicher Gesamthaushalt	61,2	63,1	64,8	64,7	61,8	61,7	69		
Bund	37,3	38,3	39,3	39,8	38,1	38,5	42		
Kernhaushalte	34,6	35,8	38,6	38,5	37,5	37,5	40		
Extrahaushalte	2,7	2,5	0,7	1,3	0,6	1,0	2		
Länder	19,1	19,8	20,5	20,2	19,3	18,9	21		
Gemeinden	4,9	4,9	5,0	4,7	4,4	4,3	4		
Gesetziche Sozialversicherung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0		
nachrichtlich:									
Länder und Gemeinden	24,0	24,7	25,5	24,9	23,7	23,1	26		
Maastricht-Schuldenstand	62,9	64,6	66,8	66,3	63,5	64,9	72		
	Schulden insgesamt (in €)								
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 69		
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 217	2 268	2 298	2 390	2 510	2 558	2 45		
Einwohner (30. Juni)	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	8186186		

 $<sup>^1 \,</sup> Kredit markt schulden \, im \, weiteren \, Sinne \, zuzüglich \, Kassen kredite.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 13b: Schulden der öffentlichen Haushalte Neue Systematik 1

	2010	2011	2012	2013
		in N	⁄lio.€	
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>	2 011 677	2 025 438	2 068 289	2 037 956
in Relation zum BIP in %	78,1	75,0	75,2	72,5
Bund (Kern- und Extrahaushalte)	1 287 460	1 279 583	1 287 517	1 277 293
Wertpapierschulden und Kredite	1 271 204	1 272 270	1 273 179	1 257 284
Kassenkredite	16 256	7 3 1 3	14338	20 009
Kernhaushalte	1 035 647	1 043 401	1 072 882	1 085 775
Extrahaushalte Wertpapierschulden und Kredite	251 813	236 181	214635	191 518
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	17 302	11 000	11 395	12 224
SoFFin (FMS)	28 552	17 292	20 450	24328
Investitions- und Tilgungsfonds	13 991	21 232	21 265	21 194
FMS-Wertmanagement	191 968	186 480	161 520	133 732
sonstige Extrahaushalte des Bundes	0	177	5	39
Länder (Kern- und Extrahaushalte)	600 110	615 399	644 929	624914
Wertpapierschulden und Kredite	595 180	611 651	638 626	620 948
Kassenkredite	4930	3 748	6304	3 966
Kernhaushalte	524 162	532 591	538 389	542 375
Extrahaushalte	75 948	82 808	106 541	82 539
Gemeinden (Kernhaushalte und Extrahaushalte)	123 569	129 633	135 178	135 118
Wertpapierschulden und Kredite	84 363	85 613	87 758	87 735
Kassenkredite	39 206	44 020	47 419	47 383
Kernhaushalte	115 253	121 092	126331	125 904
Zweckverbände³ und sonstige Extrahaushalte	8 3 1 5	8 542	8 8 4 6	9 2 1 5
Gesetzliche Sozialversicherung (Kern- und Extrahaushalte)	539	823	665	631
Wertpapierschulden und Kredite	539	765	661	625
Kassenkredite	0	58	4	6
Kernhaushalte	506	735	627	598
Extrahaushalte <sup>4</sup>	32	88	38	33
Schulden insgesamt (€)				
je Einwohner	24 607	25 215	25 685	25 289
Maastricht-Schuldenstand	2 067 441	2 095 625	2 173 639	2 159 468
in Relation zum BIP in %	80,3	77,6	79,0	76,9
nachrichtlich:				
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd.€)	2 576	2 699	2 750	2 809
Einwohner 30. Juni	81 750 716	80 327 900	80 523 746	80 585 684

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Aufgrund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; \, Bundesministerium \, der \, Finanzen, \, eigene \, Berechnungen.$ 

 $<sup>^2 \,</sup> Einschließ lich \, aller \, \"{o} ffentlichen \, Fonds, \, Einrichtungen \, und \, Unternehmen \, des \, Staatssektors.$ 

 $<sup>^3</sup>$  Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $<sup>^4\,\</sup>text{Nur}\,\text{Extrahaushalte}\,\text{der}\,\text{gesetzlichen}\,\text{Sozialversicherung}\,\text{unter}\,\text{Bundesaufsicht}.$ 

Tabelle 14: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

			Abgrenzung de	r Finanzstatistik				
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-3,2	-1,4
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,3	-1,2
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-31,7	-5,7
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-44,9	-55,8	10,9	-2,8	-3,5	0,7	-62,7	-4,0
1992	-41,9	-39,9	-2,0	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,5
1993	-51,6	-54,2	2,6	-3,0	-3,1	0,1	-70,5	-4,0
1994	-44,6	-46,1	1,5	-2,4	-2,5	0,1	-59,5	-3,2
1995	-177,2	-169,4	-7,8	-9,3	-8,9	-0,4	-	-
1995 <sup>4</sup>	-57,6	-49,8	0,0	-3,0	-2,6	0,0	-55,9	-2,9
1996	-65,2	-57,9	-7,4	-3,4	-3,0	-0,4	-62,3	-3,2
1997	-55,6	-55,8	0,2	-2,8	-2,8	0,0	-48,1	-2,4
1998	-48,9	-50,1	1,2	-2,4	-2,5	0,1	-28,8	-1,4
1999	-31,7	-35,6	3,9	-1,5	-1,7	0,2	-26,9	-1,3
2000 <sup>5</sup>	-30,1	-28,8	0,0	-1,4	-1,4	0,0	-	-
2000	20,7	22,0	-1,3	1,0	1,0	-0,1	-34,0	-1,6
2001	-66,5	-61,2	-5,3	-3,1	-2,8	-0,2	-46,6	-2,1
2002	-85,8	-78,5	-7,3	-3,9	-3,6	-0,3	-56,8	-2,6
2003	-90,3	-83,0	-7,3	-4,1	-3,7	-0,3	-67,9	-3,1
2004	-83,1	-82,0	-1,1	-3,7	-3,6	0,0	-65,5	-2,9
2005	-75,0	-69,8	-5,1	-3,3	-3,0	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,0	-41,3	4,3	-1,5	-1,7	0,2	-40,5	-1,7
2007	7,8	-2,5	10,2	0,3	-0,1	0,4	-0,6	0,0
2008	-0,5	-7,0	6,4	0,0	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-74,5	-60,1	-14,4	-3,0	-2,4	-0,6	-90,0	-3,7
2010	-104,8	-108,7	3,9	-4,1	-4,2	0,2	-78,7	-3,1
2011	-23,3	-38,7	15,4	-0,9	-1,4	0,6	-25,9	-1,0
2012	2,6	-15,7	18,3	0,1	-0,6	0,7	-27,0	-1,0
2013	4,2	-1,9	6,1	0,1	-0,1	0,2	-13,0	-0,5
2014	18,0	14,6	3,4	0,6	0,5	0,1	-5	0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010). 2011 bis 2013: vorläufiges Ergebnis; Stand: September 2014. 2014: vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Extrahaushalte, ohne Sozialversicherung, ab 1997 ohne Krankenhäuser. 2014: Schätzung. Bis 2011: Rechnungsergebnisse; 2012 und 2013: Kassenergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) beziehungsweise geleistete Vermögensübertragungen.

 $<sup>^{\</sup>rm 5}$  Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 15: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land									
	1995	2000²	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	-9,3	1,0	-3,3	-4,1	0,1	0,1	0,4	0,2	0,2
Belgien	-4,4	-0,1	-2,6	-4,0	-4,1	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4
Estland	-	-	-	0,2	-0,3	-0,5	-0,4	-0,6	-0,6
Finnland	-5,9	6,9	2,6	-2,6	-2,1	-2,4	-2,7	-2,5	-2,2
Frankreich	-5,1	-1,3	-3,2	-6,8	-4,9	-4,1	-4,3	-4,1	-4,1
Griechenland	-	-	-	-11,1	-8,6	-12,2	-2,5	1,1	1,6
Irland	-2,2	4,8	1,6	-32,4	-8,0	-5,7	-4,0	-2,9	-3,1
Italien	-7,3	-1,3	-4,2	-4,2	-3,0	-2,8	-3,0	-2,6	-2,0
Lettland	-1,4	-2,8	-0,4	-8,2	-0,8	-0,9	-1,5	-1,1	-1,0
Litauen	-	-	-0,5	-6,9	-3,2	-2,6	-1,2	-1,4	-0,9
Luxemburg	2,4	5,7	0,2	-0,6	0,1	0,6	0,5	-0,4	0,1
Malta	-3,5	-5,5	-2,7	-3,3	-3,6	-2,7	-2,3	-2,0	-1,8
Niederlande	-8,6	1,9	-0,3	-5,0	-4,0	-2,3	-2,8	-2,2	-1,8
Österreich	-6,2	-2,1	-2,5	-4,5	-2,3	-1,5	-2,9	-2,0	-1,4
Portugal	-5,2	-3,2	-6,2	-11,2	-5,5	-4,9	-4,6	-3,2	-2,8
Slowakei	-3,3	-12,1	-2,9	-7,5	-4,2	-2,6	-3,0	-2,8	-2,6
Slowenien	-8,2	-3,6	-1,5	-5,7	-3,7	-14,6	-5,4	-2,9	-2,8
Spanien	-7,0	-1,0	1,2	-9,4	-10,3	-6,8	-5,6	-4,5	-3,7
Zypern	-0,8	-2,2	-2,2	-4,8	-5,8	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4
Euroraum	-	-	-	-6,1	-3,6	-2,9	-2,6	-2,2	-1,9
Bulgarien	-7,2	-0,5	1,0	-3,2	-0,5	-1,2	-3,4	-3,0	-2,9
Dänemark	-3,6	1,9	5,0	-2,7	-3,7	-1,1	1,8	-2,8	-2,7
Kroatien	-	-	-3,7	-6,0	-5,6	-5,2	-5,0	-5,5	-5,6
Polen	-	-	-	-7,6	-3,7	-4,0	-3,6	-2,9	-2,7
Rumänien	-2,0	-4,7	-1,2	-6,6	-3,0	-2,2	-1,8	-1,5	-1,5
Schweden	-7,0	3,2	1,8	0,0	-0,9	-1,4	-2,2	-1,6	-1,0
Tschechien	-12,4	-3,5	-3,1	-4,4	-4,0	-1,3	-1,3	-2,0	-1,5
Ungarn	-8,7	-3,0	-7,9	-4,5	-2,3	-2,4	-2,6	-2,7	-2,5
Vereinigtes Königreich	-5,6	1,2	-3,5	-9,6	-8,3	-5,8	-5,4	-4,6	-3,6
EU	-	-	-	-6,4	-4,2	-3,2	-3,0	-2,6	-2,2
USA	-4,1	0,8	-4,2	-12,0	-8,9	-5,6	-4,9	-4,2	-3,8
Japan	-4,6	-7,5	-4,8	-8,3	-8,7	-8,5	-7,7	-7,2	-6,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95. Ab September 2014 ist für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in der EU das ESVG 2010 maßgeblich.

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: EU-Kommission (Statistischer Annex, Februar 2015) sowie Eurostat. Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

Stand: Februar 2015.

 $<sup>^{\</sup>rm 2}$  Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 16: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016			
Deutschland	54,6	58,7	66,8	80,3	79,0	76,9	74,2	71,9	68,9			
Belgien	131,1	109,1	94,8	99,6	104,0	104,5	106,4	106,8	106,6			
Estland	-	-	-	6,5	9,7	10,1	9,8	9,6	9,5			
Finnland	55,1	42,5	40,0	47,1	53,0	56,0	58,9	61,2	62,6			
Frankreich	55,5	58,4	67,0	81,5	89,2	92,2	95,3	97,1	98,2			
Griechenland	-	-	-	146,0	156,9	174,9	176,3	170,2	159,2			
Irland	78,7	36,3	26,2	87,4	121,7	123,3	110,8	110,3	107,9			
Italien	116,9	105,1	101,9	115,3	122,2	127,9	131,9	133,0	131,9			
Lettland	13,9	12,2	11,7	46,8	40,9	38,2	40,4	36,5	35,5			
Litauen	-	23,6	18,3	36,3	39,9	39,0	41,1	41,8	37,3			
Luxemburg	7,7	6,1	6,3	19,6	21,4	23,6	22,7	24,4	25,1			
Malta	34,4	60,9	70,1	67,6	67,5	69,5	68,6	68,0	66,8			
Niederlande	73,5	51,3	49,4	59,0	66,5	68,6	69,5	70,5	70,5			
Österreich	68,0	65,9	68,3	82,4	81,7	81,2	86,8	86,4	84,5			
Portugal	58,3	50,3	67,4	96,2	124,8	128,0	128,9	124,5	123,5			
Slowakei	21,7	49,6	33,8	41,1	52,1	54,6	53,6	54,9	55,2			
Slowenien	18,3	25,9	26,3	37,9	53,4	70,4	82,2	83,0	81,8			
Spanien	61,7	58,0	42,3	60,1	84,4	92,1	98,3	101,5	102,5			
Zypern	47,9	55,2	63,4	56,5	79,5	102,2	107,5	115,2	111,6			
Euroraum	-	-	-	83,8	90,8	93,1	94,3	94,4	93,2			
Bulgarien	-	70,1	27,1	15,9	18,0	18,3	27,0	27,8	30,3			
Dänemark	71,3	52,4	37,4	42,9	45,6	45,1	45,0	42,7	43,6			
Kroatien	-	-	38,6	52,8	64,4	75,7	81,4	84,9	88,7			
Polen	-	-	-	53,6	54,4	55,7	48,6	49,9	49,8			
Rumänien	6,6	22,4	15,7	29,9	37,3	38,0	38,7	39,1	39,3			
Schweden	69,9	51,3	48,2	36,7	36,4	38,6	41,4	41,3	40,6			
Tschechien	13,6	17,0	28,0	38,2	45,5	45,7	44,1	44,4	45,0			
Ungarn	84,5	55,2	60,8	80,9	78,5	77,3	77,7	77,2	76,1			
Vereinigtes Königreich	48,3	39,1	41,5	76,4	85,8	87,2	88,7	90,1	91,0			
EU	-	-	-	78,4	84,9	87,1	88,4	88,3	87,6			
USA	68,8	53,1	64,9	94,8	102,9	104,7	104,9	104,3	103,9			
Japan	95,1	143,8	186,4	216,0	236,7	243,2	246,3	249,5	250,9			

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Ameco.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

Stand: Februar 2015.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 17: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Lond					Ste	uern in % des	BIP				
Land	1965	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland <sup>2,3</sup>	23,1	23,9	21,8	22,1	22,1	22,4	22,2	21,3	21,9	22,5	22,7
Belgien	21,0	28,9	27,5	30,2	29,3	29,4	28,0	28,7	29,1	29,8	30,4
Dänemark	28,4	41,8	44,9	46,4	46,7	45,6	45,4	45,5	45,6	46,3	47,8
Finnland	28,0	27,1	31,9	34,3	30,0	29,7	28,8	28,7	30,0	30,1	31,3
Frankreich	22,1	22,6	22,9	27,5	26,7	26,4	25,1	25,5	26,6	27,5	28,2
Griechenland	11,7	13,8	17,5	23,1	20,3	20,4	19,4	20,1	21,8	22,9	22,9
Irland	22,9	25,8	27,8	27,2	26,3	24,1	22,5	22,5	22,2	23,1	23,9
Italien	16,2	17,8	24,4	29,0	29,2	28,6	28,7	28,5	28,5	29,8	29,6
Japan	13,9	17,5	21,0	17,3	18,1	17,4	15,9	16,2	16,8	17,2	-
Kanada	23,8	27,2	31,0	30,2	27,6	27,0	26,6	25,9	25,7	25,9	25,7
Luxemburg	17,8	24,2	24,8	27,7	26,9	26,6	27,3	27,0	26,5	27,2	28,0
Niederlande	21,4	25,0	25,3	22,4	23,7	23,1	22,6	23,0	22,1	21,4	-
Norwegen	26,1	33,5	30,2	33,7	34,0	33,3	32,1	33,1	33,2	32,7	31,1
Österreich	25,2	26,7	26,4	27,7	26,9	27,6	26,7	26,8	26,9	27,4	27,9
Polen	-	-	-	19,8	22,6	22,9	20,1	20,3	20,5	20,0	-
Portugal	12,3	15,4	19,3	22,7	23,1	22,8	20,8	21,3	22,9	22,4	24,5
Schweden	27,6	31,2	36,0	36,1	33,2	33,0	33,2	32,3	32,6	32,4	33,0
Schweiz	14,1	17,9	18,0	20,9	20,0	20,5	20,6	20,2	20,4	20,2	20,4
Slowakei	-	-	-	19,7	17,4	17,1	16,1	15,7	16,3	15,7	16,3
Slowenien	-	-	-	22,7	23,6	22,6	21,6	21,9	21,6	21,6	22,0
Spanien	10,3	11,3	20,4	21,8	24,7	20,4	18,1	19,7	19,5	20,6	21,3
Tschechien	-	-	-	18,1	19,3	18,7	18,1	18,0	18,7	19,0	19,3
Ungarn	-	-	-	27,3	26,7	26,7	26,8	25,8	24,0	25,8	26,0
Vereinigtes Königreich	24,8	27,9	28,1	28,8	27,8	27,5	26,0	26,6	27,3	26,7	26,7
Vereinigte Staaten	20,4	19,9	19,7	21,8	20,6	19,1	17,0	17,6	18,5	18,9	19,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 - 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 $<sup>^2</sup> Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 18: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Loud		Steuern und Sozialabgaben in % des BIP												
Land	1965	1975	1980	1990	2000	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013		
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,6	34,3	36,4	34,8	36,3	34,9	35,3	36,1	35,0	35,7	36,5	36,7		
Belgien	30,6	38,8	40,6	41,2	43,8	42,4	42,9	42,0	42,4	42,9	44,0	44,6		
Dänemark	29,5	37,8	42,3	45,8	48,1	47,7	46,6	46,4	46,5	46,6	47,2	48,6		
Finnland	30,0	36,1	35,3	42,9	45,8	41,5	41,2	40,9	40,8	42,0	42,8	44,0		
Frankreich	33,6	34,9	39,4	41,0	43,1	42,4	42,2	41,3	41,6	42,9	44,0	45,0		
Griechenland	17,0	18,6	20,6	25,0	33,1	30,9	31,2	29,6	31,1	32,5	33,7	33,5		
Irland	24,5	27,9	30,1	32,4	30,9	30,4	28,6	27,0	26,8	26,7	27,3	28,3		
Italien	24,7	24,5	28,7	36,4	40,6	41,7	41,5	41,9	41,5	41,4	42,7	42,6		
Japan	17,8	20,4	24,8	28,5	26,6	28,5	28,5	27,0	27,6	28,6	29,5	-		
Kanada	25,2	31,4	30,4	35,3	34,9	32,3	31,6	31,4	30,5	30,4	30,7	30,6		
Luxemburg	26,4	31,2	33,9	33,9	37,2	37,2	37,2	39,0	38,0	37,5	38,5	39,3		
Niederlande	30,9	38,4	40,4	40,4	36,8	36,3	36,6	35,4	36,1	35,9	36,3	-		
Norwegen	29,6	39,2	42,4	41,0	42,6	42,9	42,1	42,0	42,6	42,7	42,3	40,8		
Österreich	33,6	36,4	38,7	39,4	42,1	40,5	41,4	41,0	40,9	41,0	41,7	42,5		
Polen	-	-	-	-	32,7	34,5	34,2	31,3	31,3	31,8	32,1	-		
Portugal	15,7	18,9	21,9	26,5	30,6	31,3	31,3	29,5	30,0	32,0	31,2	33,4		
Schweden	31,4	38,9	43,7	49,5	49,0	44,9	43,9	44,0	43,1	42,3	42,3	42,8		
Schweiz	16,6	22,5	23,3	23,6	27,6	26,1	26,7	27,1	26,5	27,0	26,9	27,1		
Slowakei	-	-	-	-	33,6	28,8	28,7	28,4	27,7	28,3	28,1	29,6		
Slowenien	-	-	-	-	36,6	37,1	36,4	36,2	36,7	36,3	36,5	36,8		
Spanien	14,3	18,0	22,0	31,6	33,4	36,4	32,2	29,8	31,4	31,2	32,1	32,6		
Tschechien	-	-	-	-	32,5	34,3	33,5	32,4	32,5	33,4	33,8	34,1		
Ungarn	-	-	-	-	38,7	39,6	39,5	39,0	37,6	36,9	38,5	38,9		
Vereinigtes Königreich	29,3	33,6	33,5	33,9	34,7	34,1	34,0	32,3	32,8	33,6	33,0	32,9		
Vereinigte Staaten	23,5	24,6	25,5	26,3	28,4	26,9	25,4	23,3	23,7	24,0	24,4	25,4		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2013, Paris 2014.

Stand: Dezember 2014.

 $<sup>^2</sup> Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 19: Staatsquoten im internationalen Vergleich

		Gesamtausgaben des Staates in % des BIP												
Land	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	54,6	44,7	46,1	44,6	42,7	43,5	47,4	47,2	44,6	44,2	44,3	44,3	44,6	44,3
Belgien	52,0	48,7	50,9	47,7	47,6	49,4	53,2	52,3	53,2	54,8	54,4	53,8	53,4	53,3
Estland	-	-	-	-	-	-	-	40,4	38,0	39,7	38,9	38,9	39,5	39,4
Finnland	61,1	48,0	49,3	48,3	46,8	48,3	54,8	54,8	54,4	56,3	57,8	58,9	58,9	58,7
Frankreich	54,2	51,1	52,9	52,5	52,2	53,0	56,8	56,4	55,9	56,7	57,1	57,9	58,1	57,8
Griechenland	-	-	-	44,8	46,8	50,5	54,0	52,1	53,7	53,8	59,2	48,5	45,9	43,5
Irland	40,9	31,1	33,5	34,1	36,0	42,0	47,6	66,1	46,1	42,2	40,5	38,7	36,8	36,3
Italien	51,8	45,5	47,1	47,6	46,8	47,8	51,1	49,9	49,1	50,4	50,5	50,8	50,4	49,7
Lettland	35,7	37,7	34,2	36,0	33,9	37,0	43,4	44,2	38,9	36,6	35,7	35,4	34,9	34,0
Luxemburg	38,5	36,4	42,5	39,6	38,1	39,4	45,0	43,9	42,3	43,4	43,8	44,0	44,0	43,7
Malta	39,1	40,2	42,2	42,3	41,1	42,6	41,9	41,0	40,9	42,7	42,5	43,5	44,2	43,3
Niederlande	53,7	41,7	42,7	43,5	42,8	43,8	48,2	48,2	47,0	47,5	46,8	47,3	46,8	46,2
Österreich	54,9	50,3	51,0	50,2	49,1	49,8	54,1	52,8	50,9	51,0	50,9	52,8	51,9	51,3
Portugal	42,6	42,6	46,7	45,2	44,5	45,3	50,2	51,8	50,0	48,5	50,1	49,5	47,7	47,1
Slowakei	48,2	51,8	39,3	38,5	36,1	36,4	43,8	42,0	40,6	40,2	41,0	40,9	40,5	39,2
Slowenien	52,1	46,1	44,9	44,2	42,2	44,0	48,5	49,2	49,8	48,1	59,7	49,6	47,4	46,6
Spanien	44,3	39,1	38,3	38,3	38,9	41,1	45,8	45,6	45,4	47,3	44,3	43,9	43,1	42,1
Zypern	30,9	34,3	39,5	39,0	38,0	38,7	42,5	42,5	42,8	42,1	41,4	42,1	41,5	39,9
Bulgarien	41,3	40,3	37,1	34,2	38,2	37,7	40,6	37,4	34,7	35,2	38,3	40,9	41,2	41,1
Dänemark	58,5	52,7	51,2	49,8	49,6	50,5	56,8	57,1	56,9	58,8	56,7	57,0	56,1	54,8
Kroatien	-	-	45,0	44,9	44,7	44,3	47,2	46,8	48,2	46,9	47,0	48,1	48,5	48,7
Litauen	_	-	34,1	34,3	35,3	38,1	44,9	42,3	42,5	36,1	35,5	35,8	34,8	34,2
Polen	_	-	-	-	-	-	-	45,9	43,9	42,9	42,2	41,6	41,5	41,1
Rumänien	34,1	38,4	33,4	35,3	38,3	38,9	40,6	39,6	39,2	36,4	35,1	35,2	35,1	35,1
Schweden	63,5	53,6	52,7	51,3	49,7	50,3	53,1	52,0	51,4	52,6	53,2	52,9	52,5	52,1
Tschechien	51,8	40,4	41,8	40,8	40,0	40,2	43,6	43,0	42,5	43,8	42,0	41,7	42,4	41,7
Ungarn	55,4	47,3	49,8	51,9	50,2	48,9	50,8	49,7	49,9	48,7	49,7	50,2	49,2	46,4
Vereinigtes Königreich	41,9	37,9	42,5	42,7	42,6	46,2	49,3	48,3	46,5	46,7	45,3	43,9	42,8	41,8
Euroraum <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	50,4	49,0	49,4	49,4	49,3	49,0	48,5
EU-28	-	-	-	-	-	-	-	49,9	48,5	48,9	48,5	48,2	47,8	47,1
USA	37,1	33,7	36,4	36,1	36,9	39,0	42,9	42,6	41,5	40,1	38,7	38,6	38,5	38,1
Japan	35,7	38,8	36,4	36,0	35,8	36,9	41,9	40,7	41,9	42,0	42,6	42,5	42,0	41,6

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Einschließlich Litauen.

 $Quelle: EU-Kommission\ {\it ``Statistischer Anhang der Europ\"{a}ischen Wirtschaft"}.$ 

Stand: November 2014.

Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

		EU-Hausl	nalt 2014		EU-Haushalt 2015				
	Verpflichtu	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		ngen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Rubrik									
1. Nachhaltiges Wachstum	63 986,3	44,8	65 300,1	47,0	66 783,0	46,0	66 923,0	47,4	
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 190,9	41,5	56 443,8	40,6	58 808,6	40,5	55 998,6	39,7	
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 172,0	1,5	1 665,5	1,2	2 146,7	1,5	1 859,5	1,3	
4. Die EU als globaler Akteur	8 325,0	5,8	6 840,9	4,9	8 408,4	5,8	7 422,5	5,3	
5. Verwaltung	8 404,5	5,9	8 405,5	6,0	8 660,5	6,0	8 658,8	6,1	
6. Ausgleichszahlungen	28,6	0,0	28,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
besondere Instrumente	582,9	0,4	350,0	0,3	515,4	0,35	351,7	0,25	
Gesamtbetrag	142 690,3	100,0	139 034,2	100,0	145 321,5	100,0	141 214,0	100,0	

noch Tabelle 20: Entwicklung der EU-Haushalte 2014 bis 2015

	Differer	nz in %	Differenz in Mio. €			
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4		
	10	11	12	13		
Rubrik						
1. Nachhaltiges Wachstum	4,4	2,5	2 796,6	1 622,9		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-0,6	-0,8	-382,4	- 445,2		
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	-1,2	11,6	- 25,3	194,0		
4. Die EU als globaler Akteur	1,0	8,5	83,4	581,6		
5. Verwaltung	3,0	3,0	255,9	253,3		
6. Ausgleichszahlungen	-100,0	-100,0	- 28,6	- 28,6		
besondere Instrumente	-11,6	0,5	- 67,5	1,7		
Gesamtbetrag	1,8	1,6	2 631,2	2 179,8		

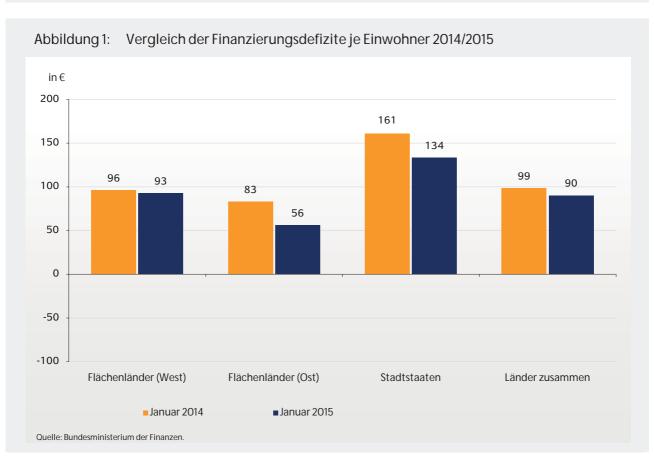
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

### Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Januar 2015

	Flächenländer (West)	Flächenländer (Ost)	Stadtstaaten	Länder insgesamt						
	Ist	Ist	Ist	Ist						
		inMio.€								
Bereinigte Einnahmen	230 819	54 378	40 723	318 710						
darunter:										
Steuereinnahmen	176 901	31 760	25 581	234 243						
übrige Einnahmen	53 917	22 618	15 142	84 468						
Bereinigte Ausgaben	232 447	52 869	39 901	318 00						
darunter:										
Personalausgaben	88 548	13 046	12 543	11413						
laufender Sachaufwand	15 470	3 823	8 613	27 90						
Zinsausgaben	10934	2 143	3 000	16 07						
Sachinvestitionen	4027	1 743	729	6 49						
Zahlungen an Verwaltungen	70 614	19 285	999	83 689						
übrige Ausgaben	42 854	12830	14018	69 70						
Finanzierungssaldo	-1 628	1 509	822	70						

Sollwerte für das Jahr 2015 liegen noch nicht für alle Länder vor.



Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2015

						in Mio. €				
16-1			Januar 2014		D	ezember 201	4		Januar 2015	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	18 235	21 340	37 998	295 147	318 710	591 864	19 565	22 312	40 349
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	18 134	20 062	38 196	291 734	305 593	597 327	19 406	21 095	40 50
111	Steuereinnahmen	16734	17 012	33 745	270 774	234 243	505 016	17 965	18 286	36 25
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	201	2 165	2 366	2 797	59 025	61 822	178	1 937	2 115
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	15	15	-	3 427	3 427	-	-	
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	101	1 278	1 379	3 413	13 118	16530	159	1 217	1 376
121	Veräußerungserlöse	29	258	287	1 299	1 601	2 900	69	32	10
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	8	216	224	1 029	1378	2 407	-	1	7
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	3	829	832	378	6 603	6981	2	922	924
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	38 484	29 303	66 210	295 486	318 008	591 501	38 092	29 614	66 179
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	36 573	27 755	64328	265 607	284670	550 276	35 723	27 861	63 585
211	Personalausgaben	3 095	12 385	15 480	29 209	114136	143 345	3 184	12 461	15 644
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	985	3 894	4879	8 511	34 498	43 009	1018	3 9 1 4	4933
212	laufender Sachaufwand	1 242	2 161	3 403	21 857	27 905	49 762	1 195	2 176	3 37
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	734	1 483	2 2 1 7	12 432	18 942	31 374	708	1 501	2 209
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	9 406	2 638	12 044	25916	16 077	41 993	8 403	2 322	10 725
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 032	5 140	6 172	21 107	73 010	94118	956	5 155	6111
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	25	25	-	46	46	-	180	180
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1	4 641	4 642	5	68 029	68 034	1	4 489	4 49
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 911	1 548	3 459	29 879	33 338	63 217	2 369	1 753	4122
221	Sachinvestitionen	208	190	398	7 865	6 499	14363	268	195	462
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	646	395	1 042	4854	10 679	15 533	670	365	1 03
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 806	1 543	3 350	29 275	31 659	60 934	2 242	1 738	3 98

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Januar 2015

						in Mio. €				
			lanuar 2014		Dezember 2014			Januar 2015		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-20 235 <sup>2</sup>	-7 963	-28 198	- 297 <sup>2</sup>	702	405	-18 528 <sup>2</sup>	-7 303	-25 830
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	827	7 207	8 034	202 548	80 596	283 144	7 849	7011	14860
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	19361	17968	37 330	202 548	83 991	286 539	18 100	20 570	38 670
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-18 534	-10762	-29 296	0	-3 395	-3 395	-10 252	-13 559	-23 81
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	8 710	5 709	14419	-9 852	7 704	-2 148	-4118	10817	6 699
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	12 857	12857	-	14620	14620	-	12 879	1287
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-8 709	-4818	-13 528	9 854	-9 399	455	4119	-7 102	-2 983

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2015

						in Mio. €	All .		B1 1:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende	2 897	3 695	705	2 035	546	1 623	4 227	1 076	248
11	Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden	2 771	3 563	604	1 989	490	1519	4 103	996	244
111	Rechung Steuereinnahmen	2 453	3 095	505	1 791	341	1 301	3 769	775	221
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	165	180	54	118	82	124	160	150	14
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	39	18	-	23	8
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	126	132	101	46	57	104	124	81	4
121	Veräußerungserlöse	-	-	0	1	-	0	6	14	0
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	102	122	30	45	19	86	110	20	4
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	3 860	4 380 a	956	1 990	816	2 567	6 490	1 557	375
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	3 749	4182 a	876	1 954	746	2 487	5 800	1 426	362
211	Personalausgaben	2 242	2 683	332	727	151	906 <sup>2</sup>	1 879 <sup>2</sup>	828	177
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	779	839	37	255	12	320	698	288	54
212	Laufender Sachaufwand	134	302	41	206	47	104	335	82	15
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	123	242	33	182	40	100	261	70	14
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	385	213 a	50	237	38	218	440	106	89
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	316	605	303	465	246	799	1 463	189	55
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	207	412	-	146	-	-	-	-	-
2142	Zuweisungen an Gemeinden	104	180	246	302	219	714	1 442	181	54
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	111	198	80	35	70	80	690	132	13
221	Sachinvestitionen	29	79	2	13	8	5	6	2	2
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	14	26	15	3	45	18	187	14	2
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	111	193	80	35	70	80	689	132	12

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

## noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2015

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 963	- 686 b	- 250	46	- 270	- 944	-2 263	- 481	- 127
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	1 938	1 020	700	-	-	989		857	-39
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	7 3 5 7	2 137 °	785	1 135	350	2 050	2 059	1 038	250
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-5 419	-1 117 <sup>d</sup>	- 85	-1 135	- 350	-1 061	-2 059	- 180	- 289
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	3 428	145	1 332		442	123
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 189		16	1 628	575	1 806	1 217	3	283
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-213	0	- 445	538	352	- 957	549	- 443	- 133

 $<sup>^1</sup> In\, der\, L\"{a}n der summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}n dern \, im \, L\"{a}n der finanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne Februar-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 110,1 Mio. €, b -110,1 Mio. €, c 1 050,0 Mio. €, d -1 050,0 Mio. €,

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2015

					in M	io. €			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	1 279	606	656	754	1 694	270	586	22 312
1	Einnahmen der laufenden Rechung	1001	576	633	714	1 645	258	574	21 095
11	Steuereinnahmen	765	441	542	592	1 134	120	442	18 286
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	171	110	52	91	341	87	39	1 937
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	¥	-	-	-	-
122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	87	49	-	47	248	66	-	-
2	Einnahmen der Kapitalrechnung	278	30	22	39	49	13	12	1217
21	Veräußerungserlöse	-	0	1	0	7	-	3	32
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	-	-	-	-	1
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	267	30	15	34	22	11	5	922
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	1 140	738	1 058	942	2 192	462	676	29 614
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	1 077	709	1 044	907	2 042	438	649	27 861
211	Personalausgaben	424	198	532	202	943	140	97	12 461
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	37	19	197	18	281	47	33	3 9 1 4
212	laufender Sachaufwand	54	104	53	41	446	84	127	2 176
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	52	18	43	34	169	32	90	1 501
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	42	81	104	83	129	43	63	2 3 2 2
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	386	158	294	429	27	7	0	5 155
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	180
2142	Zuweisungen an Gemeinden	315	92	246	393	0	3	-	4 489
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	63	29	15	35	150	24	27	1 753
221	Sachinvestitionen	18	8	1	4	11	2	7	195
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	27	6	5	0	2	1	0	365
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	64	29	14	35	144	24	27	1 738

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Januar 2015

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	139	- 132	- 402	- 188	- 498	- 192	- 91	-7 303
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	323	649	-	270	54	250	7011
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	60	250	1 185	443	775	236	460	20 570
43	aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 60	73	- 536	- 443	- 505	- 182	-210	-13 559
	Zum Ende des Monats bestehende								
	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	356	2 894	-	-	419	1 534	145	10817
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	4 492	4	-	151	442	3	1 071	12879
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-2 978	- 942	- 398	-412	-1 320	-301	-7 102

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne Februar-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY – davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 110,1 Mio. €, b -110,1 Mio. €, c 1 050,0 Mio. €, d -1 050,0 Mio. €,

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

# Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 28. Januar 2015

### Erläuterungen zu den Tabellen 1 bis 8

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der Europäischen Union (EU) für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar.<sup>1</sup> Die Budgetsemielastizität basiert auf den von der OECD geschätzten Teilelastizitäten der einzelnen Abgaben und Ausgaben in Bezug zur Produktionslücke<sup>2</sup> sowie methodischen Erweiterungen und Aktualisierung des für Einnahmen- und Ausgabenstruktur und deren Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt herangezogenen Stützungszeitraums durch die Europäische Kommission.3
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen

- der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1), die an aktuelle Entwicklungen angepasst wird (z. B. Zuwanderung). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden im Rahmen von Trendfortschreibungen um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem Hodrick-Prescott-Filter Rechnung zu tragen.
- 3. Die Bundesregierung verwendet seit ihrer Frühjahresprojektion 2014 eine modifizierte Fortschreibungsregel für die strukturelle Arbeitslosigkeit (NAWRU). Im Jahr 2016 wird die NAWRU mit der halben Vorjahresdifferenz fortgeschrieben. Darüber hinaus wird die NAWRU auf dem Niveau von 2016 beibehalten. Die Europäische Kommission wird diese neue Regel ebenfalls erstmalig in der Frühjahrsprognose 2014 verwenden.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Die Berechnungen basieren auf dem Stand der Jahresprojektion 2015 der Bundesregierung.
- Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Siehe unter: https://circabc.europa.eu/.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Siehe Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries", OECD Economics Department Working Papers 434.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Siehe Mourre, Isbasoiu, Paternoster und Salto (2013): "The Cyclically-Adjusted Budget Balance used in the EU Fiscal Framework: An Update", Europäische Kommission, European Economy, Economic Papers 478.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des BIP bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern können auch dazu genutzt werden, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mithilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell auten Zeiten einschränkt. Die Budgetsemielastizität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden.

Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsemieslastizität	Konjunkturkomponente <sup>1</sup>
		in Mrd. € (nominal)		budgetsermesiastizitat	in Mrd. € (nominal)
2015	3 032,9	3 013,1	-19,7	0,205	-4,0
2016	3 125,2	3 113,0	-12,2	0,205	-2,5
2017	3 224,8	3 213,5	-11,3	0,205	-2,3
2018	3 323,9	3 3 1 7, 2	-6,7	0,205	-1,4
2019	3 424,2	3 424,2	0,0	0,205	0,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 2: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	nspotenzial		Produktionslücken				
	preisb	ereinigt	non	ninal	preisber	einigt	nom	inal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP	
1980	1 505,2		860,0		34,7	2,3	19,8	2,3	
1981	1 539,2	+2,3	916,1	+6,5	8,9	0,6	5,3	0,6	
1982	1 571,0	+2,1	977,9	+6,7	-29,0	-1,8	-18,0	-1,8	
1983	1 603,1	+2,0	1 025,9	+4,9	-36,9	-2,3	-23,6	-2,3	
1984	1 636,3	+2,1	1 068,0	+4,1	-25,8	-1,6	-16,8	-1,6	
1985	1 670,3	+2,1	1 113,3	+4,2	-22,3	-1,3	-14,9	-1,3	
1986	1 707,8	+2,2	1 172,5	+5,3	-22,1	-1,3	-15,2	-1,3	
1987	1 747,2	+2,3	1 214,9	+3,6	-37,9	-2,2	-26,4	-2,2	
1988	1 790,0	+2,5	1 265,7	+4,2	-17,4	-1,0	-12,3	-1,0	
1989	1 839,2	+2,7	1 337,9	+5,7	2,5	0,1	1,8	0,1	
1990	1 893,3	+2,9	1 424,1	+6,4	45,2	2,4	34,0	2,4	
1991	1 950,8	+3,0	1 512,6	+6,2	86,7	4,4	67,2	4,4	
1992	2 009,6	+3,0	1 640,5	+8,5	67,1	3,3	54,8	3,3	
1993	2 062,3	+2,6	1 753,2	+6,9	-5,4	-0,3	-4,6	-0,3	
1994	2 105,8	+2,1	1 828,9	+4,3	1,6	0,1	1,4	0,1	
1995	2 144,0	+1,8	1 898,8	+3,8	-0,9	0,0	-0,8	0,0	
1996	2 179,3	+1,6	1 942,0	+2,3	-19,4	-0,9	-17,3	-0,9	
1997	2 212,8	+1,5	1 976,7	+1,8	-13,4	-0,6	-12,0	-0,6	
1998	2 246,0	+1,5	2 018,3	+2,1	-3,4	-0,2	-3,1	-0,2	
1999	2 281,8	+1,6	2 057,0	+1,9	5,4	0,2	4,9	0,2	
2000	2 319,1	+1,6	2 080,9	+1,2	36,4	1,6	32,6	1,6	
2001	2 356,1	+1,6	2 141,1	+2,9	39,3	1,7	35,7	1,7	
2002	2 391,0	+1,5	2 202,1	+2,8	4,6	0,2	4,2	0,2	
2003	2 423,0	+1,3	2 258,6	+2,6	-44,6	-1,8	-41,6	-1,8	
2004	2 454,6	+1,3	2 312,9	+2,4	-48,1	-2,0	-45,4	-2,0	
2005	2 486,0	+1,3	2 357,1	+1,9	-62,6	-2,5	-59,3	-2,5	
2006	2 518,3	+1,3	2 394,9	+1,6	-4,9	-0,2	-4,7	-0,2	
2007	2 549,2	+1,2	2 465,3	+2,9	46,3	1,8	44,8	1,8	
2008	2 576,4	+1,1	2 512,7	+1,9	46,5	1,8	45,3	1,8	
2009	2 594,7	+0,7	2 575,5	+2,5	-119,7	-4,6	-118,8	-4,6	
2010	2 614,9	+0,8	2 614,9	+1,5	-38,7	-1,5	-38,7	-1,5	
2011	2 641,2	+1,0	2 671,2	+2,2	27,5	1,0	27,9	1,0	
2012	2 672,4	+1,2	2 743,4	+2,7	6,3	0,2	6,5	0,2	
2013	2 706,7	+1,3	2 835,8	+3,4	-25,1	-0,9	-26,3	-0,9	
2014	2 743,8	+1,4	2 926,4	+3,2	-21,8	-0,8	-23,2	-0,8	
2015	2 781,5	+1,4	3 032,9	+3,6	-18,1	-0,7	-19,7	-0,7	
2016	2 819,6	+1,4	3 125,2	+3,0	-11,0	-0,4	-12,2	-0,4	
2017	2 855,9	+1,3	3 224,8	+3,2	-10,0	-0,4	-11,3	-0,4	
2018	2 889,4	+1,2	3 323,9	+3,1	-5,8	-0,2	-6,7	-0,2	
2019	2 921,8	+1,1	3 424,2	+3,0	0,0	0,0	0,0	0,0	

 $Ge samt wirts chaft liches Produktions potenzial\ und\ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 3: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,1	1,1
1982	+2,1	1,0	0,1	1,0
1983	+2,0	1,1	0,0	0,9
1984	+2,1	1,2	-0,1	0,9
1985	+2,1	1,3	-0,1	0,8
1986	+2,2	1,4	0,0	0,8
1987	+2,3	1,5	0,0	0,8
1988	+2,5	1,7	-0,1	0,8
1989	+2,7	1,8	0,1	0,9
1990	+2,9	1,9	0,1	0,9
1991	+3,0	1,8	0,1	1,0
1992	+3,0	1,7	0,2	1,1
1993	+2,6	1,5	0,1	1,0
1994	+2,1	1,3	-0,2	1,0
1995	+1,8	1,2	-0,3	0,9
1996	+1,6	1,1	-0,3	0,9
1997	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1998	+1,5	1,0	-0,3	0,8
1999	+1,6	1,0	-0,3	0,8
2000	+1,6	1,1	-0,3	0,8
2001	+1,6	1,0	-0,2	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,6
2003	+1,3	0,8	0,0	0,5
2004	+1,3	0,8	0,0	0,5
2005	+1,3	0,7	0,1	0,5
2006	+1,3	0,7	0,2	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,1	0,5	0,0	0,5
2009	+0,7	0,4	-0,1	0,4
2010	+0,8	0,5	0,0	0,4
2011	+1,0	0,5	0,2	0,4
2012	+1,2	0,4	0,3	0,4
2013	+1,3	0,5	0,4	0,4
2014	+1,4	0,5	0,5	0,3
2015	+1,4	0,6	0,4	0,4
2016	+1,4	0,6	0,4	0,4
2017	+1,3	0,7	0,2	0,4
2018	+1,2	0,7	0,0	0,4
2019	+1,1	0,7	0,0	0,4

 $<sup>^{1}</sup> Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$ 

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	nigt <sup>1</sup>	nomin	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	750,2		171,7	
1961	784,9	+4,6	191,9	+11,8
1962	821,6	+4,7	213,1	+11,1
1963	844,7	+2,8	225,8	+5,9
1964	900,9	+6,7	250,4	+10,9
1965	949,2	+5,4	274,7	+9,7
1966	975,6	+2,8	285,0	+3,7
1967	972,6	-0,3	279,9	-1,8
1968	1 025,7	+5,5	307,3	+9,8
1969	1 102,2	+7,5	350,5	+14,1
1970	1 157,7	+5,0	402,4	+14,8
1971	1 194,0	+3,1	446,6	+11,0
1972	1 245,3	+4,3	486,9	+9,0
1973	1 304,8	+4,8	542,3	+11,4
1974	1316,4	+0,9	587,0	+8,2
1975	1 305,0	-0,9	614,8	+4,8
1976	1 369,6	+4,9	666,6	+8,4
1977	1 415,5	+3,3	710,3	+6,6
1978	1 458,1	+3,0	757,6	+6,7
1979	1 518,6	+4,2	822,8	+8,6
1980	1 540,0	+1,4	879,9	+6,9
1981	1 548,1	+0,5	921,4	+4,7
1982	1 542,0	-0,4	959,9	+4,2
1983	1 566,3	+1,6	1 002,3	+4,4
1984	1 610,5	+2,8	1 051,1	+4,9
1985	1 648,0	+2,3	1 098,4	+4,5
1986	1 685,7	+2,3	1 157,3	+5,4
1987	1 709,3	+1,4	1 188,5	+2,7
1988	1 772,7	+3,7	1 253,4	+5,5
1989	1 841,7	+3,9	1 339,7	+6,9
1990	1 938,5	+5,3	1 458,0	+8,8
1991	2 037,5	+5,1	1 579,8	+8,4
1992	2 076,7	+1,9	1 695,3	+7,3
1993	2 056,9	-1,0	1 748,6	+3,1
1994	2 107,3	+2,5	1 830,3	+4,7
1995	2 143,2	+1,7	1 898,1	+3,7
1996	2 159,9	+0,8	1 924,7	+1,4
1997	2 199,3	+1,8	1 964,7	+2,1
1998	2 242,6	+2,0	2 015,3	+2,6
1999	2 287,2	+2,0	2 061,8	+2,3

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

noch Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt <sup>1</sup>	nomina	al
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
2000	2 355,4	+3,0	2 113,5	+2,5
2001	2 395,4	+1,7	2 176,8	+3,0
2002	2 395,6	+0,0	2 206,3	+1,4
2003	2 378,4	-0,7	2 217,1	+0,5
2004	2 406,4	+1,2	2 267,6	+2,3
2005	2 423,5	+0,7	2 297,8	+1,3
2006	2 513,4	+3,7	2 390,2	+4,0
2007	2 595,5	+3,3	2 510,1	+5,0
2008	2 622,8	+1,1	2 558,0	+1,9
2009	2 475,0	-5,6	2 456,7	-4,0
2010	2 576,2	+4,1	2 576,2	+4,9
2011	2 668,7	+3,6	2 699,1	+4,8
2012	2 678,8	+0,4	2 749,9	+1,9
2013	2 681,6	+0,1	2 809,5	+2,2
2014	2 722,0	+1,5	2 903,2	+3,3
2015	2 763,4	+1,5	3 013,1	+3,8
2016	2 808,6	+1,6	3 113,0	+3,3
2017	2 845,8	+1,3	3 213,5	+3,2
2018	2 883,6	+1,3	3 317,2	+3,2
2019	2 921,8	+1,3	3 424,2	+3,2

 $<sup>^{1}</sup>$  Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2010 = 100).

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1960	53 556			61,2	32 340	
1961	53 590	+0,1		61,8	32 791	+1,4
1962	53 724	+0,2		61,7	32 905	+0,3
1963	53 951	+0,4		61,7	32 983	+0,2
1964	54 131	+0,3		61,5	33 011	+0,1
1965	54 406	+0,5	61,1	61,5	33 199	+0,6
1966	54 694	+0,5	60,7	61,0	33 097	-0,3
1967	54 745	+0,1	60,3	59,9	32 019	-3,3
1968	54 849	+0,2	60,0	59,4	32 046	+0,1
1969	55 267	+0,8	59,8	59,4	32 545	+1,6
1970	55 471	+0,4	59,8	59,8	32 993	+1,4
1971	55 611	+0,3	59,8	60,0	33 143	+0,5
1972	56 000	+0,7	59,8	60,0	33 325	+0,6
1973	56 386	+0,7	59,8	60,4	33 727	+1,2
1974	56 638	+0,4	59,6	60,0	33 408	-0,9
1975	56 675	+0,1	59,4	59,3	32 570	-2,5
1976	56 731	+0,1	59,3	59,1	32 434	-0,4
1977	56913	+0,3	59,2	58,9	32 508	+0,2
1978	57 199	+0,5	59,4	59,1	32 829	+1,0
1979	57 581	+0,7	59,7	59,5	33 463	+1,9
1980	58 030	+0,8	60,1	60,1	34024	+1,7
1981	58 421	+0,7	60,7	60,6	34 065	+0,1
1982	58 644	+0,4	61,5	61,4	33 802	-0,8
1983	58 751	+0,2	62,2	62,4	33 494	-0,9
1984	58 776	+0,0	63,0	63,1	33 783	+0,9
1985	58 799	+0,0	63,8	64,0	34257	+1,4
1986	58 911	+0,2	64,5	64,5	34915	+1,9
1987	59 008	+0,2	65,2	65,1	35 402	+1,4
1988	59 112	+0,2	65,9	65,8	35 906	+1,4
1989	59 374	+0,4	66,4	66,2	36 580	+1,9
1990	59 754	+0,6	66,8	67,2	37 733	+3,2
1991	60 217	+0,8	67,0	68,0	38 790	+2,8
1992	60 845	+1,0	67,0	67,1	38 283	-1,3
1993	61 445	+1,0	66,9	66,5	37 786	-1,3
1994	61 780	+0,5	66,9	66,5	37 798	+0,0
1995	61 966	+0,3	66,9	66,4	37 958	+0,4
1996	62 092	+0,2	67,0		37 969	+0,0
1996	62 134	+0,2	67,0	66,7	37 969	
						-0,1
1998	62 133	-0,0	67,7	67,7	38 407	+1,2
1999	62 181	+0,1	68,1	68,2	39 031	+1,6

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

### noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Jahr	Erwerbsbevölkerung <sup>1</sup>		Partizipationsraten			
			Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
2000	62 264	+0,1	68,4	69,1	39917	+2,3
2001	62 390	+0,2	68,6	68,7	39 809	-0,3
2002	62 562	+0,3	68,9	68,7	39 630	-0,4
2003	62 682	+0,2	69,1	68,6	39 200	-1,1
2004	62 737	+0,1	69,3	69,3	39 337	+0,3
2005	62 771	+0,1	69,5	69,8	39 326	-0,0
2006	62 767	-0,0	69,7	69,7	39 635	+0,8
2007	62 722	-0,1	69,9	69,8	40 325	+1,7
2008	62 622	-0,2	70,1	70,1	40 856	+1,3
2009	62 396	-0,4	70,4	70,5	40 892	+0,1
2010	62 132	-0,4	70,7	70,6	41 020	+0,3
2011	61 972	-0,3	71,1	70,9	41 570	+1,3
2012	61 930	-0,1	71,5	71,5	42 033	+1,1
2013	61 918	-0,0	71,9	71,8	42 281	+0,6
2014	61 906	-0,0	72,2	72,3	42 652	+0,9
2015	61 800	-0,2	72,6	72,7	42 822	+0,4
2016	61 632	-0,3	72,9	73,2	42 937	+0,3
2017	61 486	-0,2	73,2	73,2	43 001	+0,1
2018	61 337	-0,2	73,4	73,3	43 066	+0,1
2019	61 114	-0,4	73,6	73,4	43 130	+0,1
2020	60 989	-0,2	73,8	73,8		
2021	60 904	-0,1	74,1	74,1		
2022	60 736	-0,3	74,3	74,4		

 $<sup>^{1} 12.\</sup> koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1,\ angepasst\ an\ aktuelle\ Entwicklungen.$ 

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbs	tätigem, Arbeitsst	tunden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw	. 0			in % der Erwerbs-	NAWRU <sup>2</sup>	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	personen		
960			2 167		25 152		1,4		
1961		•	2 141	-1,2	25 768	+2,5	0,9		
1962			2 104	-1,7	26 138	+1,4	0,8		
1963		•	2 073	-1,4	26 436	+1,1	1,0		
1964			2 085	+0,6	26 733	+1,1	0,9		
1965	2 067		2 071	-0,7	27 096	+1,4	0,7		
1966	2 043	-1,2	2 045	-1,3	27 111	+0,1	0,8		
1967	2 019	-1,2	2 007	-1,8	26 198	-3,4	2,4	0,9	
1968	1 996	-1,1	1 995	-0,6	26364	+0,6	1,7	0,9	
1969	1 973	-1,2	1 975	-1,0	27 095	+2,8	0,9	1,0	
1970	1 949	-1,2	1 960	-0,8	27 877	+2,9	0,5	1,0	
1971	1 924	-1,3	1 928	-1,6	28 339	+1,7	0,7	1,2	
1972	1 898	-1,4	1 905	-1,2	28 680	+1,2	0,9	1,3	
1973	1 872	-1,4	1 876	-1,5	29 199	+1,8	1,0	1,5	
1974	1 847	-1,3	1 837	-2,1	29 048	-0,5	1,7	1,7	
1975	1 825	-1,2	1 800	-2,0	28 383	-2,3	3,1	2,0	
1976	1 807	-1,0	1 813	+0,7	28 461	+0,3	3,2	2,4	
1977	1 790	-0,9	1 795	-1,0	28 696	+0,8	3,1	2,8	
1978	1 775	-0,9	1 776	-1,1	29 090	+1,4	2,9	3,2	
1979	1 759	-0,9	1 764	-0,7	29 822	+2,5	2,4	3,7	
1980	1744	-0,9	1 745	-1,1	30 405	+2,0	2,4	4,2	
1981	1 729	-0,9	1724	-1,2	30 484	+0,3	3,8	4,8	
1982	1713	-0,9	1712	-0,6	30 260	-0,7	6,2	5,3	
1983	1 698	-0,9	1 699	-0,8	29 992	-0,9	8,6	5,8	
1984	1 681	-1,0	1 688	-0,7	30 281	+1,0	8,9	6,3	
1985	1 664	-1,0	1 665	-1,4	30 758	+1,6	9,0	6,6	
1986	1 646	-1,1	1 646	-1,1	31 393	+2,1	8,1	6,8	
1987	1 629	-1,1	1 624	-1,3	31914	+1,7	7,8	7,0	
1988	1612	-1,0	1 619	-0,3	32 429	+1,6	7,7	7,2	
1989	1 595	-1,0	1 595	-1,4	33 078	+2,0	6,9	7,2	
1990	1 580	-1,0	1 572	-1,4	34212	+3,4	6,0	7,3	
1991	1 567	-0,8	1 554	-1,2	35 227	+3,0	5,3	7,3	
1992	1 555	-0,7	1 565	+0,7	34675	-1,6	6,3	7,3	
1993	1 545	-0,7	1 542	-1,5	34120	-1,6	7,5	7,4	
1994	1534	-0,7	1 537	-0,3	34052	-0,2	8,0	7,5	
1995	1 523	-0,7	1 528	-0,6	34 161	+0,3	7,8	7,5	
1996	1512	-0,8	1511	-1,1	34 115	-0,1	8,4	7,7	
1997	1 499	-0,8	1 500	-0,7	34036	-0,2	9,0	7,8	
1998	1 486	-0,9	1 494	-0,4	34 447	+1,2	8,7	7,9	
1999	1 472	-0,9	1 479	-1,0	35 046	+1,7	7,9	8,0	

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

# noch Tabelle 5: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerbst	ätigem, Arbeitss	tunden	Arbeitnehr	mer, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzv	Tatsächlich bzw. prognostiziert				NAWRU <sup>2</sup>	
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	Erwerbs- personen	INAVVRO	
2000	1 459	-0,9	1 452	-1,8	35 922	+2,5	7,2	8,1	
2001	1 447	-0,8	1 442	-0,7	35 797	-0,3	7,1	8,2	
2002	1 437	-0,7	1 431	-0,8	35 570	-0,6	7,9	8,2	
2003	1 429	-0,5	1 425	-0,4	35 078	-1,4	8,9	8,2	
2004	1 423	-0,4	1 422	-0,2	35 079	+0,0	9,5	8,2	
2005	1 419	-0,3	1 411	-0,8	34916	-0,5	10,3	8,1	
2006	1 415	-0,3	1 425	+1,0	35 152	+0,7	9,4	7,9	
2007	1 411	-0,3	1 424	-0,0	35 798	+1,8	7,9	7,6	
2008	1 404	-0,5	1 418	-0,4	36353	+1,6	6,9	7,3	
2009	1 396	-0,6	1 373	-3,2	36 407	+0,1	7,0	6,9	
2010	1 389	-0,5	1 390	+1,3	36 533	+0,3	6,4	6,5	
2011	1 383	-0,4	1 393	+0,2	37 024	+1,3	5,5	6,1	
2012	1377	-0,4	1 374	-1,4	37 489	+1,3	5,0	5,7	
2013	1 373	-0,3	1 362	-0,9	37 824	+0,9	4,9	5,3	
2014	1 371	-0,2	1 370	+0,5	38 247	+1,1	4,7	4,9	
2015	1 370	-0,1	1 372	+0,2	38 436	+0,5	4,7	4,5	
2016	1 370	+0,0	1 373	+0,1	38 536	+0,3	4,8	4,1	
2017	1 371	+0,0	1 373	-0,1	38 583	+0,1	4,5	3,9	
2018	1 371	+0,0	1 372	-0,1	38 630	+0,1	4,2	3,9	
2019	1371	-0,0	1 371	-0,1	38 677	+0,1	3,9	3,9	
2020	1370	-0,0	1 370	-0,0					
2021	1 370	-0,0	1 370	-0,0					
2022	1 370	-0,0	1 369	-0,0					

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1, angepasst an aktuelle Entwicklungen.

 $<sup>^2\,\</sup>mbox{NAWRU}$  – Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment.

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 6: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	reinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	7 465,3	+3,5	348,8	+2,3	1,4
1981	7 705,8	+3,2	332,6	-4,7	1,2
1982	7 923,0	+2,8	317,4	-4,6	1,3
1983	8 130,7	+2,6	326,9	+3,0	1,5
1984	8 335,7	+2,5	327,4	+0,2	1,5
1985	8 534,2	+2,4	329,6	+0,7	1,6
1986	8 733,5	+2,3	340,1	+3,2	1,7
1987	8 936,9	+2,3	347,2	+2,1	1,6
1988	9 147,4	+2,4	364,7	+5,0	1,7
1989	9373,5	+2,5	391,1	+7,2	1,8
1990	9 621,9	+2,7	422,4	+8,0	1,9
1991	9 908,9	+3,0	444,8	+5,3	1,6
1992	10 225,8	+3,2	461,8	+3,8	1,5
1993	10531,1	+3,0	442,4	-4,2	1,3
1994	10824,7	+2,8	458,3	+3,6	1,6
1995	11 117,6	+2,7	457,7	-0,1	1,5
1996	11 398,7	+2,5	455,1	-0,6	1,6
1997	11 670,4	+2,4	458,6	+0,8	1,6
1998	11 942,8	+2,3	476,8	+4,0	1,8
1999	12 225,4	+2,4	499,4	+4,7	1,8
2000	12 515,4	+2,4	511,6	+2,4	1,8
2001	12 792,9	+2,2	499,2	-2,4	1,8
2002	13 031,0	+1,9	470,6	-5,7	1,8
2003	13 235,5	+1,6	464,0	-1,4	2,0
2004	13 425,3	+1,4	463,9	-0,0	2,1
2005	13 603,5	+1,3	465,2	+0,3	2,1
2006	13 789,8	+1,4	497,9	+7,0	2,3
2007	13 995,0	+1,5	519,8	+4,4	2,3
2008	14 204,6	+1,5	526,2	+1,2	2,3
2009	14 379,9	+1,2	474,0	-9,9	2,1
2010	14 528,8	+1,0	498,0	+5,1	2,4
2011	14 691,0	+1,1	534,4	+7,3	2,6
2012	14861,9	+1,2	530,6	-0,7	2,4
2013	15 024,0	+1,1	527,5	-0,6	2,5
2014	15 174,0	+1,0	543,8	+3,1	2,6
2015	15 328,4	+1,0	555,1	+2,1	2,6
2016	15 492,8	+1,1	571,5	+3,0	2,7
2017	15 666,8	+1,1	583,4	+2,1	2,6
2018	15 850,7	+1,2	595,6	+2,1	2,6
2019	16 041,9	+1,2	608,0	+2,1	2,6

 $Ge samt wirts chaft liches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 7: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4164	-7,4271
1981	-7,4149	-7,4173
1982	-7,4193	-7,4071
1983	-7,4019	-7,3958
1984	-7,3840	-7,3835
1985	-7,3693	-7,3703
1986	-7,3597	-7,3562
1987	-7,3541	-7,3410
1988	-7,3329	-7,3245
1989	-7,3059	-7,3067
1990	-7,2745	-7,2883
1991	-7,2451	-7,2702
1992	-7,2332	-7,2534
1993	-7,2350	-7,2385
1994	-7,2187	-7,2254
1995	-7,2100	-7,2139
1996	-7,2037	-7,2034
1997	-7,1888	-7,1932
1998	-7,1826	-7,1832
1999	-7,1751	-7,1729
2000	-7,1566	-7,1623
2001	-7,1412	-7,1519
2002	-7,1396	-7,1426
2003	-7,1424	-7,1344
2004	-7,1367	-7,1269
2005	-7,1291	-7,1200
2006	-7,1087	-7,1135
2007	-7,0927	-7,1076
2008	-7,0933	-7,1025
2009	-7,1349	-7,0986
2010	-7,1085	-7,0940
2011	-7,0873	-7,0894
2012	-7,0859	-7,0850
2013	-7,0869	-7,0803
2014	-7,0844	-7,0753
2015	-7,0765	-7,0697
2016	-7,0665	-7,0634
2017	-7,0578	-7,0567
2018	-7,0493	-7,0495
2019	-7,0410	-7,0421

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	rivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahı	
1960	22,9		26,3		83,5		
1961	24,4	+6,8	27,2	+3,3	94,2	+12,9	
1962	25,9	+6,1	28,0	+2,9	104,3	+10,6	
1963	26,7	+3,0	28,8	+3,0	111,9	+7,3	
1964	27,8	+4,0	29,4	+2,2	122,4	+9,4	
1965	28,9	+4,2	30,4	+3,2	135,8	+11,0	
1966	29,2	+0,9	31,5	+3,6	146,2	+7,7	
1967	28,8	-1,5	32,0	+1,6	146,0	-0,2	
1968	30,0	+4,1	32,5	+1,6	156,7	+7,4	
1969	31,8	+6,2	33,1	+1,9	176,4	+12,6	
1970	34,8	+9,3	34,3	+3,5	209,5	+18,7	
1971	37,4	+7,6	36,2	+5,6	237,4	+13,3	
1972	39,1	+4,5	37,9	+4,7	263,2	+10,9	
1973	41,6	+6,3	40,7	+7,4	299,6	+13,8	
1974	44,6	+7,3	44,0	+8,0	331,4	+10,6	
1975	47,1	+5,7	46,4	+5,5	346,3	+4,5	
1976	48,7	+3,3	48,1	+3,8	374,3	+8,1	
1977	50,2	+3,1	49,4	+2,7	401,8	+7,4	
1978	52,0	+3,5	50,4	+1,9	429,0	+6,8	
1979	54,2	+4,3	53,3	+5,7	464,5	+8,3	
1980	57,1	+5,5	56,8	+6,7	504,9	+8,7	
1981	59,5	+4,2	60,3	+6,1	529,5	+4,9	
1982	62,2	+4,6	63,4	+5,0	546,2	+3,1	
1983	64,0	+2,8	65,4	+3,2	558,3	+2,2	
1984	65,3	+2,0	67,0	+2,5	580,1	+3,9	
1985	66,7	+2,1	68,0	+1,5	603,3	+4,0	
1986	68,7	+3,0	67,3	-1,1	635,4	+5,3	
1987	69,5	+1,3	67,3	-0,1	664,3	+4,5	
1988	70,7	+1,7	68,5	+1,9	692,2	+4,2	
1989	72,7	+2,9	71,1	+3,9	724,2	+4,6	
1990	75,2	+3,4	73,3	+3,0	783,6	+8,2	
1991	77,5	+3,1	75,4	+2,9	854,4	+9,0	
1992	81,6	+5,3	78,6	+4,2	927,4	+8,5	
1993	85,0	+4,1	81,5	+3,7	950,1	+2,4	
1994	86,9	+2,2	83,2	+2,1	975,6	+2,7	
1995	88,6	+2,0	84,2	+1,2	1 012,6	+3,8	
1996	89,1	+0,6	85,0	+1,0	1 021,9	+0,9	
1997	89,3	+0,2	86,1	+1,2	1 026,4	+0,4	
1998	89,9	+0,6	86,5	+0,5	1 048,3	+2,1	
1999	90,1	+0,3	86,9	+0,4	1 078,6	+2,9	

 $Ge samt wirts chaft I iches {\tt Produktions potenzial} \ und \ Konjunkturkomponenten$ 

noch Tabelle 8: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	2010 = 100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
2000	89,7	-0,5	87,5	+0,8	1 120,5	+3,9	
2001	90,9	+1,3	89,0	+1,7	1 137,7	+1,5	
2002	92,1	+1,3	90,2	+1,3	1 144,8	+0,6	
2003	93,2	+1,2	91,8	+1,8	1 146,2	+0,1	
2004	94,2	+1,1	92,8	+1,0	1 148,4	+0,2	
2005	94,8	+0,6	94,2	+1,6	1 145,9	-0,2	
2006	95,1	+0,3	95,3	+1,1	1 165,3	+1,7	
2007	96,7	+1,7	96,8	+1,6	1 197,1	+2,7	
2008	97,5	+0,8	98,4	+1,7	1 241,3	+3,7	
2009	99,3	+1,8	98,0	-0,4	1 245,7	+0,4	
2010	100,0	+0,7	100,0	+2,0	1 282,0	+2,9	
2011	101,1	+1,1	101,9	+1,9	1 336,7	+4,3	
2012	102,7	+1,5	103,4	+1,5	1 387,6	+3,8	
2013	104,8	+2,1	104,7	+1,3	1 426,2	+2,8	
2014	106,7	+1,8	105,7	+1,0	1 479,4	+3,7	
2015	109,0	+2,2	106,8	+1,0	1 531,7	+3,5	
2016	110,8	+1,7	108,4	+1,4	1 575,5	+2,9	
2017	112,9	+1,9	110,3	+1,8	1 621,9	+2,9	
2018	115,0	+1,9	112,3	+1,8	1 669,8	+3,0	
2019	117,2	+1,9	114,3	+1,8	1 719,1	+3,0	

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

					0 0	Druttoi			
					Erwerbslosen-	Brutton	nlandsprodukt	` '	Investitions-
	Erwerbstä	tige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigem	je Erwerbs- tätigen- stunde	quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p. a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	. a.	in%
1991	38,8		51,3	2,2	5,3				24,9
1992	38,3	-1,3	50,7	2,6	6,3	+1,9	+3,3	+2,5	25,0
1993	37,8	-1,3	50,3	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,9	23,9
1994	37,8	+0,0	50,5	3,3	8,0	+2,5	+2,4	+2,7	23,9
1995	38,0	+0,4	50,3	3,2	7,8	+1,7	+1,3	+1,9	23,3
1996	38,0	+0,0	50,5	3,5	8,4	+0,8	+0,8	+1,9	22,8
1997	37,9	-0,1	50,7	3,8	9,0	+1,8	+1,9	+2,6	22,4
1998	38,4	+1,2	51,2	3,7	8,8	+2,0	+0,7	+1,1	22,6
1999	39,0	+1,6	51,5	3,4	8,0	+2,0	+0,4	+1,4	22,9
2000	39,9	+2,3	52,2	3,1	7,3	+3,0	+0,7	+2,6	23,0
2001	39,8	-0,3	51,9	3,1	7,2	+1,7	+2,0	+2,7	21,7
2002	39,6	-0,4	52,0	3,4	7,9	+0,0	+0,5	+1,2	20,1
2003	39,2	-1,1	52,0	3,8	8,9	-0,7	+0,4	+0,8	19,6
2004	39,3	+0,3	52,5	4,1	9,5	+1,2	+0,8	+1,0	19,2
2005	39,3	-0,0	53,0	4,5	10,3	+0,7	+0,7	+1,5	19,1
2006	39,6	+0,8	53,0	4,1	9,4	+3,7	+2,9	+1,9	19,7
2007	40,3	+1,7	53,2	3,5	7,9	+3,3	+1,5	+1,5	20,1
2008	40,9	+1,3	53,4	3,0	6,9	+1,1	-0,3	+0,2	20,3
2009	40,9	+0,1	53,7	3,1	7,1	-5,6	-5,7	-2,6	19,1
2010	41,0	+0,3	53,6	2,8	6,4	+4,1	+3,8	+2,5	19,3
2011	41,6	+1,3	53,7	2,4	5,5	+3,6	+2,2	+2,0	20,2
2012	42,0	+1,1	54,0	2,2	5,0	+0,4	-0,7	+0,6	20,0
2013	42,3	+0,6	54,1	2,2	4,9	+0,1	-0,5	+0,4	19,8
2014	42,7	+0,9	54,2	2,1	4,7	+1,6	+0,7	+0,1	20,0
2009/04	40,1	+0,8	53,1	3,7	8,5	+0,6	-0,2	+0,5	19,6
2014/09	41,7	+0,8	53,9	2,5	5,6	+1,9	+1,1	+1,1	19,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 2010.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; eigene \, Berechnungen.$ 

 $<sup>^2 \,</sup> Erwerbspersonen \, (inländische \, Erwerbst \"{a}tige + Erwerbslose \, [ILO]) \, in \% \, der \, Wohnbev\"{o}lkerung \, nach \, ESVG \, 2010.$ 

 $<sup>^3</sup>$  Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 2010.

 $<sup>^4\,\</sup>hbox{Anteil}\,\hbox{der}\,\hbox{Bruttoanlage} investitionen\,\hbox{am}\,\hbox{Bruttoinlandsprodukt}\,\hbox{(nominal)}.$ 

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2010=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			V	eränderung in % p. a			
1991							
1992	+7,3	+5,3	+3,4	+4,4	+4,2	+5,1	+6,9
1993	+3,1	+4,1	+2,0	+3,7	+3,7	+4,5	+4,1
1994	+4,7	+2,2	+1,0	+2,0	+2,1	+2,6	+0,7
1995	+3,7	+2,0	+1,7	+1,6	+1,3	+1,8	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,3	+0,7	+1,0	+1,4	+0,5
1997	+2,1	+0,2	-1,7	+0,6	+1,3	+2,0	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,9	+0,1	+0,5	+1,0	+0,3
1999	+2,3	+0,3	+0,8	+0,1	+0,4	+0,6	+1,0
2000	+2,5	-0,5	-4,3	+0,8	+0,8	+1,4	+0,6
2001	+3,0	+1,3	+0,1	+1,2	+1,7	+2,0	-0,3
2002	+1,4	+1,3	+2,0	+0,8	+1,3	+1,4	+0,6
2003	+0,5	+1,2	+1,2	+0,9	+1,8	+1,1	+1,1
2004	+2,3	+1,1	+0,2	+1,1	+1,0	+1,6	-0,5
2005	+1,3	+0,6	-1,8	+1,2	+1,6	+1,6	-0,4
2006	+4,0	+0,3	-1,6	+0,9	+1,1	+1,5	-2,4
2007	+5,0	+1,7	+0,2	+1,7	+1,6	+2,3	-0,8
2008	+1,9	+0,8	-1,7	+1,5	+1,7	+2,6	+2,5
2009	-4,0	+1,8	+4,6	+0,3	-0,4	+0,3	+6,9
2010	+4,9	+0,7	-2,3	+1,6	+2,0	+1,1	-1,5
2011	+4,8	+1,1	-2,4	+2,1	+1,9	+2,1	+0,4
2012	+1,9	+1,5	-0,5	+1,7	+1,5	+2,0	+3,1
2013	+2,2	+2,1	+1,5	+1,6	+1,2	+1,5	+2,2
2014	+3,4	+1,7	+1,3	+1,3	+0,9	+0,9	+1,6
2009/04	+1,6	+1,0	-0,1	+1,1	+1,1	+1,7	+1,1
2014/09	+3,4	+1,4	-0,5	+1,6	+1,5	-1,5	+1,2

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$ 

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderur	ng in % p. a.	in Mr	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-8,1	-24,5	23,7	24,2	-0,5	-1,6
1992	+0,7	+0,9	-8,9	-20,1	22,3	22,8	-0,5	-1,2
1993	-5,7	-8,2	1,1	-16,6	20,4	20,3	0,1	-1,0
1994	+8,7	+8,0	3,6	-27,8	21,1	20,9	0,2	-1,5
1995	+8,0	+6,7	8,9	-25,1	22,0	21,5	0,5	-1,3
1996	+5,6	+4,0	15,8	-15,2	22,9	22,1	0,8	-0,8
1997	+13,2	+11,9	23,3	-10,4	25,4	24,2	1,2	-0,5
1998	+6,9	+6,5	26,7	-14,9	26,5	25,2	1,3	-0,7
1999	+4,6	+7,2	14,7	-29,2	27,1	26,4	0,7	-1,4
2000	+16,9	+19,0	5,7	-31,5	30,9	30,6	0,3	-1,5
2001	+6,5	+1,5	38,4	-10,3	31,9	30,1	1,8	-0,5
2002	+3,6	-5,1	96,7	38,2	32,6	28,2	4,4	1,7
2003	+0,5	+3,1	81,3	36,0	32,6	29,0	3,7	1,6
2004	+11,2	+7,5	114,4	102,4	35,5	30,4	5,0	4,5
2005	+7,9	+8,9	116,3	107,4	37,8	32,7	5,1	4,7
2006	+13,5	+14,2	126,6	140,8	41,2	35,9	5,3	5,9
2007	+9,6	+6,4	166,9	175,5	43,1	36,4	6,6	7,0
2008	+3,0	+5,1	152,8	147,0	43,5	37,5	6,0	5,7
2009	-16,5	-15,8	121,2	146,3	37,8	32,9	4,9	6,0
2010	+17,2	+18,2	133,6	153,1	42,3	37,1	5,2	5,9
2011	+11,0	+12,8	130,4	164,9	44,8	40,0	4,8	6,1
2012	+4,4	+2,1	161,7	199,6	45,9	40,0	5,9	7,3
2013	+1,4	+1,4	163,3	196,1	45,6	39,8	5,8	7,0
2014	+3,6	+1,7	189,2	221,7	45,7	39,1	6,5	7,6
2009/04	+2,9	+3,2	133,0	136,6	39,8	34,3	5,5	5,6
2014/09	+7,4	+7,0	149,9	180,3	43,7	38,2	5,5	6,6

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohn unbereinigt <sup>1</sup>	quote bereinigt <sup>2</sup>	Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
Jahr	Ve	eränderung in % p. a	ì.		1%	Veränderu	ng in % p. a.
1991				70,0	70,0		
1992	+6,6	+2,2	+8,4	71,2	71,4	+10,2	+4,2
1993	+1,5	-0,5	+2,3	71,8	72,2	+4,3	+0,9
1994	+3,7	+6,4	+2,6	71,1	71,6	+1,9	-1,9
1995	+3,9	+4,5	+3,6	70,9	71,5	+3,0	-0,6
1996	+1,3	+2,4	+0,9	70,6	71,4	+1,2	+0,5
1997	+1,6	+4,2	+0,4	69,8	70,7	+0,0	-2,5
1998	+2,0	+1,6	+2,1	69,9	70,8	+0,9	+0,5
1999	+1,3	-2,4	+2,9	71,0	71,8	+1,3	+1,4
2000	+2,3	-1,6	+3,9	72,1	72,8	+1,0	+1,5
2001	+2,7	+5,8	+1,5	71,2	72,0	+2,3	+1,7
2002	+0,7	+0,7	+0,7	71,2	72,1	+1,4	-0,1
2003	+0,4	+1,2	+0,2	71,0	72,1	+1,2	-1,5
2004	+4,9	+16,4	+0,2	67,8	69,1	+0,5	+1,1
2005	+1,5	+5,1	-0,2	66,7	68,2	+0,3	-1,3
2006	+5,6	+13,2	+1,8	64,3	65,9	+0,7	-1,3
2007	+4,0	+6,1	+2,8	63,6	65,0	+1,4	-0,6
2008	+0,9	-4,1	+3,7	65,4	66,7	+2,4	+0,1
2009	-4,1	-12,6	+0,4	68,4	69,8	-0,1	+0,5
2010	+5,6	+11,2	+3,0	66,8	68,1	+2,5	+1,9
2011	+5,4	+7,7	+4,3	66,0	67,3	+3,3	+0,5
2012	+1,4	-3,3	+3,8	67,6	68,9	+2,8	+1,1
2013	+2,2	+0,9	+2,8	68,0	69,1	+2,1	+0,6
2014	+3,5	+3,0	+3,7	68,2	69,0	+2,7	+1,4
2009/04	+1,5	+1,1	+1,7	66,0	67,5	+1,0	-0,5
2014/09	+3,6	+3,8	+3,5	67,5	68,7	+2,7	+1,1

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer entgelte in \,\%\, des\, Volksein kommens.$ 

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt; eigene \, Berechnungen.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck).

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

				jährlich	e Veränderunç	gen in %			
Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	1,7	3,1	0,7	4,0	0,4	0,1	1,5	1,5	2,0
Belgien	22,9	3,7	1,8	2,3	0,1	0,3	1,0	1,1	1,4
Estland	6,5	9,9	8,9	3,3	4,7	1,6	1,9	2,3	2,9
Finnland	4,0	5,3	2,9	3,4	-1,5	-1,2	0,0	0,8	1,4
Frankreich	2,0	3,7	1,8	1,7	0,3	0,3	0,4	1,0	1,8
Griechenland	-	4,5	2,3	-4,9	-6,6	-3,9	1,0	2,5	3,6
Irland	-	10,6	6,1	-1,1	-0,3	0,2	4,8	3,5	3,6
Italien	2,9	3,7	0,9	1,7	-2,3	-1,9	-0,5	0,6	1,3
Lettland	-0,6	5,3	10,1	-1,3	4,8	4,2	2,6	2,9	3,6
Litauen	-	3,6	7,8	1,6	3,8	3,3	3,0	3,0	3,4
Luxemburg	-	8,4	5,3	3,1	-0,2	2,0	3,0	2,6	2,9
Malta	-	-	3,6	4,3	2,5	2,5	3,3	3,3	2,9
Niederlande	3,1	3,9	2,0	1,5	-1,6	-0,7	0,7	1,4	1,7
Österreich	2,7	3,7	2,4	1,8	0,9	0,2	0,2	0,8	1,5
Portugal	-	3,9	0,8	1,9	-3,3	-1,4	1,0	1,6	1,7
Slowakei	7,9	1,4	6,7	4,4	1,6	1,4	2,4	2,5	3,2
Slowenien	7,4	4,3	4,0	1,3	-2,6	-1,0	2,6	1,8	2,3
Spanien	5,0	5,0	3,6	-0,2	-2,1	-1,2	1,4	2,3	2,5
Zypern	-	5,0	3,9	1,3	-2,4	-5,4	-2,8	0,4	1,6
Euroraum	-	3,8	1,7	2,0	-0,7	-0,5	0,8	1,3	1,9
Bulgarien	-	5,7	6,4	0,4	0,5	1,1	1,4	0,8	1,0
Dänemark	3,1	3,5	2,4	1,4	-0,7	-0,5	0,8	1,7	2,1
Kroatien	-	3,8	4,3	-2,3	-2,2	-0,9	-0,5	0,2	1,0
Polen	-	4,3	3,6	3,9	1,8	1,7	3,3	3,2	3,4
Rumänien	7,1	2,4	4,2	-1,1	0,6	3,4	3,0	2,7	2,9
Schweden	3,9	4,5	3,2	6,6	-0,3	1,3	1,8	2,3	2,6
Tschechien	6,2	4,2	6,8	2,5	-0,8	-0,7	2,3	2,5	2,6
Ungarn	-	4,2	4,0	1,1	-1,5	1,5	3,3	2,4	1,9
Vereinigtes Königreich	3,5	4,4	3,2	1,7	0,7	1,7	2,6	2,6	2,4
EU	-	3,9	2,2	2,0	-0,4	0,0	1,3	1,7	2,1
USA	2,7	4,1	3,3	2,5	2,3	2,2	2,4	3,5	3,2
Japan	1,9	2,3	1,3	4,7	1,8	1,6	0,4	1,3	1,3

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

11			jährlich	ne Veränderunge	n in %		
Land	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	+1,2	+2,5	+2,1	+1,6	+0,8	+0,1	+1,6
Belgien	+2,3	+3,4	+2,6	+1,2	+0,5	+0,1	+1,1
Estland	+2,7	+5,1	+4,2	+3,2	+0,5	+0,4	+1,6
Finnland	+1,7	+3,3	+3,2	+2,2	+1,2	+0,5	+1,3
Frankreich	+1,7	+2,3	+2,2	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0
Griechenland	+4,7	+3,1	+1,0	-0,9	-1,4	-0,3	+0,7
Irland	-1,6	+1,2	+1,9	+0,5	+0,3	+0,3	+1,3
Italien	+1,6	+2,9	+3,3	+1,3	+0,2	-0,3	+1,5
Lettland	-1,2	+4,2	+2,3	+0,0	+0,7	+0,9	+1,9
Litauen	+1,2	+4,1	+3,2	+1,2	+0,2	+0,4	+1,6
Luxemburg	+2,8	+3,7	+2,9	+1,7	+0,7	+0,6	+1,8
Malta	+2,0	+2,5	+3,2	+1,0	+0,8	+1,0	+1,9
Niederlande	+0,9	+2,5	+2,8	+2,6	+0,3	+0,4	+0,7
Österreich	+1,7	+3,6	+2,6	+2,1	+1,5	+1,1	+2,2
Portugal	+1,4	+3,6	+2,8	+0,4	-0,2	+0,1	+1,1
Slowakei	+0,7	+4,1	+3,7	+1,5	-0,1	+0,4	+1,3
Slowenien	+2,1	+2,1	+2,8	+1,9	+0,4	-0,3	+0,9
Spanien	+2,0	+3,1	+2,4	+1,5	-0,2	-1,0	+1,1
Zypern	+2,6	+3,5	+3,1	+0,4	-0,3	+0,7	+1,2
Euroraum	+1,6	+2,7	+2,5	+1,4	+0,4	-0,1	+1,3
Bulgarien	+3,0	+3,4	+2,4	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0
Dänemark	+2,2	+2,7	+2,4	+0,5	+0,3	+0,4	+1,6
Kroatien	+1,1	+2,2	+3,4	+2,3	+0,2	-0,3	+1,0
Polen	+2,7	+3,9	+3,7	+0,8	+0,1	-0,2	+1,4
Rumänien	+6,1	+5,8	+3,4	+3,2	+1,4	+1,2	+2,5
Schweden	+1,9	+1,4	+0,9	+0,4	+0,2	+0,5	+1,0
Tschechien	+1,2	+2,1	+3,5	+1,4	+0,4	+0,8	+1,4
Ungarn	+4,7	+3,9	+5,7	+1,7	+0,0	+0,8	+2,8
Vereinigtes Königreich	+3,3	+4,5	+2,8	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6
EU	+2,1	+3,1	+2,6	+1,5	+0,6	+0,2	+1,4
USA	+2,4	+3,1	+2,1	+1,5	+1,6	-0,1	+2,0
Japan	-	-0,3	+0,0	+0,4	+2,7	+0,6	+0,9

 ${\it Quelle: EU-Kommission, Winterprognose, Februar\,2015, sowie\,Eurostat.}$ 

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				in % der ziv	ilen Erwerbsbe	evölkerung			
Land	1995	2000	2005	2010	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	8,2	7,9	11,2	7,0	5,4	5,2	5,0	4,9	4,8
Belgien	9,7	6,9	8,5	8,3	7,6	8,4	8,5	8,3	8,1
Estland	-	14,6	8,0	16,7	10,0	8,6	7,7	6,8	5,9
Finnland	15,4	9,8	8,4	8,4	7,7	8,2	8,7	9,0	8,8
Frankreich	10,2	8,6	8,9	9,3	9,8	10,3	10,3	10,4	10,2
Griechenland	-	11,2	10,0	12,7	24,5	27,5	26,6	25,0	22,0
Irland	12,3	4,2	4,4	13,9	14,7	13,1	11,1	9,6	8,8
Italien	11,2	10,0	7,7	8,4	10,7	12,2	12,8	12,8	12,6
Lettland	-	14,3	10,0	19,5	15,0	11,9	11,0	10,2	9,2
Litauen	-	16,4	8,3	17,8	13,4	11,8	9,5	8,7	7,9
Luxemburg	2,9	2,2	4,6	4,6	5,1	5,9	6,3	6,4	6,3
Malta	-	6,7	6,9	6,9	6,3	6,4	6,0	5,9	5,9
Niederlande	8,3	3,7	5,9	5,0	5,3	6,7	6,9	6,6	6,4
Österreich	3,9	3,6	5,2	4,4	4,3	4,9	5,0	5,2	5,0
Portugal	7,9	5,1	8,8	12,0	15,8	16,4	14,2	13,4	12,6
Slowakei	-	18,9	16,4	14,5	14,0	14,2	13,4	12,8	12,1
Slowenien	-	6,7	6,5	7,3	8,9	10,1	9,8	9,5	8,9
Spanien	20,7	11,9	9,2	19,9	24,8	26,1	24,3	22,5	20,7
Zypern	-	4,8	5,3	6,3	11,9	15,9	16,2	15,8	14,8
Euroraum	-	8,8	9,1	10,2	11,3	12,0	11,6	11,2	10,6
Bulgarien	-	16,4	10,1	10,3	12,3	13,0	11,7	10,9	10,4
Dänemark	6,7	4,3	4,8	7,5	7,5	7,0	6,6	6,5	6,4
Kroatien	-	15,8	13,0	11,7	16,1	17,3	17,0	16,8	16,4
Polen	-	16,1	17,9	9,7	10,1	10,3	9,1	8,8	8,3
Rumänien	-	7,6	7,1	7,0	6,8	7,1	7,0	6,9	6,8
Schweden	8,8	5,6	7,7	8,6	8,0	8,0	7,8	7,7	7,5
Tschechien	4,0	8,8	7,9	7,3	7,0	7,0	6,1	6,0	5,9
Ungarn	-	6,3	7,2	11,2	11,0	10,2	7,7	7,4	6,6
Vereinigtes Königreich	8,5	5,4	4,8	7,8	7,9	7,6	6,3	5,6	5,4
EU	-	8,9	9,0	9,6	10,5	10,8	10,2	9,8	9,3
USA	5,6	4,0	5,1	9,6	8,1	7,4	6,2	5,4	4,9
Japan	3,1	4,7	4,4	5,0	4,3	4,0	3,7	3,7	3,6

Quellen: Für die Jahre 1995 bis 2012: Eurostat.

Für die Jahre ab 2013: EU-Kommission, Winterprognose, Februar 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoiı	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	erung gege	nüber Vor	jahr in %			Е	in % des no Bruttoinlan		5
	2012	2013	2014 <sup>1</sup>	2015 <sup>1</sup>	2012	2013	2014 <sup>1</sup>	2015 <sup>1</sup>	2012	2013	2014 <sup>1</sup>	2015 <sup>1</sup>
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+3,4	+2,2	+0,8	+1,6	+6,2	+6,4	+7,9	+7,9	2,5	0,6	1,9	2,
darunter												
Russische Föderation	+3,4	+1,3	+0,2	+0,5	+5,1	+6,8	+7,4	+7,3	3,5	1,6	2,7	3,
Ukraine	+0,3	-0,0	-6,5	+1,0	+0,6	-0,3	+11,4	+14,0	-8,1	-9,2	-2,5	-2,
Asien	+6,7	+6,6	+6,5	+6,6	+4,7	+4,7	+4,1	+4,2	1,0	1,0	1,0	1,
darunter												
China	+7,7	+7,7	+7,4	+7,1	+2,6	+2,6	+2,3	+2,5	2,6	1,9	1,8	2,
Indien	+4,7	+5,0	+5,6	+6,4	+10,2	+9,5	+7,8	+7,5	-4,7	-1,7	-2,1	-2,
Indonesien	+6,3	+5,8	+5,2	+5,5	+4,0	+6,4	+6,0	+6,7	-2,8	-3,3	-3,2	-2,
Malaysia	+5,6	+4,7	+5,9	+5,2	+1,7	+2,1	+2,9	+4,1	5,8	3,9	4,3	4,
Thailand	+6,5	+2,9	+1,0	+4,6	+3,0	+2,2	+2,1	+2,0	-0,4	-0,6	2,9	2,
Lateinamerika	+2,9	+2,7	+1,3	+2,2	+6,1	+7,1			-1,9	-2,7	-2,5	-2,
darunter												
Argentinien	+0,9	+2,9	-1,7	-1,5	+10,0	+10,6			-0,2	-0,8	-0,8	-1,
Brasilien	+1,0	+2,5	+0,3	+1,4	+5,4	+6,2	+6,3	+5,9	-2,4	-3,6	-3,5	-3,
Chile	+5,5	+4,2	+2,0	+3,3	+3,0	+1,8	+4,4	+3,2	-3,4	-3,4	-1,8	-1,
Mexiko	+4,0	+1,1	+2,4	+3,5	+4,1	+3,8	+3,9	+3,6	-1,3	-2,1	-1,9	-2,
Sonstige												
Türkei	+2,1	+4,1	+3,0	+3,0	+8,9	+7,5	+9,0	+7,0	-6,2	-7,9	-5,8	-6,
Südafrika	+2,5	+1,9	+1,4	+2,3	+5,7	+5,8	+6,3	+5,8	-5,2	-5,8	-5,7	-5,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, Oktober 2014.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	17. März 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
Dow Jones	17 849	17 823	0,15	15 373	18 289
Euro Stoxx 50	3 672	3146	16,72	2 875	3 707
Dax	11 981	9806	22,18	8 572	12 168
CAC 40	5 029	4 273	17,69	3 919	5 061
Nikkei	19 437	17 451	11,38	13 910	19 437
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	17. März 2015	2014	US-Bond	2014/2015	2014 / 2015
USA	2,06	2,18	-	1,65	3,02
Deutschland	0,28	0,54	-1,78	0,21	1,96
Japan	0,43	0,33	-1,63	0,21	0,73
Vereinigtes Königreich	1,69	1,76	-0,37	1,33	3,08
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	17. März 2015	2014	zu Ende 2014	2014/2015	2014/2015
US-Dollar/Euro	1,06	1,21	-12,63	1,06	1,40
Yen/US-Dollar	121,36	119,68	1,40	100,97	121,44
Yen/Euro	128,41	145,23	-11,58	127,96	149,03
Pfund/Euro	0,72	0,78	-8,30	0,70	0,84

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	+0,1	+1,5	+1,5	+2,0	+1,6	+0,8	+0,1	+1,6	5,2	5,0	4,9	4,8
OECD	+0,2	+1,5	+1,1	+1,8	+1,6	+0,9	+1,2	+1,7	5,3	5,1	5,1	5,1
IWF	+0,2	+1,5	+1,3	+1,5	+1,6	+0,9	+1,2	+1,5	5,3	5,3	5,3	5,3
USA												
EU-KOM	+2,2	+2,4	+3,5	+3,2	+1,5	+1,6	-0,1	+2,0	7,4	6,2	5,4	4,9
OECD	+2,2	+2,2	+3,1	+3,0	+1,5	+1,7	+1,4	+2,0	7,4	6,2	5,6	5,3
IWF	+2,2	+2,4	+3,6	+3,3	+1,5	+2,0	+2,1	+2,1	7,4	6,3	5,9	5,8
Japan												
EU-KOM	+1,6	+0,4	+1,3	+1,3	+0,4	+2,7	+0,6	+0,9	4,0	3,7	3,7	3,6
OECD	+1,5	+0,4	+0,8	+1,0	+0,4	+2,9	+1,8	+1,6	4,0	3,6	3,5	3,5
IWF	+1,6	+0,1	+0,6	+0,8	+0,4	+2,7	+2,0	+2,6	4,0	3,7	3,8	3,8
Frankreich												
EU-KOM	+0,3	+0,4	+1,0	+1,8	+1,0	+0,6	+0,0	+1,0	10,3	10,3	10,4	10,2
OECD	+0,4	+0,4	+0,8	+1,5	+1,0	+0,6	+0,5	+0,9	9,9	9,9	10,1	10,0
IWF	+0,3	+0,4	+0,9	+1,3	+1,0	+0,7	+0,9	+1,0	10,3	10,0	10,0	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,9	-0,5	+0,6	+1,3	+1,3	+0,2	-0,3	+1,5	12,2	12,8	12,8	12,6
OECD	-1,9	-0,4	+0,2	+1,0	+1,3	+0,1	-0,0	+0,6	12,2	12,4	12,3	12,1
IWF	-1,9	-0,4	+0,4	+0,8	+1,3	+0,1	+0,5	+1,1	12,2	12,6	12,0	11,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,7	+2,6	+2,6	+2,4	+2,6	+1,5	+1,0	+1,6	7,6	6,3	5,6	5,4
OECD	+1,7	+3,0	+2,7	+2,5	+2,6	+1,6	+1,8	+2,1	7,6	6,2	5,6	5,4
IWF	+1,7	+2,6	+2,7	+2,4	+2,6	+1,6	+1,8	+2,0	7,6	6,3	5,8	5,5
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+2,0	+2,4	+2,6	+2,4	+1,0	+2,0	+1,6	+1,9	7,1	6,9	6,5	6,3
IWF	+2,0	+2,4	+2,3	+2,1	+1,0	+1,9	+2,0	+2,0	7,1	7,0	6,9	6,8
Euroraum												
EU-KOM	-0,5	+0,8	+1,3	+1,9	+1,4	+0,4	-0,1	+1,3	12,0	11,6	11,2	10,6
OECD	-0,4	+0,8	+1,1	+1,7	+1,3	+0,5	+0,6	+1,0	11,9	11,4	11,1	10,8
IWF	-0,5	+0,8	+1,2	+1,4	+1,3	+0,5	+0,9	+1,2	11,9	11,6	11,2	10,7
EU-28												
EU-KOM	+0,0	+1,3	+1,7	+2,1	+1,5	+0,6	+0,2	+1,4	10,8	10,2	9,8	9,3
IWF	+0,2	+1,4	+1,8	+2,0	+1,5	+0,7	+1,1	+1,5	-	-	-	-

Ouellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Belgien												
EU-KOM	+0,3	+1,0	+1,1	+1,4	+1,2	+0,5	+0,1	+1,1	8,4	8,5	8,3	8,1
OECD	+0,3	+1,0	+1,4	+1,7	+1,2	+0,6	+0,7	+1,2	8,4	8,5	8,4	8,1
IWF	+0,2	+1,0	+1,4	+1,5	+1,2	+0,7	+1,0	+1,3	8,4	8,5	8,4	8,2
Estland												
EU-KOM	+1,6	+1,9	+2,3	+2,9	+3,2	+0,5	+0,4	+1,6	8,6	7,7	6,8	5,9
OECD	+1,6	+2,0	+2,4	+3,4	+3,2	+0,5	+0,9	+1,7	8,6	7,4	7,0	6,6
IWF	+1,6	+1,2	+2,5	+3,5	+3,2	+0,8	+1,5	+2,1	8,6	7,0	7,0	6,8
Finnland	11,0	11,2	12,3	13,3	13,2	10,0	11,5	12,1	0,0	7,0	7,0	0,0
	-1,2	+0,0	10.0	+1,4	+2,2	11.2	+0,5	+1,3	0.7	8,7	9,0	8,8
EU-KOM			+0,8			+1,2			8,2			
OECD	-1,2	-0,2	+0,9	+1,3	+2,2	+1,3	+1,4	+1,2	8,2	8,5	8,6	8,5
IWF	-1,2	-0,2	+0,9	+1,6	+2,2	+1,2	+1,5	+1,7	8,2	8,5	8,3	7,7
Griechenland												
EU-KOM	-3,9	+1,0	+2,5	+3,6	-0,9	-1,4	-0,3	+0,7	27,5	26,6	25,0	22,0
OECD	-4,0	+0,8	+2,3	+3,3	-0,9	-1,0	-0,7	-0,3	27,5	26,4	25,2	24,1
IWF	-3,9	+0,6	+2,9	+3,7	-0,9	-0,8	+0,3	+1,1	27,3	25,8	23,8	20,9
Irland												
EU-KOM	+0,2	+4,8	+3,5	+3,6	+0,5	+0,3	+0,3	+1,3	13,1	11,1	9,6	8,8
OECD	+0,2	+4,3	+3,3	+3,2	+0,5	+0,2	+0,5	+1,2	13,0	11,5	10,5	9,9
IWF	+0,2	+3,6	+3,0	+2,5	+0,5	+0,6	+0,9	+1,2	13,0	11,2	10,5	10,1
Lettland												
EU-KOM	+4,2	+2,6	+2,9	+3,6	+0,0	+0,7	+0,9	+1,9	11,9	11,0	10,2	9,2
OECD	+4,2	+2,5	+3,2	+3,9	+0,0	+0,8	+1,9	+2,3	11,9	10,9	9,7	8,8
IWF	+4,1	+2,7	+3,2	+3,4	+0,0	+0,7	+1,6	+1,9	11,9	10,3	9,7	9,3
Litauen												
EU-KOM	+3,3	+3,0	+3,0	+3,4	+1,2	+0,2	+0,4	+1,6	11,8	9,5	8,7	7,9
OECD		-	-	-	-	-	_	-	_	-	-	-
IWF	+3,3	+3,0	+3,3	+3,7	+1,2	+0,3	+1,3	+2,0	11,8	11,0	10,7	10,5
Luxemburg												
EU-KOM	+2,0	+3,0	+2,6	+2,9	+1,7	+0,7	+0,6	+1,8	5,9	6,3	6,4	6,3
OECD	+2,0	+3,1	+2,2	+2,6	+1,7	+0,9	+1,2	+1,5	6,9	7,1	7,2	7,2
IWF	+2,1	+2,7	+1,9	+2,1	+1,7	+1,1	+2,1	+1,8	6,9	7,1	6,9	6,7
Malta	12,1	12,1	11,5	12,1	11,7	1 1,1	12,1	11,0	0,5	7,1	0,5	0,1
EU-KOM	125	122	122	120	110	100	110	110	6.4	6,0	5,9	5,9
	+2,5	+3,3	+3,3	+2,9	+1,0	+0,8	+1,0	+1,9	6,4			
OECD	-	-	-	-	-	- 110	-	-	-	-	- 6.1	-
IWF	+2,9	+2,2	+2,2	+2,0	+1,0	+1,0	+1,2	+1,4	6,4	6,0	6,1	6,2
Niederlande				=					_ =			
EU-KOM	-0,7	+0,7	+1,4	+1,7	+2,6	+0,3	+0,4	+0,7	6,7	6,9	6,6	6,4
OECD	-0,7	+0,8	+1,4	+1,6	+2,6	+0,4	+0,8	+0,9	6,5	6,8	6,6	6,2
IWF	-0,7	+0,6	+1,4	+1,6	+2,6	+0,5	+0,7	+1,0	6,7	7,3	6,9	6,6
Österreich												
EU-KOM	+0,2	+0,2	+0,8	+1,5	+2,1	+1,5	+1,1	+2,2	4,9	5,0	5,2	5,0
OECD	+0,3	+0,5	+0,9	+1,6	+2,1	+1,5	+1,6	+1,9	5,0	5,0	5,2	5,1
IWF	+0,3	+1,0	+1,9	+1,7	+2,1	+1,7	+1,7	+1,7	4,9	5,0	4,9	4,8

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Portugal												
EU-KOM	-1,4	+1,0	+1,6	+1,7	+0,4	-0,2	+0,1	+1,1	16,4	14,2	13,4	12,6
OECD	-1,4	+0,8	+1,3	+1,5	+0,4	-0,2	+0,2	+0,4	16,2	13,7	12,8	12,4
IWF	-1,4	+1,0	+1,5	+1,7	+0,4	+0,0	+1,1	+1,5	16,2	14,2	13,5	13,0
Slowakei												
EU-KOM	+1,4	+2,4	+2,5	+3,2	+1,5	-0,1	+0,4	+1,3	14,2	13,4	12,8	12,1
OECD	+1,4	+2,6	+2,8	+3,4	+1,5	-0,0	+1,0	+1,2	14,2	13,4	12,8	12,2
IWF	+0,9	+2,4	+2,7	+2,9	+1,5	+0,1	+1,3	+1,5	14,2	13,9	13,2	12,8
Slowenien												
EU-KOM	-1,0	+2,6	+1,8	+2,3	+1,9	+0,4	-0,3	+0,9	10,1	9,8	9,5	8,9
OECD	-1,0	+2,1	+1,4	+2,2	+1,9	+0,4	+0,6	+1,0	10,1	9,9	10,0	9,3
IWF	-1,0	+1,4	+1,4	+1,5	+1,8	+0,5	+1,0	+1,7	10,1	9,9	9,5	8,9
Spanien												
EU-KOM	-1,2	+1,4	+2,3	+2,5	+1,5	-0,2	-1,0	+1,1	26,1	24,3	22,5	20,7
OECD	-1,2	+1,3	+1,7	+1,9	+1,5	-0,1	+0,1	+0,5	26,1	24,5	23,1	21,9
IWF	-1,2	+1,4	+2,0	+1,8	+1,5	-0,0	+0,6	+0,9	26,1	24,6	23,5	22,4
Zypern												
EU-KOM	-5,4	-2,8	+0,4	+1,6	+0,4	-0,3	+0,7	+1,2	15,9	16,2	15,8	14,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,4	-3,2	+0,4	+1,6	+0,4	+0,0	+0,7	+1,3	15,9	16,6	16,1	15,0

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	+1,1	+1,4	+0,8	+1,0	+0,4	-1,6	-0,5	+1,0	13,0	11,7	10,9	10,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,9	+1,4	+2,0	+2,5	+0,4	-1,2	+0,7	+1,8	13,0	12,5	11,9	11,3
Dänemark												
EU-KOM	-0,5	+0,8	+1,7	+2,1	+0,5	+0,3	+0,4	+1,6	7,0	6,6	6,5	6,4
OECD	-0,1	+0,8	+1,4	+1,8	+0,8	+0,5	+0,7	+1,2	7,0	6,6	6,3	6,1
IWF	+0,4	+1,5	+1,8	+1,9	+0,8	+0,6	+1,6	+1,8	7,0	6,9	6,6	6,2
Kroatien												
EU-KOM	-0,9	-0,5	+0,2	+1,0	+2,3	+0,2	-0,3	+1,0	17,3	17,0	16,8	16,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-0,8	+0,5	+1,4	+2,2	-0,3	+0,2	+1,0	16,6	16,8	17,1	16,8
Polen												
EU-KOM	+1,7	+3,3	+3,2	+3,4	+0,8	+0,1	-0,2	+1,4	10,3	9,1	8,8	8,3
OECD	+1,7	+3,3	+3,0	+3,5	+1,0	+0,1	+0,6	+1,6	10,3	9,2	8,6	8,2
IWF	+1,6	+3,2	+3,3	+3,5	+0,9	+0,1	+0,8	+2,0	10,3	9,5	9,5	9,3
Rumänien												
EU-KOM	+3,4	+3,0	+2,7	+2,9	+3,2	+1,4	+1,2	+2,5	7,1	7,0	6,9	6,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,5	+2,4	+2,5	+2,8	+4,0	+1,5	+2,9	+2,9	7,3	7,2	7,1	7,1
Schweden												
EU-KOM	+1,3	+1,8	+2,3	+2,6	+0,4	+0,2	+0,5	+1,0	8,0	7,8	7,7	7,5
OECD	+1,5	+2,1	+2,8	+3,1	-0,0	-0,1	+0,8	+1,5	8,0	7,9	7,5	7,3
IWF	+1,6	+2,1	+2,7	+2,7	-0,0	+0,1	+1,4	+1,9	8,0	8,0	7,8	7,6
Tschechien												
EU-KOM	-0,7	+2,3	+2,5	+2,6	+1,4	+0,4	+0,8	+1,4	7,0	6,1	6,0	5,9
OECD	-0,7	+2,4	+2,3	+2,7	+1,4	+0,3	+1,1	+1,8	6,9	6,3	6,2	6,0
IWF	-0,9	+2,5	+2,5	+2,4	+1,4	+0,6	+1,9	+2,0	7,0	6,4	6,0	5,6
Ungarn												
EU-KOM	+1,5	+3,3	+2,4	+1,9	+1,7	+0,0	+0,8	+2,8	10,2	7,7	7,4	6,6
OECD	+1,5	+3,3	+2,1	+1,7	+1,7	-0,1	+2,0	+3,0	10,2	7,8	7,6	7,6
IWF	+1,1	+2,8	+2,3	+1,8	+1,7	+0,3	+2,3	+3,0	10,3	8,2	7,8	7,6

Ouellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-28

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo	)
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Deutschland												
EU-KOM	0,1	0,4	0,2	0,2	76,9	74,2	71,9	68,9	6,9	7,7	8,0	7,7
OECD	0,1	0,2	0,0	0,2	76,7	74,3	71,1	69,5	6,8	7,4	7,2	6,7
IWF	0,2	0,3	0,2	0,3	78,4	75,5	72,5	69,3	7,0	6,2	5,8	5,5
USA												
EU-KOM	-5,6	-4,9	-4,2	-2,8	104,7	104,9	104,3	103,9	-2,5	-2,5	-2,3	-2,6
OECD	-5,7	-5,1	-4,3	-4,0	109,2	109,7	110,1	110,0	-2,4	-2,2	-1,7	-1,7
IWF	-5,8	-5,5	-4,3	-4,2	104,2	105,6	105,1	104,9	-2,4	-2,5	-2,6	-2,8
Japan												
EU-KOM	-8,5	-7,7	-7,2	-6,8	243,2	246,3	249,5	250,9	0,7	0,5	1,0	1,2
OECD	-9,0	-8,3	-7,3	-6,3	224,2	230,0	233,8	236,7	0,7	0,1	0,9	1,4
IWF	-8,2	-7,1	-5,8	-4,6	243,2	245,1	245,5	243,9	0,7	1,0	1,1	1,2
Frankreich												
EU-KOM	-4,1	-4,3	-4,1	-4,1	92,2	95,3	97,1	98,2	-2,0	-1,8	-1,3	-1,7
OECD	-4,1	-4,4	-4,3	-4,1	92,2	95,8	99,3	101,8	-1,4	-1,7	-1,4	-1,1
IWF	-4,2	-4,4	-4,3	-3,7	91,8	95,2	97,7	98,9	-1,3	-1,4	-1,0	-0,7
Italien												
EU-KOM	-2,8	-3,0	-2,6	-2,0	127,9	131,9	133,0	131,9	0,9	1,8	2,6	2,6
OECD	-2,8	-3,0	-2,8	-2,1	127,9	130,6	132,8	133,5	1,0	1,5	1,8	2,1
IWF	-3,0	-3,0	-2,3	-1,2	132,5	136,7	136,4	134,1	1,0	1,2	1,2	0,9
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-5,8	-5,4	-4,6	-3,6	87,2	88,7	90,1	91,0	-4,5	-4,1	-3,8	-3,3
OECD	-5,6	-5,5	-4,4	-3,1	85,3	87,9	89,5	90,0	-4,2	-4,8	-4,6	-4,4
IWF	-5,8	-5,3	-4,1	-2,9	90,6	92,0	93,1	92,9	-4,5	-4,2	-3,8	-3,3
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,7	-2,0	-1,8	-1,4	92,9	93,9	94,3	94,0	-3,2	-2,6	-2,8	-2,3
IWF	-3,0	-2,6	-2,1	-1,7	88,8	88,1	86,8	85,4	-3,2	-2,7	-2,5	-2,4
Euroraum												
EU-KOM	-2,9	-2,6	-2,2	-1,9	93,1	94,3	94,4	93,2	2,4	2,8	3,2	3,0
OECD	-2,9	-2,6	-2,3	-1,9	93,3	94,3	94,6	94,7	2,8	3,0	3,1	3,2
IWF	-3,0	-2,9	-2,5	-1,9	95,2	96,4	96,1	94,7	2,4	2,0	1,9	1,9
EU-28												
EU-KOM	-3,2	-3,0	-2,6	-2,2	87,1	88,4	88,3	87,6	1,4	1,6	1,9	1,9
IWF	-3,2	-3,0	-2,5	-1,8	88,0	89,1	88,9	87,7	1,7	1,4	1,4	1,4

Quellen

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

 $Kennzahlen\,zur\,gesamt wirtschaftlichen\,Entwicklung$ 

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Öf	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	е		Leistungsbilanzsaldo 2013 2014 2015 20			
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	
Belgien													
EU-KOM	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4	104,5	106,4	106,8	106,6	-1,5	-0,1	0,0	0,2	
OECD	-2,9	-2,9	-2,1	-1,3	104,6	106,1	106,4	105,0	0,1	0,2	0,6	1,0	
IWF	-2,7	-2,6	-2,2	-1,6	101,2	101,9	101,7	100,5	-1,9	-1,3	-1,0	-0,7	
Estland													
EU-KOM	-0,5	-0,4	-0,6	-0,6	10,1	9,8	9,6	9,5	-0,4	-1,5	-1,7	-2,1	
OECD	-0,5	-0,3	-0,3	-0,2	10,1	9,5	8,8	8,0	-1,4	0,1	0,0	-0,2	
IWF	-0,2	-0,3	-0,3	-0,1	9,8	10,2	10,4	10,3	-1,4	-2,2	-2,4	-2,5	
Finnland													
EU-KOM	-2,4	-2,7	-2,5	-2,2	56,0	58,9	61,2	62,6	-2,0	-1,4	-0,7	-0,4	
OECD	-2,4	-2,6	-2,1	-1,8	56,0	59,0	60,8	62,4	-1,4	-1,6	-1,1	-0,8	
IWF	-2,3	-2,4	-1,4	-0,9	54,7	57,9	59,3	59,7	-0,9	-0,6	-0,5	-0,4	
Griechenland													
EU-KOM	-12,2	-2,5	1,1	1,6	174,9	176,3	170,2	159,2	-2,3	-2,0	-1,5	-0,9	
OECD	-12,2	-1,1	-0,5	0,2	175,1	176,1	174,3	171,4	0,8	1,2	1,0	1,8	
IWF	-3,2	-2,7	-1,9	-0,6	175,1	174,2	171,0	160,5	0,7	0,7	0,1	0,1	
Irland													
EU-KOM	-5,7	-4,0	-2,9	-3,1	123,3	110,8	110,3	107,9	3,8	5,0	4,6	3,9	
OECD	-5,7	-3,7	-2,9	-2,7	123,4	111,0	109,4	106,7	4,4	5,2	6,0	6,4	
IWF	-6,7	-4,2	-2,8	-1,7	116,1	112,4	111,7	108,7	4,4	3,3	2,4	2,9	
Lettland													
EU-KOM	-0,9	-1,5	-1,1	-1,0	38,2	40,4	36,5	35,5	-2,2	-2,5	-2,6	-2,9	
OECD		-	-	-	_	-		-	-	-	-	_	
IWF	-1,1	-0,8	-0,7	-1,2	35,0	36,0	35,3	34,1	-0,8	-0,1	-1,5	-1,8	
Litauen									-				
EU-KOM	-2,6	-1,2	-1,4	-0,9	39,0	41,1	41,8	37,3	0,6	0,1	1,0	0,4	
OECD		-	-	-	_	-		-	-	-	_	_	
IWF	-2,2	-2,2	-1,7	-1,7	39,3	40,0	39,5	38,9	1,5	0,9	0,1	-0,4	
Luxemburg													
EU-KOM	0,6	0,5	-0,4	0,1	23,6	22,7	24,4	25,1	5,2	4,8	3,8	3,6	
OECD	0,6	0,9	0,2	0,5	23,6	24,4	25,9	27,1	4,9	5,1	4,0	4,0	
IWF	0,1	0,4	-1,5	-1,3	23,1	24,2	26,5	28,4	5,2	5,1	4,0	4,3	
Malta													
EU-KOM	-2,7	-2,3	-2,0	-1,8	69,5	68,6	68,0	66,8	0,9	3,3	3,5	3,6	
OECD		-	-	-		-		-	-	-	-	_	
IWF	-2,8	-2,7	-2,4	-1,8	72,2	71,9	71,3	70,3	0,9	0,3	0,3	0,4	
Niederlande	, -	,	· ·			,-	,-		•-		.,-		
EU-KOM	-2,3	-2,8	-2,2	-1,8	68,6	69,5	70,5	70,5	8,5	8,5	8,0	8,1	
OECD	-2,3	-2,6	-2,3	-2,2	68,9	69,8	70,1	71,2	10,2	10,7	10,9	11,3	
IWF	-2,3	-2,5	-2,1	-1,8	68,6	69,4	69,6	68,8	10,2	9,9	9,6	9,2	

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo	)
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Österreich												
EU-KOM	-1,5	-2,9	-2,0	-1,4	81,2	86,8	86,4	84,5	2,3	2,5	2,6	2,7
OECD	-1,5	-3,0	-2,2	-1,8	81,2	86,1	85,1	84,4	2,6	1,6	1,7	1,6
IWF	-1,5	-3,0	-1,5	-0,8	74,5	80,1	78,6	76,9	2,7	3,0	3,2	3,2
Portugal												
EU-KOM	-4,9	-4,6	-3,2	-2,8	128,0	128,9	124,5	123,5	-0,3	-0,2	0,4	0,6
OECD	-4,9	-4,9	-2,9	-2,3	124,8	127,2	128,1	127,6	0,5	-0,4	0,4	0,9
IWF	-5,0	-4,0	-2,5	-2,3	128,9	131,3	128,7	126,5	0,5	0,6	0,8	0,9
Slowakei												
EU-KOM	-2,6	-3,0	-2,8	-2,6	54,6	53,6	54,9	55,2	0,8	1,1	0,8	0,7
OECD	-2,6	-2,9	-2,6	-2,2	54,6	54,4	54,6	54,8	2,1	0,9	1,1	1,5
IWF	-2,8	-2,9	-2,3	-1,3	55,4	55,7	55,7	54,5	2,1	1,9	2,2	2,4
Slowenien												
EU-KOM	-14,6	-5,4	-2,9	-2,8	70,4	82,2	83,0	81,8	4,8	5,9	5,7	5,4
OECD	-14,6	-4,4	-2,9	-2,4	70,4	74,4	77,0	78,9	5,8	5,4	6,0	6,5
IWF	-13,8	-5,0	-3,9	-3,5	70,0	77,4	75,6	77,3	6,8	5,9	5,8	5,5
Spanien												
EU-KOM	-6,8	-5,6	-4,5	-3,7	92,1	98,3	101,5	102,5	1,5	-0,1	0,6	0,5
OECD	-6,8	-5,5	-4,4	-3,3	92,1	96,7	99,5	100,9	1,4	0,7	0,8	0,9
IWF	-7,1	-5,7	-4,7	-3,8	93,9	98,6	101,1	102,1	0,8	0,1	0,4	0,7
Zypern												
EU-KOM	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4	102,2	107,5	115,2	111,6	-1,3	-1,2	-0,6	0,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,9	-4,4	-3,9	-1,3	111,5	117,4	126,0	122,5	-1,9	-1,1	-0,8	-0,3

Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), Oktober \ 2014; Update \ für \ GDP \ bestimmter \ L\"{a}nder, Januar \ 2015.$ 

Kennzahlen zur gesamt wirtschaftlichen Entwicklung

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	Ö	ffentlicher	Haushaltss	aldo		Staatssch	uldenquot	е		Leistungs	sbilanzsaldo	)
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Bulgarien												
EU-KOM	-1,2	-3,4	-3,0	-2,9	18,3	27,0	27,8	30,3	2,2	1,7	2,1	1,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,9	-2,7	-2,0	-1,5	16,4	25,2	25,1	23,5	1,9	-0,2	-2,3	-2,9
Dänemark												
EU-KOM	-1,1	1,8	-2,8	-2,7	45,0	45,0	42,7	43,6	7,2	6,5	6,6	6,5
OECD	-0,7	-1,7	-2,2	-2,3	45,0	46,6	48,7	50,7	7,1	6,2	6,9	7,0
IWF	-0,9	-1,4	-3,0	-2,3	44,5	45,1	46,6	47,3	7,3	7,1	7,0	7,0
Kroatien												
EU-KOM	-5,2	-5,0	-5,5	-5,6	75,7	81,4	84,9	88,7	0,4	0,9	2,4	3,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,5	-4,7	-2,9	-2,7	60,2	66,3	68,5	69,5	0,9	2,2	2,2	1,8
Polen												
EU-KOM	-4,0	-3,6	-2,9	-2,7	55,7	48,6	49,9	49,8	-1,5	-1,3	-1,5	-2,0
OECD	-4,0	-3,3	-2,9	-2,6	56,1	49,4	50,9	51,7	-1,4	-0,9	-1,4	-1,5
IWF	-4,3	-3,2	-2,5	-2,0	57,1	49,4	49,0	48,5	-1,4	-1,5	-2,1	-2,5
Rumänien												
EU-KOM	-2,2	-1,8	-1,5	-1,5	38,0	38,7	39,1	39,3	-1,2	-0,9	-1,1	-1,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,5	-2,2	-1,8	-1,9	39,4	39,9	39,6	39,4	-1,1	-1,2	-1,8	-2,2
Schweden												
EU-KOM	-1,4	-2,2	-1,6	-1,0	38,6	41,4	41,3	40,6	6,8	5,9	5,6	5,4
OECD	-1,3	-1,7	-1,3	-0,6	39,0	40,8	41,2	42,9	6,6	5,3	5,0	5,1
IWF	-1,3	-2,0	-0,8	-0,1	40,5	42,2	41,3	39,3	6,2	5,7	6,1	5,9
Tschechien												
EU-KOM	-1,3	-1,3	-2,0	-1,5	45,7	44,1	44,4	45,0	-2,2	-1,0	-0,3	0,1
OECD	-1,3	-1,4	-2,1	-1,5	45,7	44,5	45,0	44,8	-1,4	-0,1	0,1	0,2
IWF	-1,5	-1,2	-1,4	-1,2	46,0	44,4	44,4	44,2	-1,4	-0,2	-0,3	-0,4
Ungarn												
EU-KOM	-2,4	-2,6	-2,7	-2,5	77,3	77,7	77,2	76,1	4,2	4,1	4,4	4,9
OECD	-2,4	-2,9	-2,6	-2,5	77,3	76,6	76,7	75,7	4,2	3,9	4,4	4,7
IWF	-2,4	-2,9	-2,8	-2,8	79,3	79,1	79,2	78,9	3,0	2,5	2,0	1,2

#### Quellen:

EU-KOM: Winterprognose, Februar 2015, Statistical Annex.

OECD: Wirtschaftsausblick, November 2014.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), Oktober 2014; Update für GDP bestimmter Länder, Januar 2015.

# Impressum

#### Herausgeber

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin

#### Redaktion

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

#### Stand

März 2015

#### Lektorat, Satz und Gestaltung

heimbüchel pr kommunikation und publizistik GmbH, Köln

#### Bildnachweis

BMF/ Jörg Rüger

#### Publikationsbestellung

Tel: 03018 272 2721 Fax: 03018 10 272 2721

ISSN 1618-291X

#### Weitere Informationen im Internet unter:

www.bundesfinanzministerium.de www.ministere-federal-des-finances.de www.federal-ministry-of-finance.de www.stabiler-euro.de www.bundeshaushalt-info.de www.finanzforscher.de www.bundesfinanzministerium.de/APP www.youtube.com/finanzministeriumtv www.twitter.com/bmf\_bund

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.